

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich 7 & 8 · 2008

THEMEN

Nationalratswahl 2008: KOMMUNAL fragt, die Parteien antworten ▶ 14

PRAXIS

Energie: Auf welche Energieträger sollen Gemeinden setzen? ▶ 54



DVR: 0930 423

THEMA

Sommersgespräche 2008: Kampf um den ländlichen Raum beginnt erst

Überfüllte Städte – Gemeinden ohne Bürger – Überalterung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß: Lesen Sie in KOMMUNAL alles über die kommunalen Sommersgespräche 2008, die Schreckensszenarien und die Hoffnungsschimmer.

SEITE 8



Das Schweizer Messer unter den Nutzfahrzeugen: der Unimog BlueTec® 4.

Der Unimog verbraucht im kommunalen Ganzjahreseinsatz bis zu 40 % weniger Kraftstoff als ein Traktor*. Bei 4 l/h Mehrverbrauch des Traktors und 10.000 Stunden Gesamtleistung entspricht das ca. 40.000,- Euro Mehrkosten. Und außerdem ist er jetzt schon so umweltschonend, wie es Traktoren frühestens 2011 sein werden. Das alles spricht für einen Unimog BlueTec® 4. Nur ein Mercedes ist ein Mercedes. www.mercedes-benz.at/unimog

*Quelle: DEKRA Gutachten (Landesamt Schleswig-Holstein)

Mercedes-Benz



Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126,
Hotline: 0800/727 727

Gemeindebund: Vordenker für politische Zukunftsthemen

Mobilität bietet Chancen

Eigentlich müssten wir uns um die Zukunft der ländlichen Gebiete keine Sorge machen, wenn man den Aussagen eines prominenten Wissenschafters Glauben schenkt. Er sagte nämlich bei den kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee, dass die Mobilität der Menschen auf der Welt gewaltige Chancen für jene Räume bieten wird, die Platz haben. Und er begründete dies mit einer eindrucksvollen Rechnung. Wenn nur ein Promille der Bevölkerung von China die wunderbaren Ferienregionen Österreichs entdeckt, sind das drei Millionen künftiger Gäste. So gewagt diese Prognose ist, so sehr ist sicher auch ein Körnchen Wahrheit enthalten. Jene Gebiete, wo Menschen Ruhe, Geborgenheit und Sicherheit finden, werden weltweit weniger und Österreich bietet wie kein anderes Land diese Voraussetzungen.

Trotzdem sind wir noch lange nicht so weit, dass wir uns Sorgen wegen der Überfüllung unserer ländlichen Gemeinden machen müssen. Denn derzeit herrscht nicht nur in Österreich, sondern weltweit ein ganz anderer Trend. Die Menschen gehen dorthin, wo sie Arbeit und Wohnraum finden und das sind nun einmal die Zentralräume um die großen Städte. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen. Rund zwei Drittel aller österreichischen Gemeinden werden Einwohner verlieren, und das andere Drittel wird daraus der Gewinner sein. Deshalb hat der Österreichische Gemeindebund diese Thematik in den Mittelpunkt der kommunalen Sommergespräche gestellt und nicht nur heftig diskutiert, sondern auch Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und eingefordert. Gegensteuern ist angesagt, und dazu bedarf es auch eines Mutes zu sagen, wie man sich die künftige Entwicklung Österreichs vorstellt. Das beginnt bei der Raumordnung und dem Erhalt einer gewissen Infrastruktur. Das geht weiter über den Einsatz von Förderinstrumenten,

die bisher hauptsächlich die von der Lage her begünstigten Ballungszentren alles andere als benachteiligten und endet bei der verstärkten Zusammenarbeit der Gemeinden innerhalb einer Region.

Wenn in den nächsten Wochen ein neues Parlament gewählt und eine neue Regierung gebildet wird, so erwarte ich, dass diese Punkte auch in einem Regierungsprogramm festgeschrieben und tatsächlich umgesetzt werden. Hier geht es darum, nicht tatenlos zuzusehen, wie weite Teile des bisher funktionierenden Gemeindelebens absterben, die Bevölkerung abwandert und mit ihr die Infrastruktureinrichtungen wie Post, Lebensmittelgeschäft und Wirtshaus, sondern gezielt gegenzusteuern. Dazu brauchen wir auch die Hilfe unserer Partner Land und Bund, die auch die entsprechenden Instrumente dazu haben.

Österreich wird gerade deshalb so gerne besucht und beachtet, weil es blühende Orte und keine verlassen oder aufgegebenen Räume gibt, wie sie in manchen Teilen Europas bereits hingenommen werden. Wir geben Räume und Talschaften nicht auf, sondern nehmen die Herausforderung an.

Die Zukunftswerkstatt in Bad Aussee hat nicht nur spannende Diskussionen und zum Teil widersprechende Zukunftsaussichten gebracht, sondern auch Erkenntnisse, die praktikabel und umsetzbar sind. Der Gemeindebund fühlt sich seinen Gemeinden als Interessensvertretung verpflichtet, aktuelle Themen aufzugreifen, aber auch die Zukunft zu gestalten. Das betrifft die Pflegeproblematik genau so wie die Kinderbetreuung, das Schulwesen und die funktionierende Infrastruktur in allen Gemeinden Österreichs.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Gegensteuern ist angesagt, und dazu bedarf es auch eines Mutes zu sagen, wie man sich die künftige Entwicklung Österreichs vorstellt. Das beginnt bei der Raumordnung und dem Erhalt einer gewissen Infrastruktur. Das geht weiter über den Einsatz von Förderinstrumenten, die bisher hauptsächlich die von der Lage her begünstigten Ballungszentren alles andere als benachteiligten und endet bei der verstärkten Zusammenarbeit der Gemeinden innerhalb einer Region.



THEMEN

Gemeindepolitik

- 8 Kommunale Sommergespräche 2008: Schreckensszenario „Überalterung“
- 15 Nationalratswahl 2008: Sechs Fragen an die Parteien
- 20 Was ändert sich bei der Wahl für die Gemeinden?
- 26 Erste kommunale Bildungskonferenz: „Netzwerk Bildung gegründet“
- 28 55. Österreichischer Gemeindetag: Ganz im Zeichen des Tourismus
- 29 Der Gemeindebund lädt zur Wallfahrt nach Mariazell
- 43 Die nächste Bürgermeisterreise geht nach Paris

Recht & Verwaltung

- 32 Auskunftserteilung: Wo lauert die Amtshaftung für die Gemeinde und deren Organe?

Finanzen

- 27 Kommunalsteuer: Regelungen betreffend einhebungsberechtigte Gemeinde
- 25 Getränkesteuer – Zeitplan zur Rückzahlung einhalten

Europapolitik

- 34 EU-Bürgermeisterkonvent für Energie: Bis 2020 gilt die Losung 20-20-20
- 36 Demografische Entwicklung: Ausbau der Pflege ist DAS Thema der Zukunft
- 38 AdR: Bergregionen drängen auf eigene EU-Politik
- 39 IRE-Konferenz: Regionale Flughäfen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor
- 40 Die Problematik Europa
- 42 Aktion Europaschirm



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock,
1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipper
Sekretariat: Patrizia Poropatits
E-Mail:
patrizia.poropatits@kommunal.at

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
Mag. Helmut Reindl - DW 15
Natalie Pillwatsch DW 37
Tel.: 01/ 532 23 88
E-Mail: redaktion@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Johanna K. Ritter - DW 11
johanna.ritter@kommunal.at
Gerhard Klodner - DW 14
gerhard.klodner@kommunal.at
Mag. Sabine Brüggemann - DW 19
sabine.brueggemann@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
grafik@kommunal.at
Fotos: www.bilderbox.at
www.bilder.services.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Martin Brandstötter
(BM für Inneres)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)
Prof. Dr. Roman Häußl

(Experte f. Gemeinderecht)

Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes),
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Reichel (Bundeskanzleramt)
Univ. Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes Kepler-Universität Linz)
Michael Vesely (Kommunalnet)
Walter Zipper (Geschäftsführer)
Cornelia Zoppoth
(Bundeskanzleramt)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.



Druckauflage: 33.951
(Halbjahresdurchschnitt 2008)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der ARGE Forum mineralische Rohstoffe, der Eder Textilreinigung und des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau bei.

PRAXIS

Energie in der Gemeinde

- 54 Energiekrise: Auf welche Energieträger sollen Gemeinden setzen?

Public Management

- 66 Gemeindeamt 2015 – Das Gemeindedienstleistungszentrum der Zukunft



CHRONIK

- 78 Bundespräsident Fischer besuchte Mureck, die innovativste Gemeinde Österreichs
- 80 Robert Hink 20 Jahre Generalsekretär des Gemeindebundes
- 82 Der Steiermärkische Gemeindebund feierte seinen 60. Geburtstag
- 84 KfV: Was tun, wenn die große Hitze kommt
- 86 Aus den Bundesländern
- 90 Info Mix & Personalia



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!



Walter Zimmer
Geschäftsführer

Am 28. September wird der Nationalrat frühzeitig neu gewählt. Weil die Große Koalition die großen Probleme des Landes nicht lösen konnte, die Vertrauensbasis weitgehend fehlte und der Wille zur konstruktiven Zusammenarbeit nicht besonders ausgeprägt war, ist nun wieder der Wähler am Wort.

Wie erfrischend und wohltuend ist es da, wenn man sieht, wie engagiert und ernsthaft sich Österreichs Gemeinden um Lösungen und Strategien für heute und morgen bemühen. Wenn es um die Zukunft unserer Gemeinden geht, haben Streiterei-

en keinen Platz. Da ist hartes und konsequentes Arbeiten über alle Parteigrenzen hinweg gefragt. Während andere Urlaub machen, beschäftigten sich rund 200 Teilnehmer bei den „Kommunalen Sommergesprächen“ in Bad Aussee mit den Herausforderungen, die die demografische Entwicklung für Österreichs Gemeinden bringen wird. Führende Kommunalpolitiker diskutierten dabei auf Initiative des Österreichischen Gemeindebundes mit nationalen und internationalen Top-Experten, Zukunftsforschern und Spitzenpolitikern.

Am 18. und 19. September findet der 55. Österreichische Gemeindetag in Salzburg statt und auch von dieser Großveranstaltung werden wichtige kommunale Impulse ausgehen. Diesmal geht es um den Tourismus und seine Bedeutung für die Entwicklung des ländlichen Raumes: „Miteinander Österreich erlebbar machen“ ist das ehrgeizige Motto.

KOMMUNAL ist stolz darauf, bei all diesen Veranstaltungen dabei zu sein und aus erster Hand berichten zu können. Wir werden weiterhin dort sein, wo es um die Zukunft unserer Gemeinden geht.

Walter Zimmer
Geschäftsführer

Verkehrsüberwachung: Privates Radarmessen in Gemeinden verstößt gegen den Datenschutz

Aus für private Blitzer – Gibt es ein Comeback?

Mit privaten Radarmessungen auf Auftrag von Gemeinden ist vorerst Schluss. Aufgrund eines Erkenntnisses der Datenschutzkommission empfiehlt das Land Steiermark diese Geschwindigkeitsmessungen einzustellen. In den vergangenen Jahren waren tausende Kfz-Lenker in der Steiermark von privaten Unternehmen geblitzt geworden. Die meisten bezahlten, einer beschwerte sich jedoch bei der Datenschutzkommission, weil er sich im „Recht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten“ verletzt fühlte. Die Kommission gab dem Beschwerdeführer nun teilweise Recht. „Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch Private im Auftrag einer Gemeinde verstößt gegen das Datenschutzgesetz“, erklärt Peter



Das Land Steiermark empfiehlt einen Stopp für private Überwachung.

Weiß, Leiter der steirischen Fachabteilung für Verkehrsrecht. Bezahlen müssen Verkehrssünder dennoch. Nach Ansicht der Datenschutzkommission handelt es sich bei der Geschwindigkeitsüberwachung um eine Aufgabe der Verkehrspolizei. Diese liegt in der Kompetenz der Bezirksverwaltungsbehörde, nicht in der der Kommunen. Für die Gemeinden ist das private Blitzen aber ein lukratives Geschäft, weshalb Experten vermuten, dass das Aus der „Privatsheriffs“ nicht allzu lange dauern wird. Die Novellierung der Straßenverkehrsordnung wäre die einfachste Lösung, private Überwachung wieder einzuführen. Ein Antrag dazu liegt bereits im Parlament, ein Beschluss binnen weniger Wochen ist möglich.

Gesundheit: Gesundheitsförderung wirkt

10 Jahre Fonds Gesundes Österreich

„Der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) hat seit 1998 ein Programm, das sich in einem Satz zusammenfassen lässt: Gesundheit erhalten ist besser, als im Nachhinein Krankheiten zu behandeln“, so Gesundheitsministerin Kdolsky anlässlich des 10-jährigen Bestehens. Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) werden für Unternehmen zunehmend interessanter: Ein eingesetzter Euro spart nämlich zwischen 2,3 und 5,9 Euro bei den Krankheitskosten, bei den Fehlzeiten sind Einsparungen bis zum zehnfachen des Betrags, der in Gesundheitsmaßnahmen investiert wird, möglich. Mit acht Kampagnen hat

der FGÖ Bewusstsein für Themen wie Bewegung, Ernährung, Tabak- sowie Alkoholprävention geschaffen. Jährlich werden durch den FGÖ 7,2 Millionen Euro öffentliche Mittel in die Gesundheit investiert, der Großteil fließt in die Förderung regionaler Gesundheitsinitiativen. Davon konnten 750 Initiativen mit Unterstützung des FGÖ verwirklicht werden. Zudem wurde ein regionaler Gesundheitsmanager installiert, da zurzeit mehr Anfragen von Wirtschaftsbetrieben als von Gemeinden kommen. Mehr Infos zu den Maßnahmen und die neue Adresse zur Geschäftsstelle des FGÖ finden Sie auf www.fgoe.org

Vorarlberg: Investitionen von 2,3 Millionen Euro

Montafonerbahn: Mehr Komfort

Das Land Vorarlberg investiert 2,3 Millionen Euro in die traditionsreiche Montafonerbahn. Ein großer Teil der Mittel fließt in den Ausbau und die Erhaltung des

Streckennetzes und der Bahnhofsgelände. So erhält zum Beispiel der Streckenabschnitt zwischen Lorüns und St. Anton im Montafon eine neue Trasse.

Geburten: Mehr Babys im ersten Halbjahr 2008

Wieder Babyboom in Österreich

Laut Statistik Austria kamen im ersten Halbjahr 2008 um 2,3 Prozent mehr Kinder zur Welt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Den größten Geburtenanstieg gab es in Salzburg (5,9 Prozent), gefolgt von Vorarlberg, Wien (3,9 Prozent), OÖ und dem Burgenland. In NÖ lag der Geburtenzuwachs im bundesweiten Durchschnitt. In den

restlichen Bundesländern sind die Geburtenzahlen mit einem Minus von einem Prozent leicht gesunken.



Im ersten Halbjahr 2008 gab es täglich rund 200 Geburten.

Kindergarten: Gemeinden tragen am meisten zur Finanzierung bei

Ohne Gemeinden keine Gratiskindergärten

Über die Vorstöße der Regierungsparteien für ein Gratiskindergartenjahr ist Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer empört. Das seien „bodenlose Forderungen“, bei denen nicht klar sei, wer das Vorhaben finanzieren soll. Momentan trägt der Bund am wenigsten zur Finanzierung der Kindergärten bei, die Hauptlast tragen die Gemeinden, sie geben jährlich 957 Millionen Euro für die

Kinderbetreuung aus. „Ohne uns geht es nicht“, so Mödlhammer. Der Gemeindebund-Obmann fordert daher, dass die Kommunen in diese Diskussion mit einbezogen werden. „Die Gemeinden könnten die Kinderbetreuung zu hundert Prozent übernehmen und dafür einen anderen Bereich, wie z.B. Gesundheit oder Pflege abgeben“, schlägt er vor. Die Kosten für ein gratis Kindergarten-



Wer soll kostenlose Kinderbetreuung finanzieren?

jahr werden mit 30 Millionen Euro pro Jahr – nur für die Vormittagsbetreuung – beziffert. Für die Ganztagsbetreuung sind es 70 Millio-

nen Euro. Denn in einigen Bundesländern ist die Vormittagsbetreuung bereits kostenlos, für den Nachmittag muss man aber zahlen.

Ziel: Auf die Ressource Wasser aufmerksam machen

Neptun Wasserpreis ausgeschrieben

Der Neptun Wasserpreis wurde vor genau zehn Jahren erstmals ausgeschrieben, mit dem Ziel, auf die kostbare Ressource Wasser aufmerksam zu machen. Bei dem Wettbewerb werden innovative Projekte gefördert, die zum verantwortungsvollen Umgang mit Wasser beitragen. Die Gewinner der Ausschreibung erwartet eine Prämie von bis zu 5000 Euro. Auch Gemeinden sind teilnahmeberechtigt.

www.wasserpreis.info



Der Neptun Wasserpreis wurde vor zehn Jahren gegründet.

Landwirtschaft: Jeder Hektar soll künftig gleich viel Wert sein

EU will Agrarförderungen vereinheitlichen

Nach der Agrarreform 2003 war es allen EU-Staaten überlassen, wie die Verteilung der Förderungen im eigenen Land geregelt wird. Österreich entschied sich für das „historische Modell“. Dabei orientierte man sich an den Geldern, die die Landwirte vor der Reform erhielten und legte sie in sog. Zahlungsansprüche um. Umgelegt auf einen

Hektar sind die Förderungen EU-weit sehr unterschiedlich, was bei den Bauern zunehmend für Unmut sorgt. Jetzt will die EU-Kommission die Förderungen standardisieren. Jeder Hektar soll gleich viel wert sein. Dadurch würden aber starke Ungleichgewichte entstehen. Laut einer vom Landesministerium in Auftrag gegebenen Studie, die

Burgenland

Lehrgang für Prozessbegleiter

Die Ausbildung bietet wesentliche Inhalte zum Thema Lokale Agenda 21. Im Herbst startet das Burgenland eine umfassende Aktion zur Dorferneuerung basierend auf den Prinzipien der Lokalen Agenda 21. Gesucht werden qualifizierte Personen, die ihr Wissen dazu erweitern und Gemeinden künftig bei ihren Prozessen begleiten möchten. Mehr Infos zu den Modulen finden Sie auf www.kommunalnet.at

Internet: Lokale Domains

Wann kommt www.urlaub.wachau?

Die in den USA ansässige Domain-Verwaltungsbehörde ICANN lässt aufhorchen. Zu den so genannten Top-Level-Domains („tld's“), wie den bekannten Länderdomains (z.B. „.at“) oder den generischen Domains (z.B. „.com“) sollen bald lokale, bzw. regionale Domains, wie z. B. „.wachau“ treten. Für österreichische Städte und Regionen eröffnen sich einmalige Chancen – allerdings müssen Bewerber für eine tld genaue Zeitabläufe einhalten und dürfen dabei nicht in Konflikt mit anderen Marken oder Namensrechten kommen. Die Experten von e|n|w|c Rechtsanwälte, eine der führenden international agierenden Anwaltssozialitäten in Österreich, rechnen daher in den nächsten Monaten mit erhöhtem Beratungsbedarf. Domains wie www.urlaub.wachau oder www.tourismus.salzburg könnten sich demnächst in eine Reihe mit „.paris“ oder „.berlin“ stellen, denn Berlin etwa hat bereits Interesse bekundet.

die Arbeitszeiten für alle Betriebszweige vereinheitlichte, würden demnach 66 Prozent der Bauern mehr Geld bekommen, für 34 Prozent gäbe es Verluste von bis zu mehreren zehntausend Euro. Dass Arbeitszeiten die Grundlage für die Geldverteilung werden, ist aber unwahrscheinlich. Brüssel zieht ein flächenbezogenes Modell vor.

Schreckensszenario „Überalterung“ – droht ein neues Mittelalter?

Was jetzt passiert, ist ohne Vorbild in der Geschichte

Die Gesellschaft war immer in der Mehrheit jung und in der Minderheit alt. Das galt Jahrhunderte als Gesetz. Darauf basiert unser Denken, unsere Märkte, unsere Vorstellungen. Heute hat dieses Gesetz erstmals keinen Bestand mehr. In diesem Augenblick verändert sich die Welt. Das, was jetzt passiert, ist ohne Vorbild in der Geschichte. Die dritten Kommunalen Sommergespräche versuchten, Antworten zu finden, wie wir – und die Gemeinden – damit umgehen können. KOMMUNAL war dabei.

Mag. Hans Braun

Zum dritten Mal fanden Ende Juli / Anfang August in Bad Aussee die Kommunalen Sommergespräche 2008 statt. Und wieder

versammelte sich bei diesem „Alpbach der Gemeinden“ alles, was auf dem kommunalen Sektor in Österreich – übrigens waren auch aus Bayern und von den großen kommunalen Ver-

bänden der Europäischen Union Vertreter anwesend – Rang und Namen hat (siehe auch Seite 13).

Ein brisantes Thema und eine brisante These

Für heuer war ein Thema gewählt worden, das die Gemeinden bereits in naher Zukunft stark beschäftigen wird. „Überfüllte Städte – Gemeinden ohne Bürger“, so das brisante Motto, spielt auf mehrere Entwicklungen an. Und der erste Knalleffekt kam auch gleich zu Beginn der Gespräche, als Moderator Armin Wolf Bestseller-Autor und FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher (siehe auch KOMMUNAL 4/2008, Seite 25) zur Ein-



stimmung in ein „Kamingespräch“ verwickelte. Erstens verändert sich laut Schirmmacher die Altersstruktur unserer Gesellschaft dermaßen, dass der Anteil der älteren Menschen den der jüngeren deutlich übersteigt. Und wie Schirmmacher festhielt, tritt diese Entwicklung erstmals in der Geschichte der Menschheit ein. Nicht einmal nach den großen Kriegen war das Gleichgewicht so aus dem Lot. Nur nach der Pest im Mittelalter gab es eine rund 20-jährige Epoche, in der es mehr Ältere gab. Sonst war der Anteil der Jüngeren immer höher als der der Älteren, also woher – gute Frage von Schirmmacher – sollten wir denn wissen, wie wir da-

mit umgehen sollen, wenn es dafür kein Vorbild gibt, auch nicht den geringsten Erfahrungswert?

Und die Zeit läuft: In den nächsten Jahren wird ein Drittel der Gesamtbevölkerung in Europa älter als 60 Jahre sein.

Bislang war es so, dass eine gewaltige Geburtenrate die Wirtschaft extrem beeinflusst hat. Zuerst boomt die Kinderspielzeug-Industrie, dann die Auto-

Dieser (demografische) Wandel ist die größte Veränderung in der Gesellschaft, den die heutigen Generationen zu Lebzeiten erfahren werden.

Industrie, dann die Immobilien-Wirtschaft – und dann begann der ganze Kreislauf wieder von vorne. Und gerade dieser Kreislauf ist laut Schirmmacher unterbrochen und wird demnächst ganz zum Erliegen kommen.

Selbst wenn ab sofort jede Familie drei oder vier Kinder bekomme, würde sich der Wandel bis 2050 ungebremst fortsetzen und sich erst dann wieder zurückdrehen. Dieser Wandel ist die größte Veränderung in der Gesellschaft, den die heutigen Generationen zu Lebzeiten erfahren werden. Schirmmacher gab dann auch gleich selbst die Antwort auf die Frage, wie sicher denn das sei.

Laut ihm sind die Tatsachen absolut felsenfest. „Umkehrbar wäre das nur, wenn eine riesen-große Seuche ausbricht, die alle Alten hinwegrafft.“ Und die Lebenserwartung steigt dramatisch: Mädchen, die im Jahr 2000 geboren wurden, hätten mit 70-prozentiger Wahrscheinlichkeit eine Lebenserwartung von rund 100 Jahren. Diese Fakten wird man vor allem auf Gemeindeebene sehr schnell spüren, weil die Gemeinden in Österreich sowohl bei der Betreuung von Kindern, als auch bei der Betreuung älterer Menschen intensiv eingebunden sind. Aber das Schlimmste sei, dass er – Schirmmacher – nun eine Feststellung treffen müsse, die wirklich arg sei: Wir können gegen diese Entwicklung nichts tun, weil die Elterngeneration – also die, die jetzt so um die 30 wären und Kinder bekommen könnten – nie geboren wurden.

Auswege – oder was passiert weiter?

Wer sich mit der Alterung der Gesellschaft befasst und seine Strukturen anpasst, wird ein Zukunftsthema allerersten Rangs, das ohnehin auf uns zukommt, in die Hand nehmen. Eine alternde Gesellschaft sei laut Schirmmacher erstmal nichts Gutes, aber eine alternde Gesellschaft, in der die Mehrheit der Menschen schlecht über das Altern denkt und die Werbeindustrie und die Wirtschaft das Altern von vornherein – und zwar schon mit Mitte 40 – sozusagen als etwas Negatives darstellt, die habe natürlich total verloren. Dazu komme noch, dass wir eine negative Vorstellung über die Kapazitäten des Alters haben. Eine der größten Ressourcen der alternden Gesellschaft seien

eben jene Gruppe 50 plus, die bisher in ihren Möglichkeiten nicht erkannt worden ist.

Revolution im Kopf

Folgerichtig werden wir in unseren Köpfen eine riesige Revolution des Denkens beginnen müssen. Die Alterung wird auch die Städte verändern – sie werden neu strukturiert, neu konstruiert werden müssen, was eine Riesenchance für die Wirtschaft ist. Diese Entwicklung findet in Deutschland bereits statt. So würden in den Städten GPS-Navigationshilfen installiert, damit sich ältere Menschen nicht dauernd verlaufen.

Die Reaktion auf den demografischen Wandel muss also ein Bewusstseinswandel sein. Schirmmacher meint, dass wir gar keine andere Chance haben als diese, denn die Demografie können wir so schnell ja nicht umkehren. Wir müssen das Bewusstsein schaffen und auch die Infrastruktur dafür ausbauen, dass ältere Menschen arbeiten können. Welche Verkehrswege werden dazu benötigt? Welche Netze? Welche Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz?

Die Korrektur dieses Bewusstseins werde anfänglich vorwiegend über den Markt funktionieren, nicht über die Politik. Die Politik, also auch die Gemeinden, werden aber sehr schnell die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen müssen, so Schirmmacher abschließend.

Städte gewinnen – ländliche Regionen verlieren

Mit Impulsreferaten des Demografen Dr. Rainer Münz und des Zukunftsforschers Dr. Leo A. Nefiodow begann der zweite Tag der kommunalen Sommerge-



Fotos: Hans Braun

Eröffnung der Sommergespräche 2008: Gemeindebund-General Robert Hink, Kommunalkreditchef Reinhard Platzer, Bad Aussees Bürgermeister Otto Marl, Narzissenkönigin Veronika, Steiermarks Landesrat Christian Buchmann und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

sprache 2008 in Bad Aussee. Münz wies vor allem auf die dramatischen Bevölkerungsver-schiebungen zwischen den ländlichen Räumen und den Städten hin. Zwar sei Österreich noch eines der ländlichsten Länder europaweit, dennoch werde sich dies in den nächsten Jahrzehnten dramatisch ändern. „Die Zentren werden starke Zuwächse verzeichnen, die ländlichen Regionen schrumpfen. Für die betroffenen Kommunen stellt dies erhebliche Herausforderungen dar“, so Münz.

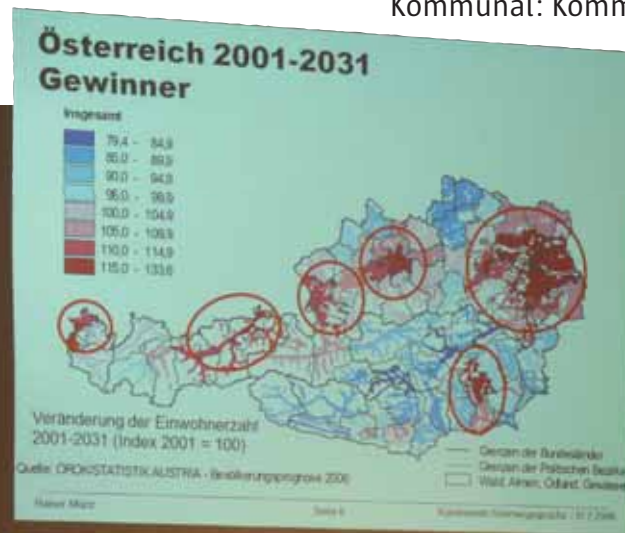
Was kommt nach der Informationstechnologie?

Ökonom und Zukunftsforscher Dr. Leo Nefiodow (Mitglied des „Club of Rome“) sieht Gesundheit als „Megamarkt der Zukunft“. Entscheidend für die wirtschaftlichen Prozesse der Zukunft sei auch die Frage, welche Großinnovation den kommenden Zyklus bestimme. „Die großen Konjunktur- und Innovationszyklen ereignen sich im Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten. Die letzte grosse Innovation war die Informationstechnik, davor die Automobilisierung, davor die Perfektionierung der Elektrotechnik“, so der Zukunftsforscher. Historisch seien die Erfindung der Eisenbahn, des Stahls und der Dampfmaschine gewesen. „Es ist schon wichtig, auch im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und dem Umgang mit älteren Menschen, welche Großinnovation die kommenden



Eine der größten Ressourcen der alternden Gesellschaft ist eben jene Gruppe 50 plus, die bisher in ihren Möglichkeiten nicht erkannt worden ist.

Frank Schirmmacher, Bestseller-Autor und FAZ-Herausgeber



„Die Zentren werden starke Zuwächse verzeichnen, die ländlichen Regionen schrumpfen. Für die betroffenen Kommunen stellt dies erhebliche Herausforderungen dar“, so die Zukunftsaussicht von Demograf Dr. Rainer Münz.



Leo Nefiodow, Michael Chalupka, Rainer Münz, Moderator Armin Wolf, Ministerin Andrea Kdolsky, Thomas Flat und Dieter Kanduth waren sich in einem Punkt einig: Gesundheit wird der Wachstumsmarkt der kommenden Jahrzehnte.

Jahrzehnte bestimmen wird.“ Fest stehe, dass der Bereich der Gesundheit der Megamarkt der Zukunft sein werde. „Die Lebenszeit der Menschen wird sich sehr weit über das Alter hinaus entwickeln, das Versicherungen und Demografen heute vorher-sagen und in ihren wirtschaftlichen Prognosen kalkulieren.“

Bevölkerungswachstum trifft auf Abwanderung

Unter dem Titel Gesundheit und Soziales diskutierten im Panel I Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky, Michael Chalupka von der Diakonie Österreich, Thomas Flatz, MAS von SeneCura, Mag. Dieter Kanduth von der

Kommunalkredit sowie die Referenten Rainer Münz und Leo Nefiodow.

Österreich wird in den kommenden Jahrzehnten parallel Wachstums- und Schrumpfungs-Prozesse erleben: Bevölkerungswachstum in den Städten und

„Es ist wichtig, auch im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und dem Umgang mit älteren Menschen, welche Großinnovation die kommenden Jahrzehnte bestimmen wird.“

Dr. Leo Nefiodow
Ökonom und Zukunftsforscher



Zentren und den umgebenden „Speckgürteln“ sowie Abwanderungen an der Peripherie.

Aufgrund der demografischen Entwicklung (ein heute geborenes Mädchen hat eine Chance von 50-70 Prozent 100 Jahre alt zu werden) wird Gesundheit der Wachstumsmarkt der nächsten Jahrzehnte. Derzeit werden in Österreich etwas mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP, rund 26 Milliarden Euro) in den Gesundheitsbereich investiert. Reale Einsparungen werden nach Einschätzung des Panels hierbei nicht möglich sein – nötig sind hingegen Umschichtungen, Effizienzsteigerungen, zusätzliche Investitionen (Nefiodow) und vor allem die Einbeziehung des bisher davon getrennten, stark wachsenden Pflegebereichs. Als zentrales Problem stellt sich die Zersplitterung der öffentlichen Kompetenzen auf die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden – zum Beispiel neun Pflegeheim-Gesetze) und Selbstverwaltungskörper dar. Die Erfolgsaussichten für wesentliche Änderungen werden von den Diskutanten jedoch kritisch beurteilt.

Was braucht wer zum (Über)Leben?

Im Panel II Infrastruktur für Metropolen und den ländlichen Raum diskutierten Infrastrukturministerin Heidrun Silhavy und Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy.

„Netzwerken“ wird als das wichtigste „Rezept“ betrachtet, um die Infrastruktur vor allem in ländlichen Regionen zu verbessern. In „strategischen Regionen“ fällt es zum Beispiel leichter, örtliche Produkte auch international zu vermarkten. Gemeinsam können auch Einrichtungen, etwa ein Kindergarten, errichtet werden, der mangels Kunden in einer Gemeinde allein nicht überlebensfähig wäre. Vernetzung bringt Kosteneffizienz und außerdem Information über nachahmenswerte Vorzeigemodelle und kreative Lösungen in einzelnen Gemeinden (etwa spezielle Verkehrskonzepte, um den Individualverkehr einzudämmen).

Laut Ministerin Silhavy müsse die Raumordnungskonferenz wieder „politischer“ werden, auch die Kommunen sollten mehr mit einbezogen werden, um gemeinsam Ideen für Regionen zu entwickeln. Es müsse insgesamt besser koordiniert, besser abgestimmt werden, besonderer Problembereich ist die Gesundheit (Spitals- und Großgerätepläne werden missachtet). Geldströme für Gemeinde-Infrastruktur müssen in Zukunft intelligenter gebündelt werden. Und Grenzen im Kopf sind zu überwinden: Gemeindeüberschreitende Projekte sind paradoxerweise manchmal schwieriger zu realisieren, als staatenübergreifende (EU-) Modelle.

Wie fallen Standort-Entscheidungen?

Staatssekretärin Christine Marek und Mag. Christoph Andexlinger von Spar Europark diskutierten im Panel III über Standortfragen. „Standort“ ist nicht gleich Fläche, sondern in Wahrheit das Synonym für die Einbindung eines Unternehmens in das soziale Netzwerk einer Kommune. Die Standortentwicklung bestimmt ganz wesentlich den Wohlstand einer Gemeinde, darüber wird noch immer zu wenig reflektiert.

Standortfragen werden zu einem beträchtlichen Teil nicht innerhalb der Kommunen entschieden, sondern außerhalb. Dennoch und gerade deshalb (weil ja in allen außergeleiteten

Faktoren objektiv kaum Unterschiede bestehen) sind konkrete Standortentscheidungen sehr oft subjektive Entscheidungen, „Soft skills“ sind also für die Profilierung eines Standortes sehr wichtig. Standortentscheidungen fallen entlang der Bedürfnisse der Unternehmen, die wichtigsten sind: Anbindung (z. B. Energie, Telekommunikation); ein funktionierendes Verwaltungsumfeld (Dauer der Verfahren etc.); die Arbeitsorganisation; das Wachstums- und Zukunftspotenzial (das eingeschränkt wird, wenn z. B. Wohnsiedlungen zu nahe am Industrieansiedlungen herangebaut werden); die Einbettung ins soziale Netz; das Gesundheitssystem; die Sicherheitsfrage (die eine immer größere Rolle spielt, nicht zuletzt die Sicherheit von Zusagen in der Infrastruktur); die Fähigkeit, über das Mikronetzwerk der Kommunen hinaus unternehmerische Kooperationen zu fördern.

Die größten Schwächen der Standortpolitik im ländlichen Raum liegen derzeit in mangelnder Erreichbarkeit (noch immer keine durchgängige Breitbandversorgung, Extrembeispiel ist die Nichtanbindung des Standortes Steyr an das Autobahnnetz), die massiver werdenden Verkehrsbeschränkungen, der Mangel an Fachkräften (vor allem unter jungen Leuten), die schwächere Gründungsdynamik im ländlichen Raum, die mangelnden Impulse für übergreifende Kooperationen, die zöger-



liche Nutzung neuer Technologien und ein Mangel an langfristiger Planungen im sozialen Bereich (Wohnen, Kindergarten, Schule etc.).

Die großen Stärken der Standortpolitik im ländlichen Raum liegen in der Attraktivität der Lebensqualität und darin, dass Probleme dort wesentlich schneller gelöst werden und in der Leistungsbereitschaft und der Kompetenz der Mitarbeiter.

Wir werden keine Gemeinden aufgeben

Zum Abschluss der Kommunalen Sommergespräche diskutierten hochrangige Politiker die Folgen der demografischen Entwicklung für Gemeinden. Unter der Leitung von ORF-Anchorman Armin Wolf diskutierten Sozialminister Erwin Buchinger, Oberösterreichs LH Josef Pühringer, OÖ LR Rudolf Anschober, WKO-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner und Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer. Mödlhammer war es auch, der gleich klare Fronten schuf.

Kommunale Sommergespräche – Hintergründe und Notwendigkeit

„Die Notwendigkeit der kommunalen Sommergespräche besteht darin, dass in der täglichen Hektik keiner die Zeit hat, wirklich über die Probleme der Gemeinden nachzudenken und einen Gedankenaustausch zu forcieren.“ So beschreibt Gemeindebund-General Robert Hink den ursprünglichen Gedanken, der zu

Bad Aussees Bgm. Robert Marl, Gemeindebund-General Robert Hink und Frauenministerin Heidrun Silhavy bei den Sommergesprächen.

dieser Art Sommergespräche führte. Wobei laut Hink die Lösung von Problemen nicht unbedingt im Vordergrund stehen, sondern es vor allem darum geht, ein Problembewusstsein zu schaffen und Lösungsansätze zu formulieren. Dies alles in einer

entspannten Atmosphäre, wo nicht nur Gruppenarbeit, sondern auch viele Einzelgespräche zum Ziel führen sollen. „Heuer haben nicht nur sehr gute Impulsreferate, sondern auch zahlreiche hervorragende Diskussionsbeiträge aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft völlig neue Aspekte des Problems Demografie aufgezeigt. Mir war beispielsweise nicht klar, dass meine drei Monate alte Enkelin praktisch eine Lebenserwartung von 100 Jahren hat.“



Foto: Nadlinger



Landesrat Rudi Anschober, Sozialminister Erwin Buchinger, OÖ LH Josef Pühringer, Moderator Armin Wolf, WKO-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer suchten zum Abschluss der kommunalen Sommergespräche 2008, zu identifizierten Problemen der kommunalen Sommergespräche 2008, zu identifizierten Problemen gangbare Lösungen zu finden.

Er mahnte bei der Diskussion die Schaffung eines Masterplans für Infrastruktur ein. „Wir müssen auch endlich verstehen, dass gewisse Regionen, die geografisch benachteiligt sind, höhere Wirtschaftsförderungen bekommen müssen. Analog zu den Ziel-1-Gebieten der EU sollte man auch national definieren, welche Regionen besonderer Förderungen und Unterstützungen bedürfen.“ In der Schweiz und in Deutsch-

land werde derzeit diskutiert, welche Gemeinden und Regionen man aufgeben müsse, weil die Abwanderung und die Überalterung zu schnell voranschreite. „Dieser Entwicklung werden wir in Österreich entgegen arbeiten, wir haben die Ideen und die Rezepte dafür.“

Ein weiterer Punkt sei nicht nur die Attraktivierung des Öffentlichen Personennahverkehrs, sondern die sinnvolle Zusammen-

Das Who-is-who der kommunalen Sommergespräche

Wie schon 2007 konnten die beiden Veranstalter Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, und Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunkredit Austria, hochrangige Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft begrüßen. So kamen die Ministerinnen Andrea Kdolskay, Maria Fekter und Heidrun Silhavy sowie Minister Erwin Buchinger, Staatssekretärin Christine Marek, den oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer, die Landesräte Christian Buchmann (Steiermark) und Rudolf Anschober (Oberösterreich), Salzburgs Landtagspräsident Hans Holztrattner sowie praktisch die gesamte Führungsspitze des Gemeindebundes.

Die Wissenschaft war durch Univ.-Prof. Dr. Rainer Münz vom Hamburger Weltwirtschafts-Archiv, Zukunftsforscher Leo Nefiodow und Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy sowie Mag. Michael Chalupka von der Dia-

konie Österreich vertreten. WKÖ-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner, Thomas Flatz von SeneCura und Mag. Christoph Andexlinger, Center-Manager SPAR EUROPARK, versuchten, die Sicht der Wirtschaft zu beleuchten.

Auch international kann sich die Teilnehmerliste sehen lassen. So waren Roger Kehle, Präsident des Baden-Württembergischen Gemeindetages, Gerhard Dix als Vertreter des Bayerischen Gemeindebundes, Angelika Poth-Mögele, stellvertretende Generalsekretärin des RGRE und Hannele Häkkinen, EU-Kommission, aus Finnland da.

Sogar zwei Weltmeister – Hubert Neuper und David Zwilling – diskutierten in Bad Aussee mit. Sie alle nahmen mit den rund 240 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus den österreichischen Gemeinden auch an den Workshops teil, die versuchten, Antworten zu geben.

führung der Konzepte von Straße und Schiene. Das müsse überregional passieren, sonst könne man das Mobilitätsthema nicht lösen und würde damit die Besiedelung des ländlichen Raums dauerhaft gefährden. „In der Zwischenzeit ist es selbstverständlich und für uns nicht verhandelbar, dass die Pendlerpauschale erhöht werden muss, damit die Menschen es sich überhaupt noch leisten können in die Arbeit zu fahren.“

Aktuell erteilte der Gemeindebund-Präsident der diskutierten Auflösung der Schulpflicht eine klare Absage. „Das würde den sofortigen Tod vieler Kleinschulen in ländlichen Gemeinden bedeuten. Davon halte ich naturgemäß nicht das Geringste.“ Im Pflege- und Gesundheitsbereich erinnerte Mödlhammer daran, dass man die flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung österreichweit gewährleisten und ausbauen müsse. Kritik übte der Gemeindechef am Kompetenzwirrwarr auf Bundesebene. „Allein für die Kinderbetreuung sind insgesamt drei Ministerien zuständig, bei der Pflege sind es zwei. Das versteht in den Gemeinden kein Mensch. Wir sind gewohnt, dass die Dinge effizient und klar zuordenbar abgewickelt werden. Hier hätte der Bund überdies gewaltige Einsparungsmöglichkeiten.“ Mödlhammer gab auch ein klares Ziel vor: „Kinderbetreuung muss Sache der Gemeinden sein, die können das einfach am besten. Natürlich muss dann auch das dafür vorgesehene Geld mitgehen. Um die Gesundheit sollen sich die Länder kümmern.“

Information

Aus Platzgründen können wir leider nur sehr kurze Auszüge aus den Workshops sowie der abschließenden „Diskussion der Politiker“ bringen.

Auf www.kommunalnet.at stehen ausführliche Berichte sowie Bilder zu Verfügung.

Nationalratswahl 2008: KOMMUNAL fragt – die Parteien antworten

Sechs Fragen, sechs Antworten zu heiklen kommunalen Themen

Am 28. September 2008 wird der Nationalrat frühzeitig neu gewählt. KOMMUNAL stellte den wahlwerbenden Parteien aus diesem Anlass aktuelle kommunalpolitische Fragen. Lesen Sie in dieser Ausgabe die Antworten zu Themenkreisen wie „Abwanderung aus dem ländlichen Raum“, „Öffentlicher Personennahverkehr“ oder auch „Gemeindezusammenlegungen“.

Walter Zipmer

Nationalratswahl 2008. Die Karten im politischen Leben Österreichs werden neu gemischt. Zumindest, was die Sitzverteilung im Parlament und die Bundesre-

gierung betrifft.

Auf den folgenden vier Seiten antworten die österreichweit wahlwerbenden Parteien zu sechs Themenkreisen, die für die Gemeinden eminent wichtig sind.

Frage 1:

Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum schreitet voran. Was wird Ihre Partei im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung unternehmen, um die Ausdünnung des ländlichen Raumes zu verhindern bzw. dort Arbeitsplätze abzusichern und zu schaffen?

Frage 2:

Die Treibstoffpreise steigen seit Monaten massiv an. Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung setzen, um den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum zu forcieren und der Bevölkerung den Um-

Foto: OS Management



Städte und Gemeinden ziehen an einem Strang – vor allem in dieselbe Richtung!

An vorderster Stelle stehen die Stärkung der Gemeindeautonomie sowie die gesicherte Finanzierung der Städte und Gemeinden. Städte und Gemeinden und ihre MandatarInnen müssen zu gleichberechtigten Partnern werden. Ohne ausreichende Basis in diesen beiden Bereichen werden sich immer weniger Menschen bereit erklären, sich auf kommunaler Ebene zu engagieren. Dazu gehört natürlich auch die soziale Absicherung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von kleinen Gemeinden. Ein wesentlicher Schritt dazu wurde vom Regierungspartner vor dem Sommer im Parlament leider nicht mitgetragen. Die SPÖ steht auch voll und ganz hinter der interkommunalen Zusammenarbeit und verfolgt mit Interesse zahlreiche erfolgreiche Projekte in ganz Österreich, die sich mehrheitlich als DIE Lösung für zahlreiche kommunale Probleme erwiesen haben. Eine simple Zusammenlegung von Gemeinden von oben herab lehnen wir ab. Wenn Zusammenlegungen erfolgen sollen, dann nur unter Miteinbeziehung der betroffenen Bevölkerung.



Landeshauptmann
Bgm. Dr. Michael Häupl

SPÖ-Kommunalsprecher
Bgm. Mag. Kurt Gassner

Unsere Politiker und Politikerinnen in den Städten und Gemeinden sind den Bürgern und Bürgerinnen am nächsten.

stieg auf diese Verkehrsmittel zu erleichtern?

Frage 3:

Was werden Sie tun, um das kulturelle Leben und das Schulwesen in den Gemeinden und Regionen zu erhalten bzw. die Freiwilligenarbeit zu stärken?

Frage 4:

Es wird immer schwieriger, Bürgermeister zu finden. Welche Rahmenbedingungen würde Ihre Partei schaffen, um die Attraktivität kommunaler Funktionen, vor allem die des Bürgermeisters, zu erhöhen und deren soziale Absicherung zu gewährleisten?

Frage 5:

Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gemeindezusammenlegung“?

Frage 6:

Die große Bundesstaatsreform ist gescheitert. Könnten sie sich vorstellen, die außer Streit stehenden Teile der Reform, die die Gemeinden betreffen (Gemeindeverfassungsnovelle) vorzuziehen und in Kraft zu setzen?

KOMMUNAL hat die Fragen in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund formuliert. Wir haben uns auf diese sechs Themen beschränkt, obwohl es natürlich noch viele andere Bereiche gibt, in denen die Gemeinden gerne wüssten, woran sie mit der (großen) Politik sind. Und aufmerksame Leser werden feststellen, dass sich seit der letzten „Um-Frage“ bei den Parteien seit den Wahlen 2006 das eine oder andere Thema gar nicht so sehr verändert hat.

Information

Wir können leider die teils sehr ausführlichen Antworten der Parteien aus Platzgründen in der Print-Ausgabe von KOMMUNAL nicht abdrucken.

In der Online-Ausgabe unter www.kommunal.at/wahlen stellen wir für Sie die ungekürzten Stellungnahmen zu den Fragen bereit.



Danke

Liebe Bürgermeister,
liebe Gemeindevertreter,
liebe Gemeindemitarbeiter!

Ich bedanke mich für Ihre wichtige und unverzichtbare Arbeit als Bürgermeister/innen, Vizebürgermeister/innen, Gemeindevertreter/innen sowie als Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen in den 2357 Gemeinden.

Die Volkspartei ist und bleibt der verlässliche Partner für unsere Gemeinden und Regionen.

W. Molterer

Mag. Wilhelm Molterer
Vizekanzler und Finanzminister

www.oevp.at





Die SPÖ bekennt sich zur Stärkung eines vitalen ländlichen Raumes. Die SPÖ versteht unter dem ländlichen Raum allerdings nicht nur die Agrarwirtschaft, sondern alle dort lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen, von der Kinderbetreuung beginnend über Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsvorsorge bis hin zu Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Hauptaugenmerk liegt dabei an der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. ...



An oberster Stelle steht für die ÖVP der Kampf um jeden Arbeitsplatz, insbesondere für den ländlichen Raum. ... Dazu werden wir Maßnahmen setzen, die die Beschäftigung weiter erhöhen. ... Andererseits ist es wichtig die Unternehmen in Österreich zu unterstützen, denn sie sind es, die die Arbeitsplätze letztlich schaffen müssen. Eine Politik, die Unternehmen fördert und den Wirtschaftsstandort attraktiver gestaltet, sichert Arbeitsplätze, sichert Einkommen, hilft Armut zu vermeiden und sozialen Frieden herzustellen.



Um der Ausdünnung des ländlichen Raumes entgegenzuwirken wollen die Grünen in den Regionen gleichwertige Lebensbedingungen und Berufschancen schaffen. Möglich wird dies vor allem durch einen gesicherten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Darüberhinaus müssen die Programme der EU optimal genutzt und weiterentwickelt werden. Die Einbindung der Bevölkerung in diese Entwicklungsstrategien wollen die Grünen verstärkt im Rahmen der lokalen Agenda 21-Prozesse vorantreiben.



Um die Ausdünnung von Infrastruktur in den Gemeinden zu verhindern, ist es besonders wichtig, heimische KMU zu unterstützen. Nur wenn es Arbeit vor Ort gibt, kann Abwanderung verhindert werden. ... Eine effiziente Raumordnung muss so gestaltet werden, dass die Ausbreitung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese zum Nutzen einer funktionierenden Nahversorgung eingedämmt werden kann. ... Weiters ist zur Sicherung der Nahversorgung der interkommunale Finanzausgleich voranzutreiben. ...

Frage 1

Für die ländlichen Regionen ist der Öffentliche Personennahverkehr eine wesentliche Voraussetzung für Mobilität. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sowie die weitere Schaffung und Verdichtung von Verkehrsverbänden ist dabei unerlässlich. Auf die Verkürzung von Intervallen und das Eingehen auf Kundenwünsche ist dabei besonders Rücksicht zu nehmen. Auf keinen Fall darf es zu weiteren Schließungen von Nebenbahnen kommen.

Wir wollen ein „Österreichticket“ zu einem attraktiven Fixpreis, das „Freie Fahrt auf allen Öffis in Österreich“ bietet, egal wie oft und wie weit. Der Kampf gegen den Anstieg der Treibstoffpreise und das Bekenntnis zu einem umfassenden Umweltschutz werden mit dieser Maßnahme zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs verbunden.

Die Grünen fordern eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße zur Schiene. Umweltschonendes Verhalten muss gefördert werden. Dazu ist es nötig die Schiene massiv auszubauen, die Taktfrequenz nach Schweizer Vorbild zu erhöhen und Regionalbahnen zu modernisieren. Pendler sollen durch die steuerliche Absetzbarkeit der Jahreskarten und durch die Förderung von Fahrgemeinschaften unterstützt werden. Flexible Ruf-Bus und Anrufsammeltaxis sollen etabliert werden.

Es ist keine Frage, dass der öffentliche Verkehr in Österreich ausgebaut und attraktiv gemacht werden muss. Dazu müssen wir in die Infrastruktur mutig investieren. Pendler sollen die Möglichkeit erhalten, zwischen Pendlerpauschale und einem Jahresticket für ein öffentliches Verkehrsmittel entscheiden zu können. Zur Aufrechterhaltung bzw. Förderung der Altersmobilität schlagen wir vor, dass öffentliche Nahverkehrsmittel in der Pension frei benutzbar sein sollten, wie es bereits in einigen EU-Mitgliedstaaten der Fall ist.

Frage 2

Wesentliche Voraussetzung für das kulturelle Leben am Leben und die Freiwilligenarbeit sind funktionierende Gemeinden und die daraus resultierende Gemeinschaft in den Dörfern, Märkten und kleinen Städten. Schulen dürfen auch bei kurzfristiger Unterschreitung der Schülerzahlen nicht geschlossen werden und Kinderbetreuungseinrichtungen müssen auch am Land (wenn nötig gemeindeübergreifend) angeboten werden.

Österreichs kulturelles Erbe im ländlichen Raum beinhaltet besondere Baudenkmäler und seine einzigartigen landschaftlichen Schönheiten. Diese sind anziehend und verdienen es erhalten zu werden. ... Als Maßstab für eine hohe Lebensqualität im Ländlichen Raum gilt, dass alle wichtigen Lebenserfordernisse, und dazu gehört auch die Schule, in einem Zeitradius von 45 Minuten erreichbar sind. Der Schlüssel für den Erfolg ist dabei die Mobilität die den ländlichen Raum merklich aufwertet.

Die Grünen wollen die in den Schulen vorhandene Infrastruktur für die Bevölkerung im Ort zugänglich machen. Weiters sollen Hauptschulen zu Gemeinsamen Schulen mit AHS-Lehrplan aufgewertet werden. Volksschulstandorte müssen erhalten bleiben. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die Finanzierung durch den Bund können vor allem für Frauen mehr Arbeitsplätze in den Regionen angeboten werden. So werden Jungfamilien nicht zur Abwanderung gezwungen.

Den Gemeinden müssen dazu auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. ... Die demographische Entwicklung trifft viele Gemeinden unmittelbar. ... Die FPÖ anerkennt die hohe Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit vor allem bei Blaulichtorganisationen für unser Gesundheitswesen. ... Diese Leistungen der Freiwilligen müssen gebührend honoriert werden. ... Blaulichtorganisationen sollen zudem von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Frage 3



Der ländliche Raum ist eine der tragenden Säulen unserer schönen österreichischen Heimat und verdient endlich wieder die größtmögliche Unterstützung seitens der Regierenden. Gerade die modernen Kommunikationsmöglichkeiten sind dafür geeignet der ländlichen Bevölkerung mehr Berufschancen zu eröffnen – Stichwort Teleworking. ... Auch die Landwirtschaft muss gestärkt werden. Das BZÖ schlägt hier vor, die Förderungen für die Agrarwirtschaft wieder zu renationalisieren ...

Das BZÖ steht für eine Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung. Nach dem Vorbild von Luxemburg und Slowenien muss es daher auch in Österreich einen amtlichen Preisstopp und eine Preisregulierung für Treibstoffe geben. ... Der öffentliche Verkehr ist eine wichtige Säule und eine umfassende Versorgung gerade der ländlichen Bevölkerung unverzichtbar, aber es bedarf eines Gesamtkonzeptes, denn es gibt Bereiche, die der öffentliche Verkehr nie ganz abdecken wird können. ...

Die traditionelle Volkskultur fristet seit Jahrzehnten ein finanzielles Schattendasein gegenüber der selbsternannten Eliten-Hochkultur. Mehr Geld für kulturelle Veranstaltungen die auch die Mehrheit der Österreicherinnen schätzt und genießt, ist ein Gebot der Vernunft ... Bei der Freiwilligenarbeit ... gilt es zu prüfen inwieweit Freiwilligenarbeit sozial abgesichert werden kann und ob nicht Freiwilligenarbeit eine Bevorzugung bei der Anstellung im öffentlichen Dienst zur Folge haben soll ...



Nach Meinung der KPÖ zeigt sich immer deutlicher, dass die Raumordnungspolitik völlig versagt hat. ... Zu forcieren sind kompakte Siedlungsstrukturen, dafür müsste auch die Mittelzuteilung bei Wohnbauförderung etc. ausgerichtet werden. Für eine Aufwertung des ländlichen Raums sind nach Meinung der KPÖ auch ein verstärkter Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie gezielte Betriebsansiedlungen erforderlich, wobei dabei der öffentlichen Hand und damit politischen Entscheidungen eine zentrale Bedeutung zukommt. ...

Die Verteuerung des Erdöls muss für ein Umdenken in der Verkehrspolitik genutzt werden. Die KPÖ plädiert für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs, Bahn und Bus müssen daher ausgebaut, Fahrgemeinschaften gefördert werden. Da ohnehin bereits 70 Prozent der Kosten des öffentlichen Verkehrs aus Steuermitteln finanziert werden, treten wir – wie auch von e-Control angedacht – für die Freifahrt ein. Im Gegenzug sollten Pendlerpauschalen oder –beihilfen dafür umgewidmet werden. ...

Die KPÖ plädiert dafür, das Bildungssystem durch eine einheitliche Gesamtschule für alle und die Einbindung der Berufsausbildung in das allgemeine Bildungssystem aufzuwerten. Das Netz von AHS/BHS sowie Fachhochschulen in den Bezirksstädten muss weiter ausgebaut werden. ... Die ehrenamtliche Tätigkeit über Vereine und Initiativen ist wichtig und soll unterstützt werden, sie ist jedoch kein Ersatz für die öffentliche Infrastruktur und die politische Verantwortung dafür.



Die Liberalen sind der Auffassung, dass die regionalen Gemeinschaften ihre Situation einschließlich der Probleme und Lösungsmöglichkeiten am besten beurteilen können. Wir treten daher dafür ein, Gemeinden im Zuge des Finanzausgleichs finanziell zu stärken, sodass sie jeweils situativ angepasst, einzeln oder zusammen wirkend, die entsprechenden Maßnahmen setzen können. Finanziert soll dies durch eine Staatsreform werden, welche den Sparstift beim Land ansetzt. ...

Die Liberalen unterstützen die Forcierung von privat organisiertem Nahverkehr (...) und zwar mit Fahrzeugen, die mit alternativer Energie (...) betrieben werden. Die Liberalen belassen es in der Kompetenz der regionalen Einheiten darüber zu entscheiden, ob bzw. welches von vielen möglichen Modellen für die ansässige Bevölkerung den optimalen Nutzen bringt ... Eine wesentliche Rolle in der Präsentation und Koordination der Projekte und Aktivitäten könnte hier dem Gemeindebund zukommen.

Für die Stärkung des kulturellen Lebens gilt, wie bereits oben ausgeführt, dass die Lösungskonzepte in die Kompetenz der Gemeinden gelegt wird. Ähnlich sehen die Liberalen die Situation im Schulwesen. Es muss Entscheidung der Gemeinde sein, das Bildungsangebot vor Ort attraktiv zu gestalten und ggf. mit Nachbargemeinden zu koordinieren. ... Freiwilligenarbeit muss ... keine Freizeitaktivität bleiben sondern kann ... in beliebigem Ausmaß in die Gemeinschaft eingebracht werden.



Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist zu erhalten. Keine weitere Reduktion und somit Erhaltung der staatlichen und kommunalen Infrastruktur und Gewährleistung flächendeckender Angebote der Daseinsvorsorge (Post, Telekom, Wasser, Abwasser, Energie, Verkehr;) Die Stärkung der Gemeinden als Zentrum des Staates. Dazu gehört auch die soziale Infrastruktur wie z.B. kostenloser Kindergarten (auf Landeskosten) und kostenlose Kinderkrippe (auf Landeskosten).

Beim Öffentlichen Verkehr ist eine Angebots- und Qualitätsoffensive nötig. Der öffentliche Verkehr muss ausgebaut werden und so attraktiv und bequem gestaltet werden, dass man gerne in ländlichen Gemeinden wohnt. Dazu gehört ein kostenloser Takt-Verkehr damit die Attraktivität der Gemeinden gehoben wird.

Der kostenlose Zugang zu Sport- und Kulturangebot in den Gemeinden muss gewährleistet sein. Und über das Land- bzw. den Bund müssen Anreize zur Finanzierung öffentlicher Einrichtungen und Infrastruktur durch Bürgerarbeit geschaffen werden: Zum Beispiel beim Bau eines Schwimmbades kann 50 % aus der öffentlichen Hand geleistet werden und 50 % aus Bürgerarbeit.

Frage 4



An vorderster Stelle stehen die Stärkung der Gemeindeautonomie sowie die gesicherte Finanzierung der Gemeinden. Gemeinden und ihre Mandatäre müssen von Bittstellern höheren Ortes zu gleichberechtigten Partnern werden. Ohne ausreichende Basis in diesen beiden Bereichen werden sich immer weniger Menschen bereit erklären, sich auf kommunaler Ebene zu engagieren. Dazu gehört natürlich auch die soziale Absicherung der Bürgermeister. ...



Bürgermeister/innen sind die treibende Kraft der Kommunalpolitik und wichtiger Faktor in der politischen Gestaltung unseres Landes. Vor allem in kleinen Gemeinden ist es zum Problem geworden, geeignete Kandidat/innen zu finden, da das Gehalt von der Zahl der Einwohner/innen abhängt und oftmals die eigene Karriere im zivilen Beruf oder das Familienleben leidet. Wir prüfen daher intensiv jede Möglichkeit einer verbesserten sozialen Absicherung für die Bürgermeister/innen in den österreichischen Gemeinden.



Zur Sicherstellung der kommunalen Nahversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und zur Stärkung der Gemeinden als bürgernahe Ebene insgesamt gehört auch die volle Einbeziehung der Funktion der BürgermeisterIn in alle Systeme der sozialen Absicherung. Darüberhinaus ist die Beteiligung an politischen Prozessen Vor-Ort eine Frage der politischen Kultur. Die Grünen setzen sich daher für den Ausbau von Transparenz und Bürgerinnenbeteiligung in der Gemeindepolitik ein.



Dem Bürgermeister kommt eine besondere Verantwortung für seine Gemeinde und die Gemeindebürger zu. ... Der Bürgermeister hat zudem die Aufgabe, eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben abzuwickeln. ... Der Bürgermeister ist zudem gefordert, über Parteigrenzen hinweg die Zusammenarbeit mit den Fraktionen und den politischen Parteien zu ermöglichen. ... Wesentliche Aufgabe ist es daher, vor allem in den kleinen Gemeinden für eine gerechte Entlohnung für kommunale Arbeit zu sorgen.

Frage 5

Die SPÖ steht voll und ganz hinter der interkommunalen Zusammenarbeit und verfolgt mit Interesse zahlreiche erfolgreiche Projekte in ganz Österreich, die sich mehrheitlich als DIE Lösung für zahlreiche kommunale Probleme erwiesen haben. Eine simple Zusammenlegung von Gemeinden von oben herab lehnt die SPÖ ab. Wenn Gemeindezusammenlegungen erfolgen sollen, dann immer unter Mitbeziehung der betroffenen Gemeindebewohner.

Gerade in kleineren Gemeinden wird Politik hautnah erlebt und gemacht. Egal, ob Gemeinderat oder Staatssekretär: das politische Engagement und Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen ist ein kostbares Gut für die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Daher ist für die ÖVP der Vorschlag des SPÖ-Finanzstaatssekretär Dr. Christoph Matznetter, Gemeinderäten in kleineren Gemeinden das Recht zur demokratischen Mitbestimmung einfach abzusprechen indem Gemeinden zusammengelegt werden, untragbar.

Die Grünen wollen regionale Vorteile über Gemeindegrenzen hinweg nutzen und sind daher für die Einrichtung von Regionalverbänden zur Planung und zum Betrieb von öffentlichen Dienstleistungen wie etwa regionsweite Ver-/Entsorgungsstrukturen oder Zusammenarbeitsverträge zwischen Stadt und Umland. Interkommunale Kooperationen sind auszubauen. Gemeindezusammenlegungen sind jedoch nur dort sinnvoll, wo es die Mehrheit der Bevölkerung wünscht und die Synergien einen Mehrwert erbringen.

Kleine Verwaltungseinheiten sind nicht nur „beautiful“ sondern vor allem effizient und bürgernah. Wir sind daher keine begeisterten Befürworter von Gemeindezusammenlegungen. Gemeinsame Aufgaben können durch Gemeindeverbände gut organisiert werden.

Frage 6

Die große Bundesstaatsreform ist zwar nicht gelungen, es wurden jedoch Modelle und Strukturen erarbeitet, die zwar konsensfähig waren, aber vor allem an länderspezifischen Interessen scheiterten. Die Bundesstaatsreform wurde als Gesamtpaket geschnürt, ... Die Herauslösung und Inkraft-Setzung von Teilen, die nur die Gemeinden betreffen wäre grundsätzlich möglich, hängt aber von der Zusammensetzung der künftigen Regierung ab. Grundsätzlich sollten Gemeindeinteressen vor Ländereinteressen stehen.

Schon in der Vergangenheit wurden Teile der Staatsreform vorgezogen, sobald diese hinreichend diskutiert und beraten wurden. Als Beispiele dafür sei der Asylgerichtshof bzw. das Wahlrechts- und Demokratiepaket genannt. Dies kann auch in Zukunft der Fall sein, sofern die nächste Bundesregierung noch über eine Verfassungsmehrheit verfügt bzw. ein noch breiterer Konsens im Parlament gefunden werden kann.

Die große Koalition ist trotz Verfassungsmehrheit und mehrerer roter und schwarzer Landeshauptleute an der vom Österreich-Konvent vorbereiteten Bundesstaatsreform gescheitert. Die Grünen stehen nach wie vor für eine große Staats- und Verwaltungsreform und wollen diese gemeinsam mit einem neuen aufgabenorientierten Finanzausgleich umsetzen.

Ja, dafür würden wir eintreten. Trotzdem fordern wir die rasche Umsetzung der Bundesstaatsreform, damit auch die notwendigen finanziellen Mittel für die Öffentlichkeit frei gemacht werden können ... Die neue Verfassung sollte Grundlage für eine umfassende Verwaltungsreform sein, welche die gemeinsamen Interessen von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere aber der Steuerzahler und der Wirtschaft vereint, ... und dem Staat die Konzentration auf seine ursächlichen Aufgaben zu ermöglichen.



Grundsätzlich gilt: „Wer nicht will – der soll auch nicht“ – Die Forderung Gemeindepolitiker und hier besonders die Bürgermeister höher zu bezahlen, lehnt das BZÖ strikt ab und empfindet die derzeitigen Diäten als sicherlich ausreichend. Es sollte eigentlich für jeden Bürgermeister eine Ehre und Aufgabe sein, für seine Bürger zu arbeiten – ansonsten braucht man sich keiner Wahl zu stellen. Mit Wahnsinnsgehältern angekaufte Bürgermeister sind für das BZÖ keine Lösung. ...

Der Standpunkt des BZÖ ist kurz und bündig: Gemeindegemeinschaften nie gegen den Willen der Bürger und nur mittels getrennter Volksabstimmung in beiden betroffenen Gemeinden.

Nachdem die Große Koalition eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform bisher verhindert hat, tritt das BZÖ durchaus dafür ein, jene sinnvollen Teile die über die notwendigen 2/3 Mehrheit verfügen, einzeln vorzuziehen um die Blockadepolitik von SPÖ und ÖVP endlich zu beenden. Das BZÖ verlangt aber weiterhin eine große Staats- und Verwaltungsreform um ein bürgernahes, kostengünstiges und modernes Österreich zu sichern.



Die KPÖ hält die Entwicklung von Gemeinden zu Unternehmen und daraus folgend das Verständnis von BürgermeisterInnen als StandortmanagerInnen für einen Irrweg. Mit der bereits in sechs Bundesländern verankerten und von der KPÖ kritisierten Direktwahl der BürgermeisterInnen wurde das „Ortskaisertum“ weiter ... gestärkt. Es geht darum, Politik unter möglichst breiter und aktiver Einbeziehung der Bevölkerung als Gestaltungsprozess zu entwickeln, statt als SpitzenpolitikerIn von einem Event zum nächsten zu hirschen.

Gerade im Umfeld der Bal lungszentren mit zunehmend gemeindeübergreifenden Funktionen erweist sich die Gemeindestruktur als nicht mehr zeitgemäß, Eingemeindungen wären höchst notwendig. ... Große Synergieeffekte liegen auch in der Kooperation von Gemeinden über Gemeindeverbände oder Verwaltungsgemeinschaften.

Die aktuelle Situation der Gemeinden wird maßgeblich dadurch bestimmt, dass die vielzitierte Gemeindeautonomie durch monetäre Zwänge und restriktive Budgetauflagen ... unterlaufen wird. Die KPÖ hält die Stärkung der Gemeinden ... für die entscheidende Frage einer Bundesstaatsreform. Es ist kontraproduktiv, wenn einerseits schon über 80 Prozent der Kompetenzen auf EU-Ebene angesiedelt sind, ..., gleichzeitig ... die Gemeinden ... ohne eigene Entscheidungsmöglichkeit degradiert werden. ...



Die Liberalen setzen sich für eine Änderung der Mittelverteilung weg vom Land und zugunsten der Gemeinden ein, was eine Steigerung der Kompetenz von Bürgermeister/innen zur Folge hat. Parallel dazu werden wir für Unterstützung in der Qualifizierung von Neueinsteiger/innen eintreten und dafür, inhaltliche Beratung für Spezialthemen auf Abruf zur Verfügung zu stellen - eine Supportleistung, die möglicherweise vom Gemeindebund zur Verfügung gestellt werden könnte.

Nach ausführlicher Analyse der jeweiligen Situation ist eine geeignete Maßnahme, durch Zusammenlegung von Gemeinden Ressourcen zu bündeln. Die Zusammenlegung ist an die mehrheitliche Zustimmung der betroffenen Bevölkerung zu knüpfen. Aufgedrängte Gemeindegemeinschaften gegen den Willen der Menschen ist aus liberaler Sicht unbedingt abzulehnen.

Wir bedauern, dass die große Koalition nicht in der Lage war, die notwendige Staatsreform umzusetzen. Grundsätzlich sind die Liberalen für eine umfassende Staatsreformumsetzung und kein Stückwerk. Jedoch wird dies bei Forderungen im Einzelnen zu prüfen sein.




Der Bürgermeister-Beruf ist in den meisten Fällen genauso wie die Leitung eines kleinen, mittleren oder größeren Unternehmens eine Vollzeit-Beschäftigung. Deshalb muss diese Tätigkeit auch dementsprechend finanziell abgegolten werden und darüber hinaus die Pensionsabsicherung gewährleistet sein. Das Verständnis für politische Aufgaben und Interesse muss forciert werden.

Wir brauchen keine „Gemeindegemeinschaften“ sondern Interessens- und Infrastruktur-Zusammenlegungen.

Noch nicht im Detail bekannt

Nationalratswahl 2008 – was hat sich eigentlich alles verändert?

Aufwand in Gemeinden bleibt gleich – trotzdem Neuerungen

Als der Nationalrat Mitte 2007 die Wahlrechtsreform beschlossen hat, gingen die Behörden davon aus, dass es die Europawahl am 7. Juni 2009 sein wird, bei der die neue Rechtslage erstmals zum Tragen kommt, dass also relativ viel Zeit bleibt, sich auf Veränderungen vorzubereiten. Anfang Juli 2008 war es dann soweit, dass wir alle umplanen mussten, weil Neuwahlen am 28. September 2008 beschlossene Sache waren. KOMMUNAL hat sich die Rechtslage im Detail angesehen.

Mag. Robert Stein

Sicher wurde durch die Anberaumung der vorzeitigen Wahlen der (die) eine oder andere von uns „auf dem falschen Fuß“ erwischt, musste doch vielerorts umdisponiert und umgestellt werden. Aber die Kontakte innerhalb der Wahlbehörden haben in den letzten Wochen gezeigt, dass auch eine vorzeitige Wahl – trotz geänderter Rechtslage – nicht wirklich ein großes Problem darstellt, weil einerseits alle Behörden auf Wahlen grundsätzlich gut vorbereitet sind und sie andererseits große Anstrengungen unternehmen, sich an die neuen Gegebenheiten entsprechend anzupassen. Wie vielfach schon bekannt, wurden mit dem Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 insbesondere die folgenden Änderungen in der Rechtsordnung verankert:

- ▶ „Wählen ab 16“
- ▶ Möglichkeit der Stimmabgabe mittels Briefwahl, und zwar vom Inland und vom Ausland aus.
- ▶ Verbesserung für Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher (Verständigung über bevorstehende Wahlen, über die Streichung aus der Wählerrevidenz bzw. Europa-Wählerrevidenz, „Wahlkarten-Abo“)

- ▶ Wahlbeobachtung durch die OSZE
- ▶ Legistische Klarstellungen und Präzisierungen

Die Kontakte innerhalb der Wahlbehörden haben gezeigt, dass auch eine vorzeitige Wahl nicht wirklich ein großes Problem darstellt, weil sie einerseits auf Wahlen grundsätzlich gut vorbereitet sind und andererseits große Anstrengungen unternehmen, sich an die neuen Gegebenheiten entsprechend anzupassen.

Das Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 wurde zeitgleich mit einer Reform des Bundes-Verfassungsgesetzes umgesetzt. Die Änderung der Bundesverfassung hat nach sich gezogen, dass auch sämtliche Wahlrechtskodifikationen in den Ländern, sowohl jene, in denen Landtagswahlen geregelt sind, als auch jene, die sich auf Gemeinderatswahlen beziehen, den neuen Gegebenheiten, nämlich „Wählen ab 16“ und Briefwahl, angepasst werden mussten. Für die Wahlbehörden in Niederösterreich, Tirol und in der Landeshauptstadt Graz (es wird nicht verkannt, dass diese de jure von ihrer Zusammensetzung her nicht identisch sind, mit den aufgrund

der Nationalrats-Wahlordnung 1992 gebildeten Wahlbehörden) ist die Briefwahl daher gar nicht mehr neu, dort wurden schon erste Erfahrungen damit gesammelt.

Neues mit Altbewährtem verschmelzen

Obwohl die Wahlrechtsreform, wie oben aufgezählt, eine Fülle von Neuerungen enthält, kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführung der Nationalratswahl 2008 mit jener Routine stattfinden wird, mit der die Wahlen in den vorangegangenen Jahren durchgeführt werden konnten. Macht man – z.B. bei internationalen Konferenzen – einen Blick in andere Länder, so wird man schnell bemerken, dass dort immer wieder Probleme auftreten, die man zum Glück in Österreich nicht kennt. Hierfür lassen sich mehrere Ursachen ausmachen: Einerseits sind in den österreichischen Wahlgesetzen Details geregelt, die anderswo im Ermessen einer Behörde liegen. Beim ersten Hinblicken werden manche Regelungen oft sogar zu eng determiniert sein, aber Ermessensspielraum bedeutet immer auch, dass eine Angriffsfläche für Kritik geschaffen wird, wenn eine wahlwerbende Gruppe mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist. Andererseits sind die Wahlbehörden – und an dieser Stelle sind hier die Wahlbehörden als Ganzes, also Wahlleiter(innen) und Beisitzer(innen) gemeint – ein oft seit Jahrzehnten eingespieltes Team, für das vor allem am Wahltag jeder einzelne Schritt Routine geworden ist. Schließlich gibt man sich im BM.I, aber genauso auch bei den Ämtern der Landesregierungen und bei den Interessenvertretungen (insbesondere Ge-



Mag. Robert Stein ist Leiter der Abteilung III/6 (Wahlangelegenheiten) im Innenministerium

meindebund und Städtebund) schon seit langer Zeit viel Mühe, die vollziehenden Organe so gut wie möglich bei ihren Aufgaben zu begleiten. Hierbei hat sich gezeigt, dass die Verschmelzung von altbewährten mit neuen Technologien ein probates Mittel ist, die Gemeinden bei ihren Aufgaben zu unterstützen.

Was ist damit gemeint?

Bei einer vom BM.I im Jahr 2007 präsentierten Ausstellung mit dem Titel „100 Jahre Wahlrecht“ konnte man sehen, dass z.B. die Niederschrift-Formulare, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt wurden, vor neunzig Jahren im Großen und Ganzen den heute angebotenen Formularen sehr ähnlich sehen. Gleiches gilt auch für Kundmachungsformulare. Ist im Gesetz nur von Kundmachung und Niederschrift die Rede, ohne auf die Beschaffenheit näher einzugehen, so ist die zentrale Ausgestaltung dieser Vordrucke wirklich eine Erfolgsgeschichte. Die den Ablauf der Wahlhandlung abbildenden Formulare haben mit Sicherheit dazu beigetragen, zahlreiche Wahlanfechtungen zu verhindern oder nicht erfolgreich werden zu lassen.

Die Niederschriften sind aus der Sicht des Verfassungsgerichtshofs bei der Beurteilung von Wahlanfechtungen die wichtigste Unterlage, mit dem eine Behörde die korrekte Abwicklung der Wahl belegen kann. Schon aus diesem Grund sind die Formulare für die Niederschriften dem Aufbau nach im Lauf der Zeit nur sehr behutsam verändert worden. Es hat sich aber spätestens vor knapp zehn Jahren gezeigt, dass ein handschriftliches Ausfüllen der Formulare alles andere als zeitgemäß ist. Es galt also eine Lösung zu suchen, die den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung trägt, ohne dass dadurch die Beweiskraft dieser Dokumente in einem Verfahren vor dem VfGH beeinträchtigt wird. Es wurde daher im BM.I auf PDF-Dateien gesetzt. Nach und nach ist es – in enger Zusammenarbeit mit einigen Ländern – gelungen, Internet-Formulare zu entwickeln, die nicht nur ausfüllbar, sondern auch speicherbar und wieder abrufbar sind.



Die Niederschriften sind aus der Sicht des Verfassungsgerichtshofs bei der Beurteilung von Wahlanfechtungen die wichtigste Unterlage, mit dem eine Behörde die korrekte Abwicklung der Wahl belegen kann.

Die Behörde kann die Formulare nunmehr nach und nach elektronisch befüllen. Sind die Formulare vollständig ausgefüllt, so unterschreiben die Mitglieder der jeweiligen Wahlbehörde den Papiausdruck.

Die Entwicklung der Formulare, die nicht nur über die Homepage des BM.I, sondern erfolgreich auch über kommunalnet.at verbreitet werden, ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Die Weiterentwicklung erfolgt übrigens fast ausschließlich aufgrund von Anregungen aus dem Kreis der Benutzerinnen und Benutzer.

Was neu bei dieser Wahl für die Gemeinden ist

Die Herabsetzung des Wahlalters und die Einführung der Briefwahl bewirken nicht unmittelbar Veränderungen bei der Vollziehung der Wahl, hat sich doch bei der Ausstellung der Wahlkarte nicht viel geändert. Mit der neuen Wahlkarte kann man einerseits wählen wie bis-

her, d.h. im eigenen Wahllokal, in einem Wahllokal für Wahlkartenwähler(innen), das nach wie vor in jeder Gemeinde Österreichs eingerichtet sein muss, weiters vor einer „fliegenden“ Wahlbehörde, und schließlich ohne Wahlbehörde, im Weg der Briefwahl.

Die neuen Regelungen werden aber wohl Veränderungen beim „Mengengerüst“ bewirken. Niemand kann vorhersagen, wie sehr die Wahlkarte, die, was das Ausfüllen des Wahlkarten-Vordrucks betrifft gleich geblieben ist, tatsächlich akklamiert wird. Überdies wird es immer populärer, Wahlkarten auf elektronischem Weg zu ordern. Praktisch für die Bürgerinnen und Bürger, aber mit einem Mehraufwand für die Gemeinden verbunden. Wie schon bei der letzten Europawahl erprobt, wurde die Frist für die Antragstellung realitätsnah angepasst. Wenn die Wahlkarte auf dem Postweg an den Bürger (die Bürgerin) übermittelt wird, muss der Antrag bis zum Mittwoch vor der Wahl gestellt werden, bei persönlicher Abholung kann eine Wahlkarte auch noch am Freitag (bis 12.00 Uhr) geordert werden. Die Glaubhaftmachung der Identität bei der Antragstellung hat der Gesetzgeber präzisiert. Ein Auszug aus dem Gesetzestext (§ 39 Abs. 1 NRW):

„... beim schriftlichen Antrag kann die Identität, sofern der Antragsteller nicht amtsbekannt ist oder der Antrag im Fall einer elektronischen Einbringung nicht digital signiert ist, auch auf andere Weise, insbesondere durch Angabe der Passnummer, durch Vorlage

Es wird immer populärer, Wahlkarten auf elektronischem Weg zu ordern. Praktisch für die Bürgerinnen und Bürger, aber mit einem Mehraufwand für die Gemeinden verbunden.

der Ablichtung eines Lichtbildausweises oder einer anderen Urkunde, glaubhaft gemacht werden.“

Hinzugekommen ist für die Gemeinden das Erfordernis der Verständigung der Auslandsösterreicher über eine bevorstehende Wahl und – gegebenen-

falls – über eine bevorstehende Streichung aus der Wählerverzeichnis wegen Ablauf der Zehn-Jahres-Frist sowie die Administration des „Wahlkarten-Abos“. Selbstverständlich brauchen die Gemeinden die Auslandsöster-

Die Gemeinden können Portokosten in erheblichem Ausmaß sparen, wenn sie bei der Umsetzung dieses Gesetzesauftrages ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass ihnen eine E-Mail-Adresse bekanntgegeben wird.

reicherinnen und –österreicher aber nur dann verständigen, wenn sie über eine Anschrift verfügen. In der Wählerverzeichnis wird eine Anschrift nur in seltenen Fällen verspeichert sein, u.U. ist die Anschrift aber z.B. von einem bei einer früheren Wahl gestellten Wahlkartenantrag noch bekannt. Die Gemeinden können Portokosten in erheblichem Ausmaß sparen, wenn sie bei der Umsetzung dieses Gesetzesauftrages ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass ihnen eine E-Mail-Adresse bekanntgegeben wird. Ist dies der Fall, so genügt es nämlich, wenn die Gemeinde ihrer Verständigungspflicht durch Absetzen eines E-Mail an den (die) Betroffene(n) nachkommt.

Die automatische Zusendung der Wahlkarten war ein dringender und wohl nicht unberechtigter Wunsch des Auslandsösterreicher-Weltbundes. Das Problem, das sich hinter dieser Maßnahme verbirgt, ist, dass eine Wahlkarte dann „ins Leere“ gehen könnte, wenn ein Auslandsösterreicher (eine Auslandsösterreicherin) im Ausland seinen Wohnsitz wechselt, ohne dies der Gemeinde mitzuteilen, in der er (sie) in der Wählerverzeichnis eingetragen ist. Besonders wichtig ist es daher, dass bei Beantragung des „Abos“ immer die Erklärung gemäß § 2a Abs. 6 des Wählerverzeichnisgesetzes 1973 abgibt, mit der er zur Kenntnis nimmt, „dass er (sie) seines (ihres) Wahlrechts im Fall eines Wechsels des Wohnsitzes im Ausland ... auf Grund einer ... Fehlzustellung der Wahlkarte verlustig gehen könnte.“

Die übrigen Änderungen, die sich aus dem Wahlrechtsänderungsgesetz 2007 ergeben, werden sich bei der Nationalratswahl 2008 in der Praxis kaum auswirken. So erscheint es denkbar unwahrscheinlich, dass allenfalls nach Österreich kommende OSZE-Wahlbeobachter tatsächlich sich bis zur Ebene der Gemeinden „vortasten“ werden; ganz auszuschließen ist es in Einzelfällen jedoch nicht. Das mit der Wahlbeobachtung im Zusammenhang stehende Erfordernis, einige Meldungen (insbesondere über die Öffnungszei-



Mit der neuen Wahlkarte kann man einerseits wählen wie bisher, d.h. im eigenen Wahllokal, in einem Wahllokal für Wahlkartenwähler(innen), das nach wie vor in jeder Gemeinde Österreichs eingerichtet sein muss, weiters vor einer „fliegenden“ Wahlbehörde, und schließlich ohne Wahlbehörde, im Weg der Briefwahl.

ten der Wahllokale) an die übergeordneten Behörden etwas früher als bisher abzusetzen, wird sicher zu verkraften sein. Erwähnt sei an dieser Stelle auch, dass es nunmehr – praxisgerecht – zulässig ist, dass beim Besuch einer „fliegenden Wahlbehörde“ nicht nur die betroffene Person selbst, sondern auch andere Anwesende, insbesondere Pflegepersonen oder medizi-

Meldeamtsleiterin Adelheid Enzi über die Wahlabwicklung in der Gemeinde

...weil das Gesetz so lautet

Adelheid Enzi ist Meldeamtsleiterin der Gemeinde Elsbethen in Salzburg. In Elsbethen bedeutet die Organisation und Vorbereitung auf die Nationalratswahl 2008 –wie in jeder Gemeinde– viel Stress. Sowohl der bürokratische, als auch der personelle Aufwand ist vor einer Wahl für Kommunen besonders groß. „Vor allem in der letzten Woche vor der Wahl kommen noch viele, um Wahlkarten zu

beantragen“, erläutert Enzi. Für die Beantragung muss jeder Bürger einen Personalausweis vorzeigen – eine Tatsache, die bei vielen Gemeindebewohnern auf Unverständnis stößt: „Auch wenn wir die Leute kennen, müssen wir sie um einen Ausweis bitten. Das verstehen manche nicht. Aber so lautet nun mal das Gesetz“, so Enzi. Der Wahltag selbst sei für die Mitarbeiter des Gemeindeamtes be-



Meldeamtsleiterin Enzi ist für die Wahlabwicklung in der Gemeinde Elsbethen zuständig.

sonders anstrengend: „Man muss sich konzentrieren, dass alles richtig abläuft und funktioniert.“ Zudem muss jedes Gemeindeamt auch am Wochenende personell besetzt sein für jene Bürger, die im Wählerverzeichnis Einsicht nehmen wollen. Das hat für viele Gemeindebeamte einen bitteren Beigeschmack. „Aber es ist halt unsere Arbeit“, so die Meldeamtsleiterin.



men der jeweiligen örtlichen Wahlbehörde ununterscheidbar ausgezählt.

- ▶ Wahlkarten, die nicht im „eigenen“ Regionalwahlkreis, dennoch aber in einem Wahllokal abgegeben worden sind, werden von jener Landeswahlbehörde ausgewertet, aus dessen Bereich die jeweilige Wahlkarte stammt.
- ▶ Wahlkarten, die im Weg der Briefwahl abgegeben werden, wertet die Bezirkswahlbehörde aus, nachdem sie geprüft hat, ob die eidesstattliche Erklärung korrekt ausgefüllt

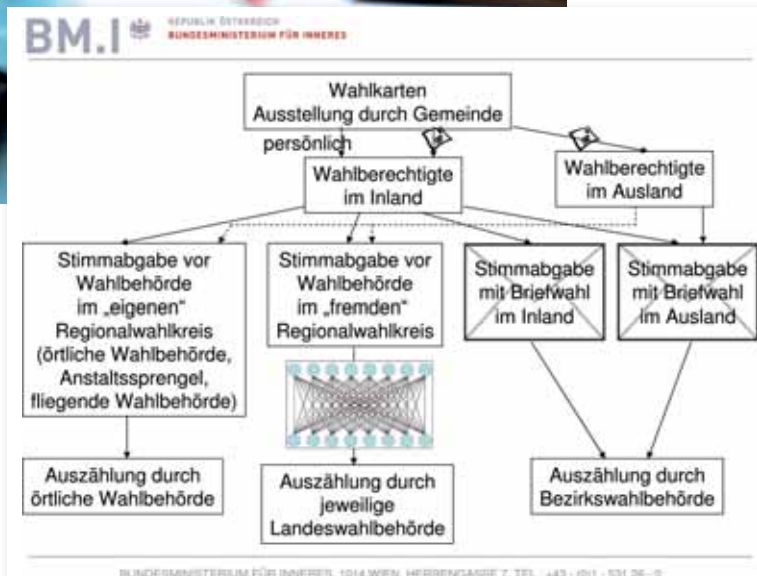
ist oder die Briefwahlstimme nichtig ist.

Auch vom Zeitablauf ändert sich einiges. Waren die Österreicherinnen und Österreicher gewohnt, dass am Sonntag der Innenminister bzw. die Innenministerin ein vorläufiges Ergebnis

der Wahl der Öffentlichkeit präsentiert, und darauf verweist, dass am 8. Tag nach der Wahl noch die Wahlkartenstimmen hinzukommen werden, so gibt es jetzt – für uns alle neu – eine Zwischenauszählung. Am zweiten Tag nach der Wahl werten die Bezirkswahlbehörden die bis dahin eingelangten mittels Briefwahl abgegebenen Wahlkartenstimmen aus, eine Aufgabe, die hinsichtlich der Wahlkarten aus dem Ausland bisher die Landeswahlbehörde wahrgenommen hat. Eine abschließende Auszählungsrunde gibt es dann – wie schon bisher – am achten Tag nach der Wahl. Dann sollte das vorläufige Ergebnis der Wahl feststehen.

Anders als einige Landesgesetzgeber hat der Bundesgesetzgeber den Gemeinden – ausgenommen den Statutarstädten – erspart, bei der Ermittlung der Briefwahlstimmen mitzuwirken. Es besteht aber kein Zweifel, dass der Arbeitsaufwand für die

Gemeinden durch die Wahlrechtsreform nicht geringer geworden ist. Die beiden Trostpflaster, die – in einem Fall eher zufällig – die Gemeinden lukrieren konnten, nämlich dass die Pauschalentschädigung für die Nationalratswahl kurz vor der Wahl von 60 Eurocent auf 68 Eurocent anzuheben war und dass die Gemeinden aufgrund der Novellierung des Wählerevidenzgesetzes 1973 für die hinzugekommenen drei (nicht zwei) Jahrgänge mehr Geld erhalten, sind daher nur recht und billig.



Der Weg der Wahlkarten.

nisches Personal, mit einer Wahlkarte wählen können.

Neues bei Vollziehung der Wahl im Bereich übergeordneter Wahlbehörden

Anders als für die Gemeinden ergeben sich für die Bezirkswahlbehörden (natürlich auch für jene in den vierzehn Statutarstädten und in den Wiener Gemeindebezirken) und für die Landeswahlbehörden grundlegende Änderungen, die auch der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben werden. Sie erhalten zusätzliche Aufgaben, und dies zu Zeitpunkten, in denen sie bislang überhaupt nicht tätig geworden sind. Die Auswertung der Wahlkarten wird „entflochten“:

- ▶ Wahlkarten, die im „eigenen“ Regionalwahlkreis abgegeben wurden, werden – wie bisher – gemeinsam mit den Stim-

Fact-Box

Kooperation bei Wahlvorbereitung

Wie schon bei den letzten Nationalratswahlen 2006 bieten wir, gemeinsam mit dem Innenministerium, auf der Plattform

www.kommunalnet.at/wahl 2008 wieder ein umfangreiches Wahlservice für Gemeinden an. Dabei werden sie von uns inhaltlich umfassend und ausgiebig online informiert. Der entscheidende Vorteil:

Ohne Umwege über Landes- und Bezirkswahlbehörden haben Kommunen direkten Zugriff auf Drucksorten, Artikel, Pressematerial und den Wahlkalender mit allen wichtigen Stichtagen und Fristen für die bevorstehende Nationalratswahl am 28. September 2008.

Bereits zum zweiten Mal kooperiert das BMI bei der Abwicklung der Wahl mit dem Gemeindebund und kommunalnet.at und stellt somit alle Drucksorten in Echtzeit zur Verfügung. Am gesetzlich vorgesehenen Weg der Wahlinformation an die Gemeinden ändert dies natürlich nichts. Über den Wahlnewsletter von kommunalnet.at werden sie an alle wichtigen Fristen und Stichtage erinnert.

Dr. Robert Hink
Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes

Innenministerin befürwortet Verkürzung der Einsichtszeiträume

Wählerverzeichnis: Wochenend-Auflage bald abgeschafft?

Auch vor Wahlen soll künftig in Gemeindeämtern am Wochenende Ruhe einkehren. Einem Aufruf auf kommunalnet.at sind dutzende Amtsleiter und Gemeindemitarbeiter gefolgt: Sie alle haben die verpflichtende Auflage der Wählerverzeichnisse auch am Wochenende kritisiert. Schon für die nächste Wahl könnte diese unliebsame Verpflichtung abgeschafft werden.



In vielen Gemeinden hat schon seit Jahrzehnten niemand am Wochenende Einsicht in das Wählerverzeichnis genommen.

In einem elektronischen Schreiben richtete sich die Innen- und Gemeindeministerin Maria Fekter direkt an die Amtsleiterinnen und Amtsleiter. „... ich stehe einer Verkürzung der Einsichtszeiträume – insbesondere am Wochenende – sehr aufgeschlossen gegenüber“, heißt es in Fekters Brief. Die Wahlexperten im Innenministerium würden derzeit an einer zufriedenstellenden Lösung arbeiten.

Anachronismus abschaffen

Fekter reagierte damit auf starke Bemühungen des Österreichischen Gemeindebundes, der die vielen und heftigen Reaktionen, die via kommunalnet.at eingetroffen waren, aufgegriffen hatte. „Wir haben die Reaktionen aus den Gemeinden gesammelt und dem Innenministerium – natürlich anonymisiert – übergeben“, berichtet Gemeindebund-General Dr. Robert Hink. Als Interessensvertretung der Gemeinden sei es die Aufgabe des Gemeindebundes, seinen Mitgliedern die Arbeit zu erleichtern. „Es ist ja auch wirklich ein Anachronismus, dass in Zeiten von E-Government die Wählerverzeichnisse auch an Wochenenden zur Einsicht aufliegen müssen“, so Hink. Dutzende Amtsleiter, mit zum Teil jahrzehntelanger Berufser-

fahrung hatten angemerkt, dass seit 30 Jahren niemand am Wochenende in die Wählerverzeichnisse Einsicht genommen hätte.

Einsichtnahme über Internet?

„Viele Kollegen haben vorgeschlagen, diese Einsichtsmöglichkeit generell nur noch übers Internet durchzuführen“, so Hink. Nun prüfen die Wahlexperten des Innenministeriums, in welcher Form die Abwicklung bundesweiter Wahlen für die Gemeinden erleichtert werden könnte. Dabei sollen auch bisherige Erfahrungen von Landes- und Gemeindewahlgängen miteinbezogen werden.

Die Beschwerden der Amtsleiter haben ein Umdenken im Innenministerium bewirkt.

Wochenend-Auflage könnte bald Vergangenheit sein

„Ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingen wird, derartige Widrigkeiten und Belastungen für die Mitarbeiter schon bei den nächsten bundesweiten Wahlen zu vermeiden“, so Hink. Der Gemeindebund werde weiterhin Druck im BM.I machen, damit es hier zu einer sinnvollen und administrierbaren Lösung komme. „Ich bin auch froh, wie stark die Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen am Aufruf von kommunalnet.at war. Das zeigt, dass wir mit Unterstützung und Mitarbeit der Gemeinden etwas bewegen können. Herzlichen Dank an alle, die diesem Aufruf gefolgt sind und ihre Meinung eingebracht haben.“



Die bevorstehenden Nationalratswahlen werden an der Vereinbarung nichts ändern, der Bund wird auch zu seinem Versprechen der Übernahme von 7,5 Mio. Euro (=ca. 25 Prozent der rückzuzahlenden Summe) stehen.

Offene Verfahren sollen abgeschlossen werden

Getränkesteuer: Zeitplan zur Rückzahlung einhalten

Um die leidige Geschichte der Rückzahlungen der Getränkesteuer endgültig zu beenden, sind alle Gemeinden, die noch offene Verfahren mit dem Handel haben, aufgerufen, der Gemeindebund-Vereinbarung mit dem Handel beizutreten.

vortr. Hofrat Dr. Robert Hink

Im jahrelangen Kampf um die Rückzahlungsmodalitäten der Getränkesteuer mit dem Handel sind alle Gemeinden aufgerufen, die vom Gemeindebund vereinbarte Vorgangsweise mit dem Handel in Anspruch zu nehmen. Der Österreichische Gemeindebund hat diese Vorgangsweise, in enger Abstimmung mit den Gemeindeaufsichtsbehörden, vereinbart und seinen Landesverbänden zur Kenntnis gebracht. Im Fall von Unklarheiten sollten betroffene Gemeinden schnellstmöglich ihren Landesverband kontaktieren, er wird sie bei der korrekten Abwicklung der Rückzahlungen kompetent beraten. Weiters hat der Gemeindebund alle notwendigen Dokumente

und Informationen auf der Homepage www.gemeindebund-gv.at unter dem Schwerpunkt „Getränkesteuer“ (rechte Menüleiste) bereitgestellt.

Frist bis 30. September

Es ist darauf zu achten, dass mit dem 30. September 2008 eine Frist vereinbart wurde. Bis zu diesem Datum haben sich die betroffenen Gemeinden und Betriebe in Kontakt zu setzen und die Höhe der rückzuzahlenden Summe abzuklären. Danach haben die Gemeinden Mitteilung an die jeweilig zuständige Aufsichtsbehörde zu machen. Eine komplette Beschreibung der weiteren notwendigen Veranlassungen finden Gemeinden auf der Gemeindebund-Homepage im betreffenden

den Schwerpunkt. Faktum ist auch, dass die bevorstehenden Nationalratswahlen an der Vereinbarung nichts ändern, der Bund wird auch zu seinem Versprechen der Übernahme von 7,5 Millionen Euro (ist ca. 25 Prozent der rückzuzahlenden Summe) stehen. Der vom Gemeindebund erzielte Vergleich wird halten, die Rechtssicherheit für die Gemeinden bleibt bestehen. Wichtig ist, dass alle betroffenen Gemeinden den vereinbarten Zeitplan einhalten und wenn nötig, die entsprechenden Veranlassungen treffen.

Der Österreichische Gemeindebund hat, im Sinne seiner Gemeinden, für diese Rechtssicherheit gekämpft, die Verhandlungen mit den Vertretern des Handels waren überaus schwierig. Umso erfreulicher ist nun, dass der Erfolg geglückt ist und die Gemeinden weit weniger, als ursprünglich angenommen, zurückzahlen müssen.

Bei weiteren Fragen zur Abwicklung der Rückzahlungen kontaktieren Sie bitte Ihren Landesverband.



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Fotos: Hans Braun

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (stehend) eröffnete die erste kommunale Bildungskonferenz, an der Vertreter praktisch aller Bildungseinrichtungen für Gemeinden in Österreich teilnahmen.

„Netzwerk Bildung“ soll Anstrengungen aller Kommunalakademien bündeln

Messbare Qualifikationen sind auch in Gemeinden gefragt

Die Ausbildungsmöglichkeiten für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister standen im Mittelpunkt der ersten kommunalen Bildungskonferenz in Bad Aussee. Gemeinsam mit den Vertretern der Gemeindeverwaltungsschulen will der Gemeindebund künftig den Bürgermeistern konkrete Kurse zur Aus- und Weiterbildung anbieten.

In allen österreichischen Bundesländern existieren Bildungseinrichtungen für Mitarbeiter des Gemeindedienstes. Dennoch sind Ausbildungsangebote im operativen Bereich oft Mangelware. Was fehlt: Ein Aus- und Weiterbildungsangebot für BürgermeisterInnen. „Es gibt zwar oft Schulungen und Angebote der Parteien, im operativen Bereich der Gemeindeführung ist das Angebot aber eher dürftig“,

so Gemeindebund-General Robert Hink bei der ersten kommunalen Bildungskonferenz, an der Vertreter aller führenden Bildungseinrichtungen für Gemeinden teilnahmen. „Um Bürgermeister zu werden, muss man einfach nur gewählt werden“, ergänzte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. „Es ist aber wichtig, dass vor allem Kollegen, die neu in diesem Amt sind, eine Möglichkeit bekommen, die Grundlagen der Gemeindeführung zu erlernen. Wir wollen schließlich die Besten für das Amt des Bürgermeisters.“

Über das nun neu gegründete „Netzwerk Bildung“ sollen künftig in allen Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungsschulen, mehr Aus- und Weiterbildungsangebote für die Ortschefs angeboten werden. Prominente Referenten der Bildungskonferenz: Arbeitsrechtler Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal, Bgm. Adolf Hinterhauser aus Dorfbeuern (Sbg.) und der Chef der leiten-

den Gemeindebediensteten Österreichs (FLGÖ), Herbert Maislinger.

„Der Gemeindebund wird mit dem 'Netzwerk Bildung' in den kommenden Monaten dieses Ausbildungsangebot bereitstellen und forcieren“, so Mödlhammer zum Abschluss der Konferenz. „Wir werden dabei alle bestehenden Einrichtungen miteinbeziehen, mit dem Ziel, jegliche Form des notwendigen Know-hows für Bürgermeister bereitstellen.“

Mehr Infos & Details auf www.gemeindebund.at



Früher war das vorwiegend ein Repräsentationsjob, heutzutage ist es eine echte Managementaufgabe, eine Gemeinde erfolgreich zu führen.

Arbeitsrechtler Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal über die geänderten Aufgabenbereiche der Bürgermeister



Netzwerk-Initiator und Gemeindebund-General Robert Hink (rechts) in Gespräch mit Harald Bachhofer von der NÖ Kommunalakademie, Vizebgm. Sylvia Kögler (Grafenbach-St. Valentin, NÖ) und Bgm. Adolf Hinterhauser (Dorfbeuern, Sbg.)

Einhebungsberechtigte Gemeinde und Bemessungsgrundlage

Bestimmungen zur Kommunalsteuer

In der Praxis stellt sich im Zusammenhang mit der Kommunalsteuer oft die Frage, welche Gemeinde erhebungsberechtigt ist, und wie hoch die Bemessungsgrundlage für die Kommunalsteuer ist. Im folgenden Beitrag sollen daher die Bestimmungen betreffend einhebungsberechtigte Gemeinde und Höhe der Bemessungsgrundlage näher dargestellt werden.

Mag. Dr. Raimund Heiss
Dr. Ursula Riedmüller

In der Praxis stellt sich im Zusammenhang mit der Kommunalsteuer oft die Frage, welche Gemeinde erhebungsberechtigt ist, und wie hoch die Bemessungsgrundlage für die Kommunalsteuer ist. Im folgenden Beitrag sollen daher die Bestimmungen betreffend einhebungsberechtigte Gemeinde und Höhe der Bemessungsgrundlage näher dargestellt werden.

Erhebungsberechtigte Gemeinde

Gemäß § 7 Kommunalsteuergesetz (KommStG) ist erhebungsberechtigte Gemeinde die Ge-



Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach



Dr. Ursula Riedmüller ist Kommunalexpertin bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgmbH

meinde, in der ein Unternehmer eine Betriebsstätte unterhält. Eine Besonderheit gilt bei inländischer Personalüberlassung. Bei dauernder Arbeitskräfteüberlassung (länger als sechs Monate) durch einen inländischen Unternehmer ist die Gemeinde, in der sich die Unternehmensleitung des Beschäftigten befindet, für Zeiträume nach Ablauf des sechsten Kalendermonates erhebungsberechtigte Gemeinde. Als Betriebsstätte gilt jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die unmittelbar oder mittelbar der unternehmerischen Tätigkeit dient. In oder von einer Betriebsstätte aus muss eine unternehmensspezifische Tätigkeit ausgeübt werden. Werden Betriebsstätten stillgelegt (z.B. Räume vermietet oder verpachtet), oder werden dort nicht mehr unternehmensspezifische Tätigkeiten ausgeübt, die den Inhalt des Unternehmens bilden zu dem sie gehören, so hören diese Anlagen auf, Betriebsstätten zu sein.

Beispiel

Das Unternehmen MusterhandelsgmbH hat seinen Sitz in der Gemeinde A. In der Gemeinde B befindet sich eine Lagerhalle der MusterhandelsgmbH. Diese Lagerhalle wird von der MusterhandelsgmbH vermietet. Handelt es sich bei der vermieteten Lagerhalle um eine Betriebsstätte der MusterhandelsgmbH?

Lösung

Da die Vermietungstätigkeit nicht zur unternehmensspezifischen Tätigkeit der MusterhandelsgmbH gehört, handelt es sich bei der Lagerhalle nicht um eine Betriebsstätte der MusterhandelsgmbH. Die Begriffe „Anlage und Einrichtung“ sind weit zu verstehen, erfasst werden soll alles, was orts- und raumbezogen, auf Dauer ausgerichtet den verschiedenen Anliegen eines Unternehmens zu dienen bestimmt ist. Die Begriffe „Anlage und Einrichtung“ schließen zu meist bauliche Vorrichtungen mit ein, erfordern diese aber



Als Betriebsstätte gilt jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die unmittelbar oder mittelbar der unternehmerischen Tätigkeit dient.

nicht. Es können daher auch ohne besondere Vorrichtungen örtliche Belegenheiten (wie z.B. Lager- oder Abstellplätze) Betriebsstätten sein. Anlagen und Einrichtungen brauchen auch nicht zum Aufenthalt von Personen geeignet sein. Bei dem Begriff „feste örtliche Einrichtung oder Anlage“ wird auf die Dauerhaftigkeit abgestellt.

Beispiel

Die Werbeagentur Muster hat ihren Sitz in der Gemeinde A. In der Gemeinde B befinden sich

Plakatwände der Werbeagentur Muster, die ihr dauernd zur Verfügung stehen und die sie ausschließlich benutzen darf. Handelt es bei den Plakatwänden um Betriebsstätten im Sinne des KommStG?

Lösung

Bei der Betriebsstätteneigenschaft wird auf die Dauerhaftigkeit abgestellt. Da die Plakatwände der Werbeagentur Muster auf Dauer zur Verfügung stehen und diese die Plakatwände ausschließlich benutzen darf, handelt es sich bei den Plakatwänden um Betriebsstätten im Sinne des KommStG.

Baustellen begründen eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG, wenn die Bauausführungen voraussichtlich länger als sechs Monate dauern. Ob die Dauer von sechs Monaten überschritten wird, ist anhand entsprechender Unterlagen festzustellen (Ausschreibung, Anbotstellung, Zuschlagserteilung etc).

Gemäß § 7 Kommunalsteuergesetz (KommStG) ist erhebungsberechtigte Gemeinde die Gemeinde, in der ein Unternehmer eine Betriebsstätte unterhält.

Beispiel

Die BaumustermannGmbH hat ihren Unternehmenssitz in der Gemeinde A. Sie führt in der Gemeinde B Bauleistungen durch. Anhand der vorliegenden Unterlagen schätzt der Baumeister die voraussichtliche Dauer auf acht Monate. Begründet diese Baustelle eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG?

Lösung

Da die voraussichtliche Dauer der Bauleistungen sechs Monate übersteigt, wird eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG ab Beginn der Bauausführungen begründet.

Variante 1

Der Baumeister hat sich verschätzt. Die tatsächliche Dauer der Bauleistungen beträgt, entgegen den ursprünglichen Vermutungen, vier Monate. Wird dadurch eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG begründet?

Lösung

Ja, es wird eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG begründet, da die voraussichtliche Dauer der Bauausführung anhand entsprechender Unterlagen auf länger als sechs Monate geschätzt wurde.

Variante 2

Der Baumeister schätzt die Dauer der Bauausführungen auf vier Monate, tatsächlich dauern die Bauausführungen neun Monate. Zu welchem Zeitpunkt wird ei-

ne Betriebsstätte im Sinne des KommStG begründet?

Lösung

Wird die voraussichtliche Dauer der Bauleistungen auf weniger als sechs Monate geschätzt und überschreitet die tatsächliche Dauer diesen Zeitraum, begründen die Bauausführungen ab dem Monat, in dem sich herausstellt, dass die Bauleistungen länger als sechs Monate dauern werden, eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG.



Baustellen begründen eine Betriebsstätte im Sinne des KommStG, wenn die Bauausführungen voraussichtlich länger als sechs Monate dauern.



Dienstnehmer einer Betriebsstätte kann auch jemand sein, der nicht in den Räumen der Betriebsstätte arbeitet sondern außerhalb, wenn er in bestimmter ständiger Beziehung zu dieser Betriebsstätte steht.

Zurechnung der Dienstnehmer zu den einzelnen Betriebsstätten

Aufgrund des weiten Verständnisses der Begriffe „feste örtliche Anlage und Einrichtung“ werden Unternehmer des öfteren über mehrere Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden verfügen. Erhebungsberechtigte Gemeinde ist die Gemeinde, in der ein Unternehmen eine Betriebsstätte unterhält. Bemessungsgrundlage der KommSt ist die Summe der Arbeitslöhne, die an die Dienstnehmer der Betriebsstätte gewährt worden sind. Für die beteiligten Gemeinden ist daher von entscheidender Bedeutung, nach welchen Kriterien die Zurechnung der Dienstnehmer zu den einzelnen Betriebsstätten erfolgt. Nach Ansicht der Finanzverwaltung sind Dienstnehmer jener Betriebsstätte des Unternehmens zuzurechnen, mit der sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überwiegend unternehmerisch verbunden sind bzw. zu der die engeren ständigen Beziehungen bestehen. Die

unternehmerische Verbundenheit kann durch Zugehörigkeit des Dienstnehmers zum Aufgabenbereich der Betriebsstätte gegeben sein. Dienstnehmer einer Betriebsstätte kann auch jemand sein, der nicht in den Räumen der Betriebsstätte arbeitet sondern außerhalb, wenn er in bestimmter ständiger Beziehung zu dieser Betriebsstätte steht. Eine solche ist beispielsweise dann gegeben, wenn der Arbeitseinsatz des Dienstnehmers von dieser Betriebsstätte aus geleitet wird.

Beispiel

Die Mustertransport GmbH hat ihren Sitz in der Gemeinde A. In der Gemeinde B befindet sich ein Abstellplatz für die LKWs. Die Dienstnehmer treten ihren Dienst von dem Abstellplatz an, die Fahrtzuweisungen bzw sonstige Arbeitsanweisungen werden ihnen per Funk übermittelt. Welcher Betriebsstätte sind die Dienstnehmer zuzurechnen?

Lösung

Nach Ansicht der Finanzverwal-

tung haben Kraftfahrer, die ihre Tätigkeit täglich von einer Betriebsstätte, die als Abstell- und Serviceplatz für die Kraftfahrzeuge dient, ausüben, zu dieser Betriebsstätte die überwiegende und stärkste Beziehung. Hingegen kommt es nicht darauf an, von welcher Betriebsstätte, auch wenn sich in dieser die Leitung des Unternehmens befindet, fernmündliche Weisungen an die Kraftfahrer erteilt werden. Die Dienstnehmer sind daher der Betriebsstätte „Abstellplatz“ zuzurechnen.

Variante

Die Dienstnehmer treten ihren Dienst vom Sitz des Unternehmens in der Gemeinde A aus an. Die Fahrtzuweisungen und sonstige Arbeitsweisungen werden ihnen am Sitz des Unternehmens erteilt.

Lösung

In diesem Fall werden die Dienstnehmer der Betriebsstätte „Unternehmenssitz“ zugeordnet, da zu dieser die engere ständige Beziehung besteht.

Dieser Beitrag ist in der Nr. 7/8 2008 der NÖ GEMEINDE erstmals erschienen



Kraftfahrer, die ihre Tätigkeit täglich von einer Betriebsstätte, die als Abstell- und Serviceplatz für die Kraftfahrzeuge dient, ausüben, haben nach Ansicht der Finanzverwaltung zu dieser Betriebsstätte die überwiegende und stärkste Beziehung.

Zusammenfassung

Erhebungsberechtigte Gemeinde im Sinne des KommStG ist die Gemeinde, in der ein Unternehmen eine Betriebsstätte unterhält. Aufgrund des weiten Verständnisses des Begriffes Betriebsstätte haben Unternehmer des öfteren in mehreren Gemeinden Betriebsstätten. Für die beteiligten Ge-

meinden ist von entscheidender Bedeutung, nach welchen Kriterien die Zuordnung der Dienstnehmer zu einer Betriebsstätte erfolgt, da Bemessungsgrundlage die Summe der Arbeitslöhne ist, die an die Dienstnehmer der in der Gemeinde gelegenen Betriebsstätte gewährt worden sind.

55. Österreichischer Gemeindetag von 18. bis 19. September in Salzburg

Ohne Gemeinden gibt es keinen Tourismus

Der 55. Gemeindetag 2008 in der Landeshauptstadt Salzburg wird sich mit den vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der Tourismuswirtschaft und den Gemeinden auseinandersetzen.



Die heurige Fachtagung unter dem Motto „Gäste.Freunde. Gemeinden“ findet im Congress Salzburg statt.

Rund 40 Milliarden Euro beträgt die Wertschöpfung der Tourismuswirtschaft pro Jahr, 700.000 Arbeitsplätze werden durch den Fremdenverkehr in Österreich gesichert. „Was viele vergessen“, so Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer, „erfolgreicher Tourismus ist nur möglich, weil die 2357 heimischen Gemeinden die gesamte Infrastruktur dafür bereitstellen. Die Gemeinden bauen die notwendigen Zufahrtsstraßen, sie errichten die komplette Struktur für Wasserver- und entsorgung oder auch für die Müllentsorgung. Das sind Dinge, die eine Voraussetzung für funktionie-

renden Tourismus sind“, sagt Mödlhammer. Die diesjährige Fachtagung findet unter dem Motto „Gäste.Freunde. Gemeinden. Miteinander Österreich erlebbar machen“ im Congress Salzburg statt. Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind Dr. Petra Stolba, Geschäftsführerin der Österreichwerbung, Dr. Arno Gasteiger, Vorstandsvorsitzender der Salzburg AG, Univ.-Prof. Dr. Walter Schertler, Universität Trier, Christine Marek, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, der Bürgermeister von Sölden, Ernst Schöpf sowie Gemeindebundpräsident Mödlhammer.

Programm

Donnerstag, 18. September
ab 10.00 Uhr: Frühschoppen im Augustinerbräu. Genießen Sie bei einer „kühlen Halben“ die gemütliche Seite Salzburgs – in einem der schönsten Brauhäuser Europas.

11.00 Uhr: Eröffnung des 55. Österreichischen Gemeindetages im Augustinerbräu durch Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, und Dr. Heinz Schaden, Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg

14.30 Uhr: Fachtagung im Salzburg Congress unter dem Motto „Gäste. Freunde. Gemeinden. Miteinander Österreich erlebbar machen.“ Impulsreferat und Podiumsdiskussion

ab 19.30 Uhr: Galadiner im Salzburg Congress

Freitag, 19. September
9.30 Uhr: 55. Österreichischer Gemeindetag im Großen Salzburger Festspielhaus

10 Uhr: Eröffnungskonzert durch die Junge Philharmonie Salzburg
Begrüßung und Referat von Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer

Grußworte sprechen der Präsident des Städtebundes, Bgm. Michael Häupl, und die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.
Die Festreferate halten Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Wilhelm Molterer.



Die Basilika Mariazell wurde in den letzten Jahren vollständig saniert.

Gemeindebund lädt zur Pilgerfahrt nach Mariazell

Kommunalpolitiker gehen auf Wallfahrt

Der Gemeindebund veranstaltet am Samstag, den 11. Oktober 2008, eine eintägige Wallfahrt für Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen nach Mariazell.

„Vielen Kolleginnen und Kollegen in politischer Funktion auf kommunaler Ebene ist es wichtig, ab und zu dem Herrgott ein Dankeschön zu sagen“, erklärt Gemeindebundchef Bgm. Helmut Mödlhammer. „Wir haben uns gedacht, dass dafür nichts besser geeignet sein könnte, als eine gemeinsame Wallfahrt nach Mariazell.“

Die Wallfahrt dauert einen Tag und wird die Kommunalpolitiker/innen nach Mariazell führen. „Die Basilika ist inzwischen vollständig saniert und macht einen prächtigen Eindruck“, so Generalsekretär Robert Hink. „Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Kommunalpolitiker teilnehmen.“

Nach einer wahlweisen Anreise – entweder ein- oder einhalbstündiger Fußmarsch von verschiedenen Parkplätzen oder direkt zur Basilika – feiert Christoph Kardinal Schönborn um 11:00 Uhr mit allen Teilneh-

mern die heilige Messe. Während der Feier werden die Lesungen von Vertretern des Gemeindebundes gehalten und es wird eine Gabenprozession stattfinden. Im Anschluss an die Messe gibt es ein Mittagessen nach freier Wahl. Am Nachmittag bittet der Öster-

reichische Gemeindebund zur „Akademie der Bürgermeister“ ins Europeum, wo nach einer Begrüßung durch Bürgermeister Helmut Pertl, ein Fachvortrag von Prof. Peter Filzmaier (Donau Uni Krems und Publizist bei den Salzburger Nachrichten) zur Bedeutung der Kommunalpolitik für die Gemeinschaft unter dem Titel: „Unbedanktes Ehrenamt? Bürgermeisterdasein und politischen Engagement“ stattfindet. Shuttlebusse zu den Parkplätzen werden bereitgestellt.

Online-Anmeldung

Die Anmeldungen richten Sie bitte an die folgende E-Mail-Adresse ihres jeweiligen Landesverbandes. Bitte geben Sie dabei ihren Vornamen, Nachnamen, Gemeindegemeinde und Funktion an. In einigen Fällen organisieren die Landesverbände auch die Anfahrt.

Salzburg: gemeindeverband@salzburg.at

Steiermark: post@gemeindebund.steiermark.at

Oberösterreich: post@ooegemeindebund.at

Tirol: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Vorarlberg: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at

Teilnehmer aus dem Burgenland, Niederösterreich und Kärnten werden gebeten, sich direkt beim Gemeindebund unter herbert.kamleitner@gemeindebund.gv.at anzumelden. Die Anreise muss hier allerdings individuell erfolgen.

Nach Anmeldung erhalten Sie detaillierte Informationen zu den Anreisepunkten und Pilgerwegen.

Wo lauert die Amtshaftung für die Gemeinde und deren Organe?

Auskunftserteilung: Haftung der Gemeinde als Behörde

Immer häufiger hinterfragen geschädigte Liegenschaftseigentümer die Tätigkeiten der Behörde bei der Erteilung von Auskünften an Bauwerber. Die Rechtsprechung entwickelt sich immer konsumentenfreundlicher, woraus sich erhebliche Haftungspotenziale für Gemeinden und deren Organe ergeben.

Amtshaftungsansprüche können nicht nur dann entstehen, wenn die Behörde durch ihre Organe rechtswidrig und schuldhaft unrichtige Rechtsakte setzt, sondern auch dann, wenn ein Organ unrichtige Rechtsauskünfte erteilt.

Um Haftungsansprüche zu vermeiden, sollten alle verfügbaren Informationen über Gefahrenpotenziale von Liegenschaften amtsweilig berücksichtigt und dokumentiert werden.

Die allgemeine Auskunftspflicht der Gemeinden ist in der Verfassung (Art 20 Abs 4 B-VG) verankert. Auf dieser Verfassungsbestimmung fußen in den jeweiligen Ländern Auskunftspflichtgesetze, die das subjektiv-öffentliche Recht eines jeden Bürgers auf Auskunft und die verfahrensrechtliche Durchsetzung näher regelt.

Behördliche Auskünfte sind Wissenserkklärungen über Tatsachen oder über die Rechtsfolgen eines bestimmten Sachverhalts. Die Auskünfte bezwecken einen Dispositionsschutz, wonach dem Bürger wirtschaftliche Dispositionen erleichtert oder überhaupt erst sinnvoll ermöglicht und deren beabsichtigte Verwirklichung gesichert wird. Dies kann natürlich nur dann erreicht werden, wenn der Informationsgehalt der Richtigkeit

entspricht. Aus diesem Grund beinhaltet der Auskunftsanspruch einen Anspruch auf Erteilung einer richtigen Information.

Leitentscheidung des Obersten Gerichtshofes

Das Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes (OGH) 1 Ob 14/00 s behandelt Auskunftspflichten nach dem Kärntner Auskunftspflichtgesetz, nach dessen § 1 auch die Organe der Gemeinde verpflichtet sind, über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereichs Auskunft zu erteilen, soweit dem eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht nicht entgegensteht. Der Kläger begehrt beim Gemeindesekretär vor Ankauf einer Liegenschaft die Auskunft, ob die Liegenschaft in der „roten“ oder der „gelben“ Gefahrenzone liegt. Aufgrund der unrichtigen Ersichtlichmachung des Gefahrenzonenplans im Flächenwidmungsplan, erteilte der Gemeindesekretär die unrichtige Auskunft, dass die Liegenschaft im „gelben“ Bereich liegen würde, tatsächlich lag die Liegenschaft jedoch in der „roten“ Zone. Der OGH hat den Rechtswidrigkeitszusammenhang damit bejaht, dass die Verpflichtung von Behördenorganen, über Angelegenheiten der hoheitlichen Vollziehung richtig zu informieren, auch bezweckt, den Auskunftswerber vor einem reinen Vermö-

gensschaden zu schützen, der durch ungünstige wirtschaftliche Dispositionen aufgrund einer fehlerhaften behördlichen Auskunft verursacht wurde. In einem folgenden Erkenntnis (1 Ob 290/03 h) bekräftigte derselbe Senat seine Entscheidung. In einem weiteren Erkenntnis weitete der OGH den Schutzzweck der Auskunftshaftung sogar unmittelbar auf einen Kreditgeber aus, der dem Käufer einer Liegenschaft im Vertrauen auf eine von der Gemeinde ausgestellte Baulandbestätigung Kredit gewährte, sodass dieser berechtigt war, im Fall der Unrichtigkeit der Bestätigung seinen Schaden gegen die Gemeinde im Wege der Amtshaftung geltend zu machen. (1 Ob 48/00 s)

Da das Amt der Kärntner Landesregierung für die unrichtige Eintragung des Gefahrenzonenplans verantwortlich zeichnete, erkannte der OGH kein Verschulden des Gemeindesekretärs. Allerdings führte der OGH aus, dass das Verschulden des Amtes der Kärntner Landesregierung der Gemeinde aufgrund funktioneller Kriterien zuzurechnen ist.

Kenntnis der Nichtkenntnis

Ein Organ sollte sich auch immer über seine vorhandenen, lückenhaften oder auch nicht vorhandenen Kenntnisse im Klaren sein. Wenn das Organ trotz lückenhafter oder nicht vorhandener Kenntnisse dennoch Auskunft erteilt, so hat es alles zu vermeiden, um bei der auskunftsuchenden Partei den Eindruck zu erwecken, dass es sich dabei um eine vollständige und abschließende Auskunft handelt, auf dessen Richtigkeit sich die Partei verlassen könne. Dies



Mag. Lukas Held ist Partner der Held Berdnik Astner & Partner Rechtsanwälte GmbH.



Wenn ein Organ trotz lückenhafter oder nicht vorhandener Kenntnisse Auskunft erteilt, so hat es alles zu vermeiden, um den Eindruck zu erwecken, dass es sich dabei um eine vollständige handelt, auf dessen Richtigkeit sich die Partei verlassen kann.

vor allem dann, wenn zu erwarten ist, dass sich die Partei auf die Auskunft auch bei den danach unternommenen Schritten verlassen werde. Es tritt sohin die Amtshaftung ein, wenn das Organ trotz unzureichender Kenntnisse eine unrichtige oder unzureichende Auskunft erteilt, soweit es seiner Auskunft keinen entsprechenden Vorbehalt beifügt (1 Ob 154/98 y; 1 Ob 14/00 s).

Rückgriff gegenüber dem Organ

Der Organwahrer wird jedoch durch die Haftung der Gemeinde gegenüber dem Geschädigten (§ 1 Abs 1 AHG) nicht von jeglicher Haftung befreit. Der Organwahrer haftet vielmehr gegenüber der Gemeinde, wenn er „die Rechtsverletzung vorsätzlich oder grob fahrlässig verübt oder verursacht“ hat. Die Gemeinde kann von dem Organ in diesen Fällen Rückersatz begehren. Der Rückersatzanspruch des Rechtsträgers hängt gemäß § 3 Abs 1 AHG jedoch davon ab, ob dieser dem Geschädigten den Schaden tatsächlich ersetzt hat. Dabei ist der Rückgriffsanspruch der Gemeinde unabhängig davon, ob die Gemeinde zum Ersatz des Schadens rechtskräftig verurteilt worden ist, oder ohne Urteil auf Grund eines Anerkenntnisses oder Vergleichs gezahlt hat. Die Bestimmung des § 1 Abs 1 AHG ordnet ausdrücklich an, dass der Rechtsträger nur für rechtswidriges Verhalten, das seine Organe wem auch immer schuldhaft zugefügt haben, haftet. Die Gemeinde haftet für jeden Grad des Verschuldens, also

für Vorsatz, grobe und leichte Fahrlässigkeit. Der Grad des Verschuldens ist nur ausschlaggebend, wenn es um das Rückersatzrecht der Gemeinde geht. So kann die Gemeinde den Organwahrer zum Regress heranziehen, wenn er vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat (§ 3 Abs 1 AHG). Für leichte Fahrlässigkeit besteht somit keine Regresspflicht des Organwahrers. Weiters normiert § 3 Abs 2 AHG, dass das Gericht aus Gründen der Billigkeit den Rückersatz mäßigen kann, wenn der Organwahrer die Rechtsverletzung „nur“ grob fahrlässig verübt oder verursacht hat.

Weisung des Vorgesetzten

§ 4 AHG sieht vor, dass von einem Organ kein Regress gefordert werden kann, wenn die von diesem gesetzte Handlung auf Grund einer Weisung eines vorgesetzten Organs erfolgt ist. Ist die Weisung jedoch von einem offenbar unzuständigen Vorgesetzten erfolgt oder verstößt das Organ in Befolgung der Weisung gegen strafgesetzliche Vorschriften, gilt die Regelung des § 4 AHG nicht.

Rückersatzanspruch bei Kollegialorganen

Wird ein Dritter durch eine von einem Kollegialorgan (Gemeinderat, Gemeindevorstand bzw. Stadtsenat, Stadtrat) beschlossene Entscheidung und Verfügung geschädigt, stellt sich die Frage, wer für diese Entscheidung/ Verfügung zu haften hat. § 3 Abs 3 AHG ordnet eine Regresshaftung nur für jene Stimmführer an, die für die be-

schlossene Entscheidung oder Verfügung gestimmt haben. Weiters ordnet § 3 Abs 3 AHG an, dass auch jene Mitglieder des Kollegialorgans von einer Haftung befreit sind, die auf Grund einer „unvollständigen oder unrichtigen Darstellung des Sachverhalts durch den Berichterstatter“ für die Entscheidung oder Verfügung gestimmt haben. Sollten die Stimmführer ihre pflichtgemäße Sorgfalt jedoch zumindest grob fahrlässig außer Acht gelassen haben, gilt diese Haftbefreiung nicht. Dies entspricht dem Grundsatz des § 3 Abs 1 AHG, wonach nur ein zumindest grob fahrlässig handelndes Organ rückersatzpflichtig ist.

Fact-Box

Mehr zur Amtshaftung bei Baubewilligungen und Flächenwidmungsplänen finden Sie im Heft 3/2008 der RFG!

Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalkredit, kommunalconsult, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.

Kennenlern-Abo unter:
www.juristischer-biss.at
 Zwei Hefte zum Preis von nur 20 Euro
 MANZ Bestellservice:
 Tel.: 01/531 61-100
 Fax: 01/531 61-455
 E-Mail: bestellen@manz.at

Mit dem Bürgermeisterkonvent für Energie zum Aushängeschild Europas

In Energiefragen gilt bis 2020 die Losung 20-20-20

Initiativen zum Energiesparen, für mehr Energieeffizienz und besseren Klimaschutz gibt es gerade in Österreich viele und das oft schon seit Jahrzehnten. Das macht uns zu Vorreitern in Europa und in der Welt.

Erwin Mohr
Marianne Fügl

Auf europäischer Ebene gibt es mittlerweile neben zahlreichen Vorschlägen für EU-Gesetze in der Energie- und Klimapolitik auch eine Möglichkeit der direkten Kooperation zwischen Gemeinden und EU-Kommission. Die Staats- und Regierungschefs gaben ja bekanntlich im März 2007 die Losung 20-20-20 bis 2020 aus, welche nun anhand mehrerer Richtlinien und Verordnungen umgesetzt werden muss. Europaweit sollen 20 Prozent weniger Kohlendioxid ausgestoßen werden, 20 Prozent der konsumierten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen und alternative Antriebsarten für Fahrzeuge verstärkt zum Einsatz kommen. Überdies muss die Energieeffizienz gesteigert werden, nur so sind die gesetzten Ziele tatsächlich zu erreichen. Auch hier gibt es ein – jedoch nicht verbindliches – Ziel von 20 Prozent.

Auf die Kommunen kommt mit der Umsetzung dieser EU-Gesetze Gewaltiges zu, denn letztlich



wird jede staatliche Ebene ihren Beitrag leisten müssen. Den Gemeinden bietet die EU-Kommission noch vor Inkrafttreten der einschlägigen Gesetze eine besondere Partnerschaft an: Im Rahmen des sogenannten Bürgermeisterkonvents für Energie verpflichten sich Gemeinden zu einer Reduktion der kommunal beeinflussbaren Emissionen im Ausmaß von 20 Prozent bis 2020 und erhalten im Gegenzug die Möglichkeit zur Anrechnung von Vorleistungen.

Gemeinden, die sich bis 15. Jänner 2009 zur Teilnahme am „Covenant of Mayors“ verpflichten, werden zur feierlichen Unterzeichnung im Rahmen der europäischen Woche der nachhaltigen Energie im Februar 2009 eingeladen.

Gemeinden, die seit langem aktiv und engagiert sind, wird damit die Gelegenheit geboten, ihre bisherigen Errungenschaften bei der Erreichung des 20 Prozent-Ziels einzubringen. Gemeinden, die z.B. in den 1990er Jahren ihren internen Kohlendioxidstoß ermittelten, können diesen Wert den Berechnungen für die 20prozentigen Einsparungen zugrunde legen. Der Bürgermeisterkonvent ermöglicht etwas, was nationale und auch europäische Gesetze bis dato nicht zustande brachten: Die Anrechnung von Vorleistungen und die Auszeichnung von Pionieren. Gemeinden können sich als Vorreiter positionieren, Wissen weitergeben – allenfalls auch ver-

kaufen – und den innerstaatlichen Stellen vor Augen führen, dass möglicherweise im kommunalen Zuständigkeitsbereich viele Möglichkeiten bereits ausgeschöpft sind.

Teilnahmevoraussetzungen für Gemeinden

Interessierte Gemeinden können ab sofort die vorgefertigte Beitrittserklärung zum Konvent unterzeichnen. Voraussetzung ist ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss, der dem Antrag auf Beitritt beizulegen ist. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Unterzeichnung in den Zuständigkeitsbereich der Bürgermeister fällt, weshalb auch der Name „Covenant of Mayors“ gewählt wurde.

Gemeinden, die sich bis 15. Jänner 2009 zur Teilnahme verpflichten, werden zur feierlichen Unterzeichnung im Rahmen der europäischen Woche der nachhaltigen Energie im Februar 2009 eingeladen. Die Zeremonie wird im Europäischen Parlament in Brüssel stattfinden und den Beginn der direkten Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission und lokaler Ebene markieren.

Engagement der Gemeinden

Gemeinden gehen mit Unterzeichnung der Beitrittserklärung eine Kooperation mit der EU-Kommission ein. Diese bringt auch Verpflichtungen mit sich, deren Nichtbeachtung bis hin zum



Erwin Mohr ist Bürgermeister der Marktgemeinde Wolfurt (Vlbg.)



Marianne Fügl ist Vizebürgermeisterin von Traisen (NÖ).

Stillgelegter Rauchfang: Aus österreichischer Sicht ist die Anrechnung von Vorleistungen die größte Errungenschaft des Konvents.



Im Rahmen des Bürgermeisterkonvents für Energie verpflichten sich Gemeinden zu einer Reduktion der kommunal beeinflussbaren Emissionen im Ausmaß von 20 Prozent bis 2020 und erhalten im Gegenzug die Möglichkeit zur Anrechnung von Vorleistungen.

Ausschluss führen kann. Der Konvent will kein zahnloser Tiger sein, sondern ein aktives und engagiertes Netzwerk.

- ▶ Einsparung der kommunalen CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis 2020, wobei die Gemeinde selbst ihr Referenzjahr wählen kann. Voraussetzung dafür ist eine CO₂-Bestandsaufnahme des kommunalen bzw. kommunal beeinflussbaren Emissionsausstoßes als Ausgangsbasis. Bei der Wahl der Methode für diese Bestandsaufnahme gibt es keine Vorgaben, die Berechnung muss jedoch nachvollziehbar sein.
- ▶ Übermittlung eines Energie-Aktionsplans binnen eines Jahres ab Beitritt zum Konvent. Dieser Aktionsplan muss einen Überblick über den CO₂-Ausstoß zum selbstgewählten Referenzzeitpunkt sowie über geplante bzw. bereits durchgeführte Aktivitäten zur Erreichung des Einsparungsziels liefern.
- ▶ Vorlage eines detaillierten Umsetzungsberichts alle zwei Jahre.
- ▶ Organisation von Energieta- gen bzw. lokalen Konventstagen, um der lokalen Bevölkerung nachhaltige Energielösungen zur Kenntnis zu bringen.
- ▶ Aktive Teilnahme am jährlichen europäischen Bürgermeisterkonvent.

Um kleinere Gemeinden, die diese administrativen Hürden allein nicht bewältigen können, nicht auszuschließen, schlägt der Konvent den Zusammenschluss in regionalen Netzen vor. Energieagenturen, Gemeindeverbände oder die zuständigen Abteilungen der Landesverwaltungen sollen die Ausarbeitung der Pläne sowie die Berichterstattung übernehmen, ohne jedoch selbst Mitglieder des Konvents zu werden. Die EU-Kommission versucht, die regionale Ebene zur Mitarbeit zu motivieren und lockt mit bilateral verhandelbaren Bedingungen. Vorreiter in diesem Zusammenhang ist das italienische Umweltministerium, das als unterstützende Einrichtung für die am Konvent beteiligten kleinen italienischen Kommunen firmiert.

Anrechnung von Vorleistungen

Aus österreichischer Sicht ist die Anrechnung von Vorleistungen die größte Errungenschaft des Konvents. Es geht also nicht nur darum, Pläne und Ziele für die Zukunft zu definieren, sondern bereits Geleistetes zur Schau zu stellen. Die Basis bilden Einsparungsmöglichkeiten im kommunalen Zuständigkeitsbereich, d.h. gemeindeeigene Gebäude,

(inter-)kommunale Nahverkehrskonzepte, klimafreundliche bzw. „grüne“ Beschaffung, Nah- und Fernwärme etc. Auch die Wahl eines einheitlichen Ziels für alle Beteiligten ist zu begrüßen. Es gibt keine Unterschiede in Bezug auf geografische und wirtschaftliche Lage oder sonstige Faktoren, die etwa bei der Berechnung der nationalen Ziele für erneuerbare Energieträger eine Rolle spielen. Die Möglichkeit, bereits – z.B. im Rahmen des Klimabündnis – begonnene Projekte weiterzuführen und bereits bekannte Berechnungsmethoden weiter zu verwenden, sind hervorzuheben. Und da die österreichischen Länder und Gemeinden als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik auch in den europäischen Institutionen bekannt sind, wäre es schön, diesen Bekanntheitsgrad weiter zu steigern und mit konkreten Beispielen zu untermalen.

Nähere Informationen zum Bürgermeisterkonvent gibt es auf folgenden Homepages sowie auch beim Brüsseler Büro des Österreichischen Gemeindebundes.

http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/mayors/index_en.htm
<http://www.managenergy.net>



Die Kommunen werden in Zukunft wesentlich mehr in den Ausbau mobiler Pflegedienste und in die Ausbildung von Pflegefachkräften investieren müssen.

Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Europas Gemeinden

Ausbau der Pflege ist DAS Thema der Zukunft

Die negative demografische Entwicklung in Europa macht uns zum Pensionistenheim der Globalisierung mit allen sozialen, ökonomischen, budgetären Konsequenzen. Wenn wir in der EU, das heißt in allen Mitgliedsstaaten der Union, unsere Sozial- Gesundheits- und Pensionssysteme nicht nachhaltig in Ordnung bringen, wird Europa vom größten Gewinner zum Verlierer der Globalisierung.

Mag. Othmar Karas

Die Zukunft der Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft und Motor einer positiven demografischen Entwicklung spielt daher die zentrale Rolle in der künftigen Entwicklung der Gemeinden und damit Europas. Gleichzeitig unterliegt sie aber einem Wandel, der uns vor eine Reihe von Herausforderungen stellt, die auch den kommunalen Bereich elementar betreffen. Denn mit dem Vertrag von Lissabon wird zum ersten Mal im europäischen Primärrecht eindeutig die Zuständigkeit der nationalen, regionalen und lokalen Behörden für die Dienste von allgemeinem wirtschaftli-



Mag. Othmar Karas ist Vizepräsident der EVP-ED Fraktion und Obmann des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament

chem Interesse festgelegt. Die Daseinsvorsorge (öffentliche Dienstleistungen wie etwa Altersversorgung, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit oder Wohnbau usw.) wird auch weiterhin Sache der Mitgliedsstaaten bleiben und von Beschränkungen der staatlichen Beihilfen ausgenommen sein. Was unter Daseinsvorsorge fällt, definieren die Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union selbst.

Zahl der Geburten geht zurück

Die Zahl der Geburten ist in allen europäischen Ländern rückläufig. Gleichzeitig mit dem medizinischen Fortschritt steigt auch die Lebenserwartung. Die

demografische Schere geht auseinander: Im Jahr 2050 werden mindestens doppelt so viele Pensionisten auf einen Erwerbstätigen kommen wie heute. Das bedeutet aber auch einen Anstieg der Pflegebedürfnisse, eine Änderung des Sozialgefüges in einer Gemeinde sowie der Ansprüche an die Gemeinschaft, nicht nur die Politik. Es wird ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig sein um den demografischen Entwicklungen entgegenzusteuern, sich auf die ständig wachsenden Herausforderungen rechtzeitig vorzubereiten und richtig zu reagieren. Auch und gerade für die Kommunen. Als Präsident des Hilfswerks in Österreich weiß ich um die Initiativen für betreutes Wohnen oder die Zusammenführung von Alt und Jung. Ich begrüße diese Maßnahmen und wir, das Hilfswerk, unterstützen sie auch gerne. Gleichzeitig haben sich auch die Rahmenbedingungen im Erwerbsleben verändert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der zentrale Anknüpfungspunkt. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze wird

ein großes Thema der Zukunft sein. Sowohl in der Alten- wie in der Kinderbetreuung werden also nicht zuletzt die Kommunen gefordert sein, attraktive und flexible Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Landes- und Bundespolitik hat dafür die notwendigen politischen Rahmenbedingungen – auch finanziell – zu schaffen und Einrichtungen, wie das Hilfswerk professionell Dienstleistungen anzubieten.

Politik hat die Aufgabe, Familien zu unterstützen

Dort wo Pflegearbeit innerhalb der Familie geleistet wird, ist es Aufgabe der Politik, die Familien zu unterstützen. Die Kommunen werden in Zukunft wesentlich mehr in den Ausbau mobiler Pflegedienste und in die Ausbildung von Pflegefachkräften investieren müssen. Gleichzeitig müssen auf der nationalen Ebene Arbeitsmärkte flexibler gestaltet, Pflegeleistungen besser

wichtig auf all die genannten gesellschaftlichen Veränderungen einzugehen und mutige aber notwendige Reformen durchzuführen. Der Europäischen Union und den Kommunen kommen hier auch als Solidaritäts- und Wertegemeinschaften, die sich dem sozialen Frieden und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, eine erhebliche Bedeutung zu. Der Reformvertrag trägt dem durch die Aufwertung der kommunalen Ebene und des Subsidiaritätsprinzips Rechnung. Die Vorschläge für eine Patientenrichtlinie oder für eine Arbeitszeitrichtlinie und die Debatte über die Regelung der grenzüberschreitend tätigen Sozial- und Gesundheitsdienstleister haben auch damit zu tun. Denn es ist nicht die Frage, ob wir die Globalisierung annehmen, sondern wie gut wir uns darauf vorbereiten bzw. mit ihr umgehen. Die EU muss dabei ihren Bürgern nützen, sie schützen und unterstützen, damit wir



Auch der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist ein wesentliches Thema für die Zukunft. Sowohl in der Alten- wie in der Kinderbetreuung werden also nicht zuletzt die Kommunen gefordert sein, attraktive und flexible Rahmenbedingungen zu schaffen.

anerkannt und honoriert werden – indem beispielsweise Pflegeleistungen bei späteren Rentensprüchen berücksichtigt werden. Solch grundlegende Veränderungen können nur gemeinsam von allen Teilen der Gesellschaft in Angriff genommen werden. Interessen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – vielmehr sollten sie sich zum Wohl aller ergänzen und solidarisch vereinen. Es ist

uns erfolgreich behaupten können. Dies bedeutet in erster Linie die Sicherung des europäischen Lebens- und Sozialmodells durch die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Bildung bei gleichzeitiger Verbesserung des sozialen Zusammenhalts. Die EU ist Europas erfolgreichste Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, insbesondere der Globalisierung.

Neuer Chef in der EU-Vertretung

Die Europäische Kommission hat mit Wirkung vom 1. September Richard Kühnel zum Leiter ihrer Vertretung in Österreich ernannt.



Richard Kühnel leitet ab 1. September die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Der Jurist war bisher als Mitglied des Kabinetts von EU-Kommissarin Ferrero-Waldner, zuständig für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, tätig. In dieser Funktion war er verantwortlich für die Bereiche Demokratieentwicklung, Menschenrechte und menschliche Sicherheit sowie für multilaterale Beziehungen mit den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Europarat und der G8. Weiters war er für die Bereiche Kommunikationspolitik, Transparenz, öffentliche Diplomatie und Beziehungen mit den österreichischen politischen Institutionen, Interessensvertretern sowie den Medien zuständig.

Kühnel hat eine langjährige Karriere im internationalen Dienst vorzuweisen, sowohl in als auch außerhalb der Kommission.

Die Vertretungen der EU-Kommission sind die offiziellen Sprachrohre der Kommission in den Mitgliedstaaten. Sie repräsentieren diese in den Mitgliedstaaten und haben die Aufgabe, die Politik der Europäischen Union zu erläutern und Europa den Bürgern verständlicher zu machen.

Europas Bergregionen drängen auf eine eigene EU Politik

Einstimmige Unterstützung für Berggebiete

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat im Juni die von Südtirols Landeshauptmann Durnwalder vorgelegte Initiative für eine eigene europäische Politik zur Unterstützung der Berggebiete einstimmig verabschiedet.

Die Initiative fordert die Europäische Kommission auf, Bereiche wie Wirtschafts- und Strukturförderung, Beschäftigungspolitik, Naturschutz, Zivilschutz, Umwelt- und Energiepolitik aber auch Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik wegen der besonderen Situation der Berggebiete in einen integrierten Ansatz zu fassen und ein „Grünbuch“ der Berggebiete vorzulegen.



Bergregionen (hier Kals am Großglockner) stehen vor speziellen Herausforderungen.

Eigenes Kommissionsmitglied geplant

Die Kompetenz für die Berggebiete soll 2009 in der neu zu bestellenden Eu-

ropäischen Kommission ausdrücklich einem einzigen Kommissionsmitglied übertragen werden. Auch soll ein jährlicher Kongress zum Thema aus-

gerichtet und ein Jahr der Bergregionen initiiert werden.

Durnwalder betonte, der Beschluss des AdR bedeute einen wesentlichen Schritt hin zu einer europäischen Bergpolitik. Es handle sich um ein gesamteuropäisches Anliegen, das von allen Regionen Europas unterstützt werde. Es bleibe aber noch Überzeugungsarbeit zu leisten.

Zwar habe Präsident Barroso die Forderung nach einer eigenen europäischen Bergpolitik in einem strukturierten Dialog mit Verbänden von Regionen und Kommunen während einer Plenarversammlung des AdR Ende 2006 grundsätzlich positiv beurteilt, nun seien aber konkrete Ergebnisse nötig.

Donaukonferenz 2008 bei den Open Days in Brüssel

Die Donau – Fluss der europäischen Zukunft

Zum Auftakt der Oktober-Plenarsitzung des AdR und der Open Days in Brüssel gibt es dieses Jahr ein grenzüberschreitendes Highlight: Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger eröffnet am 6. Oktober die Konferenz „Die Donau – Fluss der europäischen Zukunft“. Teilnehmen wollen unter anderen der kroatische Staatspräsident Stjepan Mesić, die EU-Kommissarinnen Danuta Hübner und Benita Ferrero-Waldner und der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner. Ulm engagiert sich seit 1989 für eine neue Partnerschaft der Städte und Regionen entlang der Donau.



Die Donau durchfließt von ihrer Quelle bis zur Mündung ins Schwarze Meer zehn Staaten, von denen sechs der EU angehören.

Labor für die europäische Integration

Die Donau durchfließt von ihrer Quelle bei Donaueschingen bis zur Mündung

ins Schwarze Meer zehn Staaten, von denen sechs der EU angehören. Damit verfügt der Donaunraum über beträchtliches sozio-ökonomisches Potenzial

und ist ein Labor für die Europäische Integration. In Brüssel präsentieren die Partnerländer, -städte und -regionen bei einem „Donau-Markt“ Projekte, Kultur und landestypische Spezialitäten.

Am 7. Oktober stehen Beiträge von Erhard Busek, dem Sonderbeauftragten des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, und von AdR-Präsident Luc Van den Brande sowie Workshops zu den Themen Donau und Transeuropäische Netze, Wirtschafts- und Handelsraum Donau sowie Lissabon-Prozess und Donauregion auf dem Programm.

Konferenzprogramm:
www.donaubuero.de



Die Anbindung einer Region an den internationalen Flugverkehr ist für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für den Wohlstand der Bevölkerung enorm wichtig.

Konferenz des Instituts der Regionen Europas (IRE)

Regionale Flughäfen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

Das Institut der Regionen Europas (IRE) veranstaltete im tschechischen Ostrava eine Fachkonferenz über die steigende Bedeutung der regionalen Flughäfen in Europa.

Der Vorstandsvorsitzende des IRE, Salzburgs Alt-Landeshauptmann Franz Schausberger, betonte die große Bedeutung regionaler Flughäfen für die jeweiligen Regionen. „Die Anbindung einer Region an den internationalen Flugverkehr ist für die wirtschaftliche Entwicklung und

damit für den Wohlstand der Bevölkerung enorm wichtig.“ Und für Unternehmen sei das Vorhandensein eines Flughafens und damit regelmäßige Flugverbindungen ein wesentliches Kriterium für Investitionsentscheidungen. „Die regionalen Flughäfen können zum Teil auch die

Überlastung der großen internationalen Flughäfen abmildern“, wies Schausberger auf eine wichtige Funktion kleinerer Airports hin.

Regionale Flughäfen erfreuen sich auch bei den Passagieren zunehmender Beliebtheit. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Regionale Flughäfen sind weitaus übersichtlicher als die großen Flughäfen. Die Wege zwischen Parkplatz, Terminal, Zoll und Flugsteig sind weitaus kürzer. Auch finanziell sprechen gute Gründe für die Regional Airports. Die Anreise ist meist recht günstig mit Buszubringern zu organisieren. Dass die regionalen Flughäfen in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewannen, liegt aber vor allem an der Geschäftsphilosophie einiger Billigflieger. Sie meiden überfüllte Großstadtflughäfen. So wurden von den Discountfluglinien vor allem ehemalige Militärflughäfen für ihre Zwecke entdeckt. Ein solches Beispiel ist der Regionalflughafen in Ostrava, der vom Militär an die Region übergeben wurde und nun ausgebaut wurde.



Zoltan Kazatsay, Generaldirektor-Stv. in der EU-Kommission, der tschechische Verkehrsminister Aleš Ebíek, IRE-Chef Franz Schausberger und der Präsident der Region Mährisch Ostrau, Evzen Tosenovsky.



Gemeindebund-General Robert Hink: „Die Gemeinden waren schon zu einer Zeit Vorreiter des europäischen Gedankens, da war von einem EU-Beitritt noch gar keine Rede.“

Gemeinden sind Europa-Pioniere

„Starke und ehrliche Worte zu Europa“

„Das Haus Europa muss von unten nach oben wachsen“. Dieser beliebte Spruch vieler nationaler und internationaler Politiker stimmt für die Gemeinden, für andere Ebenen der Politik oft nicht.

„Gerade weil die Stimmung gegenüber europäischen Themen und der ‚Amts-EU‘ schlecht ist, bedarf es klarer und eindeutiger Worte zu europäischen Themen“, meint Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. „Man soll die Aktivitäten der EU nicht unkritisch hinnehmen, Verbesserungen kann man jederzeit einfordern und auch einbringen.“ Es müsse allerdings auch Schluss sein, mit unreflektiertem „Europa-Bashing“.

„Gerade als Interessensvertreter der Gemeinden wissen wir beim Gemeindebund sehr genau, dass unzählige Gemeinden von Europa und letztlich auch von der EU stark profitiert haben“, so Hink. „Die Gemeinden waren schon zu einer Zeit Vorreiter des europäischen Gedankens, da war von einem EU-Beitritt noch gar keine Rede.“ Hunderte Part-

nerschaften mit Gemeinden in anderen Ländern seien in den vergangenen Jahrzehnten entstanden. „In solchen Partnerschaften wird dieser europäische Gedanke auch gelebt, da gibt es regelmäßige Treffen, Erfahrungsaustausch, sogar Schüler der jeweiligen Partnerstädte besuchen einander.“ Dies sei die richtige Art, Bedenken der Menschen abzubauen und Ängste zu nehmen.

Auch der Österreichische Gemeindebund habe sich schon sehr früh auf europäischer Ebene engagiert. „Die Mitarbeit unserer Funktionäre im Ausschuss der Regionen (AdR) und im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist sehr intensiv und daher auch hoch geschätzt“, so Hink. Mit dem inzwischen leider verstorbenen Prof. Walter Zimper und dem

ehemaligen Gerasdorfer Bürgermeister und Gemeindebund-Vize Bernd Vögerle habe der Gemeindebund in den letzten Jahren seine besten Leute nach Brüssel geschickt, um dort für die Anliegen der heimischen Gemeinden einzutreten.

„Nun haben wir diese Funktionen mit Bgm. Erwin Mohr (Wolffurt), Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang) und Vizebürgermeisterin Marianne Fügl (Traisen) erneut ein Team von höchster Kompetenz für die europäischen Gremien ausgewählt.“

Aktion „Europaschirm“ sehr erfolgreich

Auf nationaler Ebene setzt der Gemeindebund ebenso eine Fülle von Aktivitäten, um über die Gemeinden den europäischen Gedanken in der Bevölkerung zu stärken. „Die Aktion ‚Europaschirm‘ ist bestes Beispiel dafür, dass das Haus Europa wirklich von unten wächst“, berichtet Hink.

„Dutzende Gemeinden haben unser Angebot wahrgenommen

und das kostenfreie Europa-schirm-Paket bei uns bestellt. Unsere Bürgermeister wissen sehr genau, dass das direkte Gespräch mit den Menschen bei Volksfeste, Kirtagen oder anderen Veranstaltungen der beste Weg ist, um Ängste abzubauen und die Vorteile der EU-Mitgliedschaft sichtbar und verständlich zu machen.“

Dass die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und Gemeindevertreter und -innen Interesse an Europa haben, zeigt die Tatsache, dass die Bildungs- und Studienreisen des Gemeindebundes in europäische Destina-

litiker und Kommunalpolitikerinnen in die EU-Hauptstadt, treffen dort ihre Abgeordneten und gewinnen wichtige Einblicke in die Abläufe der EU.“

Gemeinden sind Fundament des Hauses Europa

Zusammenfassend, so Hink, lasse sich sagen: „Das europäische Projekt wird nur dann gelingen, wenn wir uns die Zeit nehmen, seriös darüber zu diskutieren und zu informieren. Teure Plakat- und Imagekampagnen werden nie den gewünschten Erfolg bringen, das hat die Regierung



Vizebürgermeisterin Marianne Fügl (Traisen), Bgm. Erwin Mohr (Wolfurt, beide Foto oben) und Bgm. Johannes Peinsteiner (St. Wolfgang, Foto rechts) bilden das neue Trio, das die Interessen der österreichischen Gemeinden in der EU vertritt.



tionen seit Jahren überaus erfolgreich verlaufen. „Vor ein paar Jahren haben wir uns vorgenommen, dass wir 1000 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen nach Brüssel schicken wollen, damit sie sich dort über europäische Fragen und Probleme informieren können. Inzwischen haben wir dieses Ziel weit übertroffen“, so Hink. „Jedes Jahr fahren viele, viele Kommunalpo-

in den letzten Jahren bitter lernen müssen. Die Gemeinden wissen am besten, wie wichtig die Mitgliedschaft in der EU ist und welche Vorteile sie bringt. Sie sind es, die das Fundament für das gemeinsame Haus eines Europas schaffen, ein Europa, das mit seinen Bürger und Bürgerinnen ehrlich und offen umgeht und kommuniziert.“

Südtirol droht Venetien

Zurück nach Österreich?

Neuer Zwist zwischen dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder und seinem Amtskollegen aus der angrenzenden norditalienischen Region Venetien, Giancarlo Galan: Der venetische Regionalpräsident hatte in einem Zeitungsartikel gemeint, er hätte nach dem Zweiten Weltkrieg lieber auf Südtirol verzichtet und dafür Istrien bekommen, das an das damalige Jugoslawien ging. Aber auf der Konferenz von Jalta, auf der im Februar 1945 über das Schicksal des besiegten Deutschland entschieden wurde, seien „Spielchen“ gemacht worden und „grobe historische Patzer“ geschehen, so Galan. Durnwalder konterte mit der wohl nicht ganz ernst gemeinten Aussage: „Galan sollte lieber aufpassen, denn wenn wir zu Österreich zurückkehren, nehmen wir auch (das zu Venetien gehörende) Cortina mit.“

Hintergrund des immer wieder aufkeimenden Streits zwischen dem Südtiroler Landeshauptmann und dem Präsidenten Venetiens ist einerseits die Autonomieregelung für Südtirol, die in den Augen Galans überzogen sei und zu viele römische Steuergelder dorthin leite, zum Schaden anderer Regionen, wie z.B. seiner eigenen. Andererseits drängen einige ladinische Gemeinden in Venetien, u. a. das als Wintersportort florierende Cortina d'Ampezzo, aus historisch-politischen Gründen nach Südtirol. Die Ladinier nehmen durch das Südtiroler Autonomiestatut dort eine besondere Stellung ein. Zuletzt hatte im Oktober 2007 das Thema Schlagzeilen gemacht, als mehrere venetischen Gemeinden in einem Referendum mit großer Mehrheit für einen Verwaltungswechsel von Venetien nach Trentino-Südtirol stimmten.



Foto: © European Community

Objektive Europainformation für Bürgerinnen und Bürger

Gemeinde-Aktion „Europaschirm“ ist ein voller Erfolg

Mit ihrer gemeinsamen Initiative „Europaschirm“ haben der Gemeindebund und die Wirtschaftskammer Österreich offenbar einen Nerv getroffen. Rund 50 Gemeinden haben sich bisher beteiligt, bis Jahresende können interessierte Gemeinden das Informationspaket für Feste, Kirtage und andere Veranstaltungen noch kostenfrei bestellen.

Daniel Kosak

„Trotz der Neuwahl und den vielen, vielen Aufgaben, die Gemeinden zur Vorbereitung dieser Wahl zu erfüllen haben, ist unsere Aktion ‘Europaschirm’ ein voller Erfolg“, freut sich Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Wir haben hier offenbar den richtigen Nerv getroffen, indem wir den Gemeinden für Kirtage, Volksfeste oder anderen Veranstaltungen ein Informationspaket anbieten.“

Bedürfnis nach Informationen

Die Gemeinden können auch weiterhin, befristet bis Jahresende 2008, dieses kostenfreie Informationspaket bestellen. „Die

ersten Veranstaltungen haben auch deutlich gezeigt, dass es bei der Bevölkerung ein Bedürfnis nach Information über Europa gibt“, so Mödlhammer. „Bürgermeister und Gemeindevertreter sind hier besonders glaubwürdig.“

„Aktion Europaschirm“ (kostenfreie Variante)

Leistungen der Partner:

- ▶ Bereitstellung und Lieferung eines dunkelblauen Sonnenschirms (Durchmesser zwei Meter). Dieser Schirm verbleibt nach der Veranstaltung im Eigentum der Gemeinde.
- ▶ Give-Aways (Kappen, Armbänder, etc.) der beteiligten Partner
- ▶ Informationsmaterial und Broschüren der beteiligten Part-

- ner zum Vertrag von Lissabon
- ▶ Feedback-Bögen: „Was ich an Europa mag“ bzw. „Was mich an Europa stört“
- ▶ „Kummerbriefkasten“ (wird in Form einer Wahlurne von der Gemeinde bereitgestellt)
- ▶ Auswertung der Feedbackbögen
- ▶ Unterstützung bei der Bereitstellung von EU-Experten

Leistungen der Gemeinde:

- ▶ Bereitstellung eines Schirmständers.
- ▶ Anwesenheit des Bürgermeisters und möglichst vieler Gemeinderäte am Stand.
- ▶ Standfläche, Sessel, Tische, Broschürenständer
- ▶ Speisen und Getränke
- ▶ Wahlurne
- ▶ Technische Ausstattung (Mikro, Boxen etc.)

Zur Aktion „Europaschirm“ gibt es auch eine kostenpflichtige Variante, mit deutlich höherem Leistungsumfang (Zelt, Stehtische, Tonanlage, Moderator etc.). Alle Details dazu finden Sie auf www.gemeindebund.at/europa.php



Daniel Kosak ist Kommunikationsleiter des Österreichischen Gemeindebundes

Die Bürgermeisterreise führt im Herbst nach Paris

Mit dem Gemeindebund in die Stadt der Liebe

Von 16. bis 18. Oktober haben Österreichs Bürgermeister die Möglichkeit, die Hauptstadt des derzeitigen EU-Ratsvorsitzenden Frankreich kennen zu lernen.

Die vierte Bürgermeisterreise des Österreichischen Gemeindebundes führt in die Stadt an der Seine. Wie auch bei den bisherigen Reisen stehen Treffen mit hochkarätigen Vertretern des Gastgeberlandes auf dem Programm. Ebenfalls schon fast Tradition ist ein Empfang beim österreichischen Botschafter. Weiters wird es Unterredungen mit Vertretern der französischen Gemeindevertreterverbände geben. „Gerade diese Treffen sind für unsere Bürgermeister immer von besonderem Interesse, weil der Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikern für sie von besonderem Interesse ist“, sagt Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer. An der Paris-Reise wird – wie auch schon bei den Europa-Reisen davor – das gesamte Präsi-

um des Österreichischen Gemeindebundes, also auch alle Landespräsidenten, teilnehmen. Die Kosten für die Reise sind mit 899 Euro (75 Euro Einzelzimmerzuschlag) moderat. Als kommunale Fach- und Informationsreise des Gemeindebundes können laut Auskunft der Aufsichtsbehörden diese Reisekosten für kommunale Bedienstete und Funktionäre teilweise oder zur Gänze auch von der Gemeinde übernommen werden. In jedem Fall können diese Kosten als Bildungsaufwand steuerlich abgesetzt werden.

Anmelden können Sie sich auf www.gemeindebund.at/europa.php
Alle Infos und Details zur Reise nach Paris finden Sie auch auf www.gemeindebund.at



Das Programm der Bürgermeisterreise nach Paris

Donnerstag 16.10.2008

- ▶ 7.20 Uhr
Abflug Wien Schwechat
(Zeiten für die Abflüge aus anderen österreichischen Städten siehe www.gemeindebund.at)
- ▶ 9.30 Uhr
Ankunft Paris
- ▶ 10.30 Uhr
Stadtrundfahrt
- ▶ 15.00 - 17 Uhr
Treffen mit Vertretern des französi-

schen Gemeindebundes und Vertretern des Verbandes der kleinen Städte und Gemeinden

- ▶ Abends
Empfang in der Österreichischen Botschaft bzw. in der Botschafterresidenz

Freitag 17.10.2008

- ▶ 9:30 - 11.00 Uhr
Unterredung im Außenministerium, Projekte der französischen EU-Präsi-

dentschaft mit Auswirkungen auf die Gemeinden

- ▶ Mittagessen in einem Bistro
- ▶ 16.00 - 17:00 Uhr
Besuch im Pariser Rathaus

Samstag 18.10.2008

- ▶ Ausflug nach Versailles
- ▶ Mittagessen nach Wahl

Brandneue Umfrage des Lebensministeriums beweist: Radfahren boomt

„Lass die Wadeln auch im Alltag radeln“

Angesichts der steigenden Spritpreise nutzen immer mehr ÖsterreicherInnen das Fahrrad als schnelle und günstige Alternative für kurze Strecken. Laut einer brandaktuellen Umfrage des Lebensministeriums (1000 Personen) sind 71 Prozent der Befragten grundsätzlich bereit, im Alltag mehr mit dem Fahrrad zu fahren.

Bereits jetzt nutzen 52 Prozent das Fahrrad mehrmals die Woche oder täglich. 96 Prozent wissen, dass man mit Radfahren einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Im Rahmen eines kostenlosen Radverkehrschecks wird über das klima:aktiv mobil Programm bei Gemeinden und Betrieben die Radverkehrssituation analysiert und werden Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

Der Bund, vor allem aber die Länder, Städte und Gemeinden sind gefordert, Radfahren als klimaschonendste Fortbewegung zu forcieren. Mit dem Masterplan Radfahren hat das Lebensministerium eine bundesweite Strategie zur Forcierung des Radverkehrs und eine Plattform zur Koordination der Maßnahmen für den Radverkehr geschaffen. Ziel ist es, mittelfristig eine Verdoppelung des Radverkehrs (bis 2015) zu erreichen. Die Ökostaffel-Initiative leistet dazu einen wertvollen Beitrag. Bei der Ökostaffel tragen VertreterInnen von Klimabündnisgemeinden ein Staffelholz und damit die Botschaften Klimaschutz und fairer Handel mit dem Fahr-

rad, dem Zug oder zu Fuß durch ganz Österreich und übergeben es von einer Gemeinde zur nächsten. Nach jeder Etappe sorgt eine Station mit fair gehandelten Produkten sowie Bioprodukten aus der regionalen Landwirtschaft für die Stärkung der TeilnehmerInnen.

Das Lebensministerium unterstützt die Ökostaffel seit mehreren Jahren als Teil seiner vielfältigen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung. Heuer wurde die Ökostaffel erstmals auch von der Radfahr-Initiative des Lebensministeriums „Lass die Wadeln auch im Alltag radeln“ begleitet. Unter dem Motto „businessstauglich“ suchte das Lebensministerium auch heuer wieder gemeinsam mit der Wirtschaftskammer



Für die Ökostaffel 2008 überreichte Umweltminister Josef Pröll an den Geschäftsführer des Klimabündnis Österreich, Wolfgang Mehl, ein klima:aktiv-Fahrrad als Zeichen der Anerkennung.

Österreich das fahrradfreundlichste Unternehmen sowie die fahrradfreundlichste Institution. Auf www.bike2business.at finden Sie die eingereichten Radprojekte und nähere Infos dazu. Das Lebensministerium bietet darüber hinaus im Rahmen seiner klima:aktiv mobil Programme (www.klimaaktiv.at) kostenlose Beratung zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs für Kommunen, Betriebe, den Freizeitsektor, Schulen, sowie die öffentliche Verwaltung an. So werden beispielsweise im Rahmen eines kostenlosen Radverkehrschecks bei Gemeinden und Betrieben die Radverkehrssituation analysiert und Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Ergebnis der Analyse ist ein Maßnahmenbericht mit Zeitplan und grober Kostenschätzung, sowie die Möglichkeit, Radverkehrsmaßnahmen im klima:aktiv mobil Förderprogramm einzureichen. Bisher haben 72 Gemeinden, Schulen, Betriebe, Verwaltungen und Tourismuseinrichtungen diese Beratungsleistung in Anspruch genommen, sind klima:aktiv mobil Projektpartner geworden und sparen durch Radverkehrsmaßnahmen rund 28.000 Tonnen CO₂ jährlich.

Mit den klima:aktiv mobil Förderprogrammen hat das Lebensministerium zudem eine beachtliche Investitionsoffensive für den Radverkehr gestartet. Die bisher eingesetzten 1,6 Millionen Euro an Fördermitteln für Radverkehrsprojekte haben Investitionen in der Höhe von ca. 5,5 Millionen Euro ausgelöst. Jeder vom Lebensministerium eingesetzte Euro bringt durch die Co-Finanzierung drei Euro Investition für den Ausbau der Radinfrastruktur.



In der gehobenen Gastronomie Österreichs wird verstärkt auf regionale Lebensmittel gesetzt. Das ist eines der Hauptergebnisse einer Gastro-Studie, die von der Michael Thurner Consulting durchgeführt und im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde – im Bild BM Josef Pröll und Michael Thurner.

Gastro-Studie und regionale Lebensmittel

Genuss Region Österreich ist ein wichtiger Partner

Aus dem aktuellen Lebensmittelbericht geht hervor, dass Konsumenten auf regionale Kennzeichnung Wert legen und dass „Regionalität“ für den Tourismus wichtig ist. Die Kulinarik spielt eine große Rolle in der Auswahl des Urlaubszieles. So ist das „Genießen landestypischer Speisen und Getränke“ Top-Aktivität der Urlaubsgäste in Österreich. Die Gastronomie trägt viel zum Image und der Qualität unserer Lebensmittel bei und ist zudem das kulinarische Schaufenster unseres Landes. Einer aktuellen Studie zufolge setzt die gehobene Gastronomie verstärkt auf regionale Lebensmittel.

„Der Trend zur Regionalität hat voll auf die Gastronomie durchgeschlagen. Mit unserer Initiative „Genuss Region Österreich“ haben wir den richtigen Weg beschritten“, erklärte Landwirtschaftsminister Josef Pröll anlässlich der Präsentation einer aktuellen Gastro-Studie.

Die Studie zeigt, dass die gehobene Gastronomie in den letzten Jahren voll auf Regionalität gesetzt hat. Bei 70 Prozent der Gastronomen hat Regionalität einen sehr hohen Stellenwert. Weiters ist der Einsatz von regionalen Lebensmitteln in den letzten fünf Jahren bei fast 60 Prozent der Gastronomiebetriebe gestiegen.

Besonders interessant ist, dass über 80 Prozent der Gastronomen sagen, dass regionale Lebensmittel immer wichtiger werden, die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln ist enorm.

Aus Sicht der Wirte verstärkt sich dieser Trend, weil regionale Lebensmittel dem Kunden einen Mehrwert bieten: Sie sind umweltfreundlicher insbesondere aufgrund kürzerer Transportwege, qualitativ hochwertiger und gesünder als andere Lebensmittel. Für die Gastronomie kommen auch wirtschaftliche Gründe für die Verwendung von regionalen Lebensmitteln hinzu: Immerhin die Hälfte der Gastronomen meinen, dass regionale Lebensmittel aufgrund des beschriebenen Mehrwerts auch einen Aufpreis gegenüber herkömmlichen Lebensmitteln rechtfertigen.

Die größte Bedeutung bei regionalen Lebensmitteln kommt Fleisch zu, der Bedarf an Produkten regionaler Herkunft liegt bei 88 Prozent. An zweiter Stelle liegt Gemüse, gefolgt von Obst, Milchprodukten und Wein/Sekt. „Die Studienergebnisse zeigen, dass wir mit unseren Aktivitäten zu regionalen Produkten richtig liegen. Insbesondere die „Genuss Region Österreich“ ist ein wichtiger Partner für die Gastronomie,“ so Pröll.



lebensministerium.at

LIFE+-Ausschreibung gestartet

Umweltfinanzierung in der EU

Ab sofort sind die Projektanträge zum EU-Programm LIFE+ 2008 möglich. LIFE+ ist das Umweltfinanzierungsinstrument der Europäischen Union, aus dem für das Jahr 2008 für Österreich rund 3,9 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Projektanträge sind bis zum 21. November für den Teilbereich „Natur und Biodiversität“ bei den jeweiligen Ämtern der Landesregierung, für „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie



für „Information und Kommunikation“ im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft einzureichen.

Infos und Ansprechpartner unter www.umwelt.lebensministerium.at

Waldbericht 2008

Rohstoff Holz wird immer wichtiger

Der österreichische Wald ist für die Umwelt, die Lebensqualität, die heimische Wirtschaft und nicht zuletzt für den Schutz vor Naturgefahren von entscheidender Bedeutung, zudem kommt dem nachwachsenden Rohstoff Holz eine immer wichtigere Rolle zu. Externe Einflüsse wie Luftverschmutzung, überhöhte Wildbestände und Waldweide führen regional zu Belastungen des Ökosystems, gefährden den Wald aber nicht existenziell.

Der Waldbericht kann im Internet unter <http://publikationen.lebensministerium.at> heruntergeladen bzw. bestellt werden.



Infos auf www.lebensministerium.at

Audit familienfreundliche Gemeinden

Familienfreundlichkeit wird ausgezeichnet

Elf neue Gemeinden haben im Juli das Grundzertifikat Audit familienfreundliche Gemeinde erhalten.

Viele Maßnahmen wurden entwickelt, unterschiedlichste Menschen eingebunden und elf österreichische Gemeinden haben es heuer bereits geschafft, den er-



Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist ein spezifisches Angebot an österreichische Gemeinden und Städte. Ziel dieser Initiative ist die Evaluierung und nachhaltige Entwicklung familienfreundlicher Maßnahmen in der Gemeinde.

Dr. Andrea Kdolsky, Gesundheits- und Familienministerin

sten Abschnitt im Prozess Audit familienfreundliche Gemeinde erfolgreich zu absolvieren. Gemeinden haben mit dem Audit

gute Möglichkeiten und Chancen, für Familien mit Kindern ein attraktives Lebensumfeld zu gestalten. Familien mit Kindern sind wichtig für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde, eine familienbewusste Gemeindepolitik kann einiges dazu beitragen, dass sich Familien in der Gemeinde wohl fühlen und niederlassen.

Vielfältige Projekte

Die Projekte des Audit familienfreundliche Gemeinde sind sehr unterschiedlich. Diese reichen von Gehsteigabschrägungen, über Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bis zu Projekten des betreuten Wohnens und Aktiv-Parks für Jung und Alt. Bei der Planung und Realisierung wird im Rahmen des Auditprozesses ganz besonders viel Wert auf die Orientierung an den Be-

dürfnissen der Bevölkerung gelegt. Viele der Bürgerinnen und Bürger sind auch eingeladen sich auf unterschiedliche Weise im Projekt zu beteiligen. Als Auszeichnung für ihre Anstrengungen haben im Juli folgende Gemeinden das Grundzertifikat Audit familienfreundliche Gemeinde erhalten:

Anthering, Puch bei Hallein (SBG), Diersbach, Dorf/Pram, Treubach (OÖ), Gratkorn, Knittelfeld, Köflach, Niklasdorf (STMK), Kaumberg (NÖ), Steinach am Brenner (T) Einer der Höhepunkte auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit in der Gemeinde ist die feierliche Zertifikatsverleihung, die einmal im Jahr durch die Familienministerin vorgenommen wird. Hier können die Beteiligten der Projektgruppe gemeinsam ihren Erfolg und das gemeinsam Erreichte feiern und werden für ihre Leistungen auch offiziell durch das Familienministerium gewürdigt.

Familienfreundliche Gemeinde



Mehr Informationen auf www.familienallianz.at



Bundesministerium
für Gesundheit, Familie und Jugend

Dr. Andrea Kdolsky
Ihre Andrea Kdolsky

www.bmgfj.gv.at

Auditseminare

Familie & Beruf Management GmbH, Ansprechpartner:
Bernhard Adamec
Franz-Josefs-Kai 51/8
1010 Wien
Tel: 01-2185070 - 14
Fax: 01-218 50 70 - 70
E-Mail: bernhard.adamec@familienallianz.at
Web: www.familienallianz.at

Nächste Termine für Auditseminare

Auditseminare

► Graz: 30. Oktober,
16.00 – 19.00 Uhr
► Linz: 04. November,
16.00 – 19.00 Uhr

Zertifikatsverleihung

Wien: 17. November 2008

Neues Projekt von „Fonds Gesundes Österreich“ und „Fit für Österreich“

Fit-Start für Arbeitssuchende

Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur ein hohes Armutsrisiko, sondern auch ein hohes Gesundheitsrisiko. Das Projekt Fit-Start eröffnet Arbeitssuchenden, mit bewegungsfördernden Maßnahmen, neue Perspektiven.



Kernstück des Projekts bilden Fit-Start-Treffs. Dies sind Bewegungsgruppen, die in Sporthallen, Schulen, in der Natur oder in den Räumlichkeiten der Trägerorganisationen stattfinden.

Dass Arbeitslosigkeit krank machen kann, ist bereits seit der bahnbrechenden Studie „Die Arbeitslosen vom Marienthal“ – ein Klassiker der empirischen Sozialforschung – aus den 30er-Jahren bekannt. Vor allem ältere, langzeitarbeitslose Menschen weisen eine erhöhte Erkrankungs-

und Sterblichkeitsrate auf. Das Projekt Fit-Start richtet sich daher vorrangig an arbeitssuchende Menschen ab dem 40. Lebensjahr. Gefördert wird das Projekt vom Fonds Gesundes Österreich und von „Fit für Österreich“.

pen, die in Sporthallen, Schulen, in der Natur oder in den Räumlichkeiten der Trägerorganisationen wöchentlich stattfinden. Die Bewegungsangebote spannen sich von Gymnastik, einfachen Ballspielen und Nordic Walking bis hin zu Qi Gong, Entspannungsübungen, Ergometertraining und vieles mehr. Das Bewegungstraining in der Gruppe soll das ganzheitliche Wohlbefinden verbessern, die soziale Anbindung stärken und Risikofaktoren (Übergewicht, Diabetes, Depressionen, etc.) entgegenwirken.

über das Projekt informiert, andererseits werden über Kooperationspartner Netzwerke aufgebaut. Diese Trägerorganisationen stehen kontinuierlich mit Arbeitssuchenden in Verbindung und stellen den Kontakt zu potentiellen Teilnehmer/innen her. Die Fit-Start-Treffs sind teilweise in den regulären Kursmaßnahmen integriert, um die Barriere der Sportteilnahme so gering wie möglich zu halten.



Unsere schwierigste Aufgabe ist, die Zielgruppe zum Einstieg in das Projekt zu bewegen.

Mag. Günter Schagerl
von der ASKÖ
Bundesorganisation

Es gibt zwei Modelle: Der offene Fit-Start-Treff für Arbeitssuchende, die sich zur Zeit in keiner Kursmaßnahme befinden, und der in einer Trägerorganisation integrierte Fit-Start-Treff.

Netzwerk und Trägerorganisationen

Arbeitssuchende werden einerseits durch lokale Projektpräsentationen, Plakate, Flugblätter oder durch das Internet direkt

Erste Ergebnisse

„Die Integration der Fit-Start-Treffs in den Trägerorganisationen ist sehr erfolgreich. Die Teilnehmer/innen schätzen das Angebot, weil sie dadurch neue Freunde treffen und ein kostenloses Sportangebot nutzen können und wieder geregelte Tagesstrukturen haben“, fasst Günter Schagerl zusammen. Bei den Projektpräsentationen wurden bereits über 450 Personen erreicht.

Fit-Start-Treffs

Kernstück des Projekts bilden neun Fit-Start-Treffs, die in den drei genannten Bundesländern mit Hilfe vom AMS und deren Trägerorganisationen im Schulungsbereich eingerichtet wurden. Dies sind Bewegungsgruppen

Kooperationspartner & Trägerorganisationen

- ▶ AMS
- ▶ bfi
- ▶ Die Berater
- ▶ ZIB
- ▶ BUZ
- ▶ ibis acam
- ▶ Mentor
- ▶ bfg
- ▶ Caritas
- ▶ FAB
- ▶ Nesib
- ▶ Beratungsstelle Frauenfreiraum
- ▶ Initiative 40

Information

ASKÖ Bundesorganisation
Mag. Günter Schagerl
Tel: 01/86 93 245-14
schagerl@askoe.at

Fanmeilen: Unitrac sorgte für Sauberkeit

Härtetest EURO 2008 bravourös bestanden

Die Euro 2008 hat ihre Spuren in der Tiroler Landeshauptstadt hinterlassen: 350.000 Fans produzierten in Innsbrucks Fanzonen 40 Tonnen Abfall, den die städtischen Putztrupps Nacht für Nacht entsorgten. Bei diesen Reinigungsarbeiten setzt das Stadtmagistrat auf einen Unitrac 92 des Tiroler Landmaschinenpezialisten Lindner. Für die Reinigungsfahrten ist der Transporter mit einer Trilety-Kehrmaschine ausgestattet. „Aufgrund seiner 4-Rad-Lenkung ist der Unitrac sehr wendig, was bei Reinigungsarbeiten in den engen

und verwinkelten Altstadtgassen ein entscheidendes Kriterium ist“, erläutert Lindner-Verkaufsleiter Markus Inwinkl. Weitere technische Highlights der Unitrac 2er-Serie sind die kippbare Fahrerkabine sowie die Zapfwellenkupplung, die per Knopfdruck zugeschaltet wird. „Die Kabine kann durch einen hydraulischen Mechanismus ohne den Einsatz von Werkzeugen seitlich 50 Grad gekippt werden. Das erleichtert Wartungsarbeiten“, sagt Inwinkl.

Beim Unitrac 102, dem leistungstärkeren Modell der

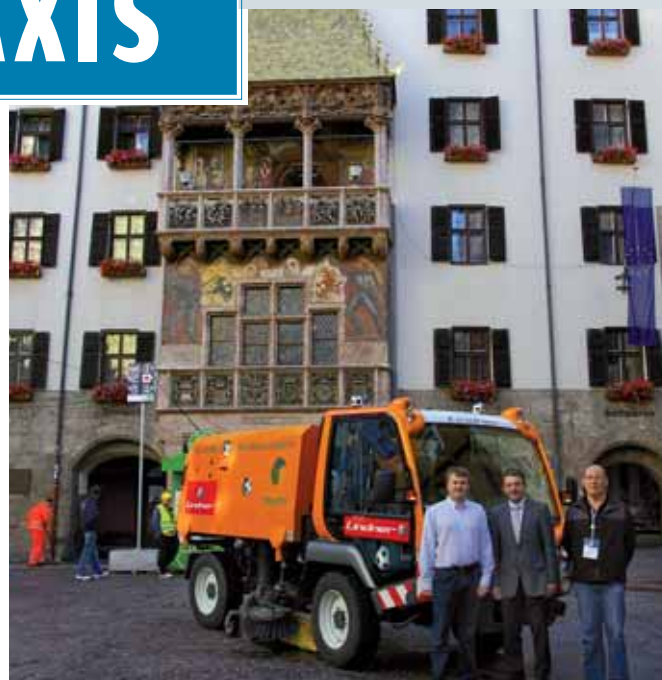


Foto: wiko

DI Josef Mühlmann, Amtsvorstand Straßenbetriebe, Mag. Markus Inwinkl, Lindner-Verkaufsleiter Österreich und Hans Huber, Einsatzkoordinator Straßenreinigung.

2er-Serie, vertraut Lindner auf die Common-Rail-Technologie. „Common-Rail kommt beim Unitrac schon seit mehr als zwei Jahren zum Einsatz. Das Ergebnis

ist deutlich weniger Verbrauch bei gesteigerter Leistung.“

Mehr Infos auf www.lindner-traktoren.at

CIPRA-Wettbewerb

160 Beiträge rittern um 100.000 Euro

Der alpenweite Wettbewerb von CIPRA hat grosses Echo hervorgerufen. Aus allen acht Alpenländern wurden bis zum Einsendeschluss Ende Juli 160 Klima-Maßnahmen eingereicht. Alle Wettbewerbsbeiträge finden sich unter www.cipra.org/cc.alps

Weltpremiere: Das erste Büro, das ausschließlich mit LEDs beleuchtet wird

Einsparung durch lange Lebenszeit



Philips hat eine weltweite Premiere bekannt gegeben: die erste vollständige Beleuchtung eines Bürokomplexes mit LED-Lampen. LED-Lösungen verschaffen die Freiheit, sich von den technischen Gegebenheiten klassischer Leuchtstoffröhren zu lösen. Darüber hinaus reduziert die lange

Lebensdauer von LEDs die Wartungskosten auf ein Minimum. Experten erwarten, dass der Einzug der LED in das Segment der Allgemeinbeleuchtung ein rapides weltweites Marktwachstum für LED-Leuchten von jährlich mehr als 30 Prozent bewirken wird. Mehr auf www.philips.at

Workflow: Wirkungsorientierte Verwaltung hilft Steuergeld sparen

Studenten optimieren Workflow in Steyregg

Die Neugestaltung des Workflow (Arbeitsablauf) der Eingangsrechnungen war eines der großen Vorhaben, das Steyregg (OÖ) zur Modernisierung ihrer Verwaltung konkretisiert hatte. Ein Team von Studierenden des Studiengangs „Sozial- und Management“ der FH Ober-

österreich in Linz schuf die Grundlagen einer effizienten Reorganisation der Arbeitsprozesse. Ausgehend von einer Ist-Analyse modellierten die Studierenden einen Soll-Prozess, der zu einer wesentlichen Verkürzung der Durchläufe führte. Konkret wurde etwa die Zahl der Arbeitsschritte,

trotz der Einbeziehung des Bestellvorgangs, von 44 auf 22 reduziert. Es entstand so ein Musterprozess, der auch von anderen Gemeinden übernommen werden kann. Rückfragen an Prof. (FH) Dr. Paul Brandl, paul.brandl@fh-linz.at und Dr. Andreas Berndt MA, andreas.berndt@fh-linz.at



Foto: FH OÖ

Projektgruppe „Pro 4221“: Prof. (FH) Dr. Paul Brandl, Michael Schlee, Adolf Schöngruber, Christine Königstorfer, Carola Lipp, Margarete Dobetsberger, Michaela Riederer.

Nahversorgung: Nah&Frisch eröffnet Musterladen in Schönberg (NÖ)

Nahversorgung auch in kleinen Gemeinden

Ein neuer konzeptioneller Nah&Frisch-Markt in Schönberg versorgt seit Juli die Bevölkerung von Schönberg. Das gesamte Sortiment umfasst mehr als 4.000 Artikel. Neben dem Grundsortiment werden u.a. auch Zeitungen, Post-Servicestelle, Lotto-Totto sind auch die zusätzlichen Extra-Leistungen geboten. Der Nah&Frisch-Musterladen ist die konzeptionelle Basis für weitere Projekte wo man sowohl Gemeinden, aber auch tüchtigen Kaufleuten beweisen kann,



Am 9. Juli war im Beisein von LHStv. Ernest Gabmann (2.v.l.), Bürgermeister Peter Heindl, KR Julius Kiennast sowie dem Betreiber Nah&Frisch-Kaufmann Walter Hengsberger Eröffnung.

dass Nahversorgung in kleinen Ortschaften, auf kleiner Fläche attraktiv und ertrag-

reich zu führen ist.
www.schoenberg.gv.at

Photovoltaik

Schwaz setzt auf Sonnenstrom

Schwaz in Tirol will laut ORF Online ihre Bemühungen um eine nachhaltige Energiepolitik weiter ausbauen. Im Umweltausschuss wurde beschlossen, künftig auch Photovoltaikanlagen zu fördern. Ein Konzept wird jetzt erarbeitet.
www.schwaz.at

Forschungspartnerschaft: Weltpremiere in Österreich

Salzburg ist „Digital City“

Als erste Stadt weltweit startet Salzburg zusammen mit dem Zentrum für Geoinformatik der Uni Salzburg und Autodesk die digitale Stadt der Zukunft, die „Digital City“. Salzburg erstellt damit als weltweit erste Stadt ein vollständig digitales und simulationsfähiges 3D-Stadtmodell. Ziel

des Pilotprojekts ist es, alle relevanten Aspekte einer Stadt digital abzubilden, um städtebauliche Maßnahmen und geplante Stadtentwicklungen erlebbar zu machen, noch bevor diese Realität werden. Mehr Infos unter www.autodesk.com/digitalcities

Mobilfunk: Experten

Bericht gibt Entwarnung

Die britische Expertengruppe zu biologischen Effekten, BEPAG, hat 829 wissenschaftliche Arbeiten zu möglichen schädlichen biologischen Auswirkungen von niederfrequenten und hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der vergangenen zwei Jahre beurteilt – 27 Prozent davon allein zu Mobilfunkfeldern. Die Expertengruppe stellte bezüglich Mobilfunk fest, dass die vorliegenden Daten keinen überzeugenden Beweis für einen gesundheits-schädlichen Effekt liefern. Der Bericht bestätigt damit die BEPAG-Stellungnahmen der Jahre 2004 und 2006. Zu Mobilfunk führt der Bericht weiter aus, dass epidemiologische Studien, wie das INTERPHONE-Projekt, zur Erforschung der Langzeitnutzung von Mobiltelefonen weiterhin nötig sind, auch wenn experimentelle Studien keinen konsistenten Effekt und keinen Mechanismus für eine schädliche Auswirkung durch Mobilfunkfelder geliefert haben. Mehr auf www.fmk.at

**ÖGL Symposium
Grabenlos 2008
im Parkhotel
Pörtschach am
Wörthersee**

**ÖGL-Symposium Grabenlos –
Der österreichische Top-Event
für grabenlose Technologien**

- Branchentrends & Entwicklungen
- Innovationen & Qualitätsstandards
- Neue Materialien & Technologien
- Erfolgsgeschichten

GRABENLOS – immer ein Gewinn!

VORTRÄGE • EXPERTENGESPRÄCHE • ABENDPROGRAMM

**14. + 15.
Oktober
2008**

Programm & Anmeldeformular:
www.grabenlos.at

ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG
FÜR GRABENLOSES BAUEN UND
INSTANDHALTEN VON LEITUNGEN

ÖGL



In den verschiedenen Kategorien des europäischen „Preises der Regionen“ können Projekte hinsichtlich regionaler Arbeitsplatzinitiativen, Forschungszentren, kultureller Schwerpunkte, Forschung & Entwicklung, Standortattraktivität ebenso eingereicht werden wie Informationsplattformen für Bürgerinnen und Bürger.

Europäischer „Preis der Regionen“ erstmals ausgeschrieben

Auch Österreichs Gemeinden können mitmachen

Auszeichnungen gibt es viele: Gesucht werden regelmäßig die innovativsten, familienfreundlichsten, blumenreichsten Gemeinden des Landes, um nur beispielhaft einige Kategorien aufzuzählen. Jetzt gibt es auf internationaler Ebene einen neuen Preis, bei dem auch Österreichs Gemeinden ihre Chance nutzen können.

Erstmals wird heuer der „Preis der Regionen des Kongresses des Europarates“ vergeben. Das Thema für die diesjährige Auszeichnung lautet „Förderung der sozialen Kohäsion durch Wirtschaftsentwicklung“. Dabei können Projekte eingereicht werden, die Programme zur regionalen Wirtschaftsentwicklung beinhalten und anhand konkre-

Es können Projekte eingereicht werden, die Programme zur regionalen Wirtschaftsentwicklung beinhalten und anhand konkreter Beispiele aufzeigen, wie diese den sozialen Zusammenhalt begünstigt und bestärkt haben.

ter Beispiele aufzeigen, wie diese den sozialen Zusammenhalt begünstigt und bestärkt haben.

Welche Projekte werden gesucht?

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates ist eine politische Versammlung, die sich aus kommunalen und regionalen Vertretern der 47 Mitgliedstaaten des Europarates zusammensetzt und mehr als 200.000 Gebietskörperschaften umfasst.

In verschiedenen Kategorien können Projekte hinsichtlich regionaler Arbeitsplatzinitiativen, Forschungszentren, kultureller Schwerpunkte, Forschung & Entwicklung, Standortattrakti-

vität ebenso eingereicht werden wie Informationsplattformen für Bürgerinnen und Bürger.

Mitmachen einfach gemacht

Bis 10. September 2008 ist es möglich, spannende Projekte einzureichen. Die nötigen Unterlagen können online unter www.coe.int/prizeregions oder auf www.kommunalkredit.at/prizeregions abgerufen werden. Die Preisverleihung findet Anfang Dezember in Strassburg statt. Sponsor des Preises ist die Dexia, Miteigentümerin der Kommunalkredit, Österreichs Marktführer im Bereich öffentlicher Finanzierungen.

Information

Informationen und Unterlagen zum Preis können online unter www.coe.int/prizeregions oder auf www.kommunalkredit.at/prizeregions abgerufen werden.

Fokus Trinkwasser

ÖVGW-Veranstaltungen und Ausbildungsprogramme auf TOP-Niveau

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und vertrauen auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW). Sie ist als absoluter Profi im Ausbildungsbereich anerkannt. Ständig steigende Teilnehmerzahlen sprechen für sich.

Wassermeisterschulungen

Unter den zahlreichen, auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten

Seminaren, sind die Wassermeisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen sind die ideale Vorbereitung auf das anerkannte Wassermeister-Zertifikat und werden in ganz Österreich angeboten.

Werkleitertagung heuer in Leibnitz

Einen besonderen Stellenwert nimmt auch die jährlich stattfindende Werkleitertagung ein, welche sich an Bedienstete von Wasserversorgungsunternehmen richtet. Sie findet vom 24. bis 25. September 2008 in Leibnitz, dem Zentrum der „Steirischen Toskana“, statt. Die Tagung bietet Gelegen-



Die ÖVGW-Werkleitertagung findet heuer in der Steiermark statt.

heit, aktuelle Themen und Entwicklungen zu diskutieren und ist zudem ein hervorragendes Forum für intensiven Erfahrungsaustausch. Dieses Jahr werden unter anderem die Bereiche „Auswirkungen der Behälterreinigung auf die Mikrobiologie des Trinkwassers“ und „Pflichten der Wasser-

versorger aufgrund der neuen Strahlenschutzverordnung“ erörtert werden.

Informationen

ÖVGW
Beate Röhring
Tel.: 01/5131588-20
roehrling@ovgw.at
www.ovgw.at

E.F.



manches möglich machen ...

... wie Sport in all seinen Facetten. Für den Spitzensport, für den Breitensport, für den Nachwuchs. 2008 erhält die Sportförderung von den Österreichischen Lotterien rund **62 Millionen Euro**.

www.lotterien.at



österreichische
LOTTERIEN



Volle Power für 365 Tage im Jahr.

Setzen Sie auf das zuverlässige John Deere Programm

- Ein breites Programm aus einer Hand: Rasenmäher, Rasentraktoren, Universaltransporter, Spindelmäher und Kompaktraktoren
- Beste Ersatzteilversorgung durch weltweit vernetztes Versorgungssystem
- Maschinen mit höchster Lebensdauer und optimaler Bedienungsfreundlichkeit



Informationen bei Ihrem John Deere Vertriebspartner oder bei Rasenpflege & Kommunal Maschinen, 3130 Herzogenburg
Tel.: 02782/83222 • www.johndeere.at • www.rkm.co.at

IMMORENT finanziert Biomasse-Kraftwerke in Österreich

Alternativen ermöglichen

Biomasse-Kraftwerke stellen eine klima- und ressourcenschonende Alternative zur Strom- und Wärmegewinnung aus Öl und Gas dar. In Österreich kann ein großer Teil des benötigten Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen abgedeckt werden. IMMORENT finanziert über Leasing oder Mietkauf-Modelle Biomasse-Kraftwerke und ermöglicht damit den Ausbau von alternativen Energiequellen.

In Biomasse-Kraftwerken werden aus biogenen Stoffen Strom und Wärme auf CO²-neutraler Basis erzeugt: Denn beim Verbrennen wird nur soviel CO² frei, wie die nachwachsenden Rohstoffe wiederum aufnehmen. Die Herkunft der Rohstoffe aus Österreich sichert die Versorgung auch für die Zukunft.

Eine Investition in den Standort

Biomasse-Kraftwerke sind von großer regionalwirtschaftlicher Bedeutung: Sie schaffen Arbeitsplätze, und erhöhen die Wertschöpfung in der gesamten Region. Leasing hat sich hier oft als eine steuerlich günstige Wunschfinanzierungsform herausgestellt, die sich positiv auf das Bilanzbild auswirkt und bei Kommunalfinanzierungen „Maastricht-neutrale“ Effekte aufweist.

Es wird von der IMMORENT neben dem Kraftwerksbau auch die gesamte notwendige Infrastruktur (Kessel, Turbinen, Förderbänder, Silos ...) finanziert, und Unterstützung bei der bestmöglichen Berücksichtigung von Förderungen geleistet.

So entsteht im Kärntner Villach eine innovative Doppelanlage, die eine KWK- (Kraft-Wärme-Kopplung) Dampfkesselanlage mit einer Holzvergaseranlage/BHKW (Blockheizkraftwerk) kombiniert. Im burgenländischen Güssing, Sitz des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energien, finanzierte



IMMORENT rentiert sich immer – auch im Bereich alternative Energien. Im Bild das Biomasse-Kraftwerk im nö. Aschbach.

IMMORENT das Biomassekraftwerk Güssing, das Biomasse Fernheizwerk und das Biogaskraftwerk Strehm. Ebenfalls mit einer IMMORENT Finanzierung startete das Biomassekraftwerk

Aschbach der Firma Fuchsluger in Niederösterreich, sowie die Nahwärme-Heizanlage Scheifling in der Steiermark, bei der die IMMORENT gemeinsam mit der Marktgemeinde auch als Gesellschafter engagiert ist.

Innovative Technologien unterstützen

Die Finanzierung von so hochmodernen Anlagen ist komplex und erfordert entsprechendes Know How. IMMORENT setzt auf Spezialisten, um auch für die Kunden einen reibungslosen Ablauf sicher zu stellen. „Die Zusammenarbeit war sehr unkompliziert. Das sind keine klassischen Banker, sondern eher Techniker wie wir, die wissen, was Sache ist“, bestätigt Florian Fuchsluger, Geschäftsführer des Biomasse-Kraftwerks in Aschbach.

Auch bei der Umsetzung von neuen Technologien ist IMMORENT dabei. Hans Griesser, Geschäftsführer des Biomassekraftwerks Villach: "Wir errichten Europas innovativste Anlage, ein CO²-minus Kraftwerk verbunden mit einer Biomasseraffinerie. In Zusammenarbeit mit der IMMORENT meistern wir die Herausforderungen der ökologischen Energiewirtschaft – und das ökonomisch."

Information

IMMORENT AG
Mag. Brigitte Bruckmüller
Geschäftsleitung Österreich
Windmühlgasse 22-24
1060 Wien
Tel.: 05 0100 27260
office@immorent.at
www.immorent.at

Günstig und umweltfreundlich „fair“-heizen

Pellets – Heizkosten wirksam reduzieren



Mit Containerlösungen einfach und rasch auf Pellets umstellen.

Steigende Heizkosten werden für immer mehr Kommunen ein brennendes Problem. Mit rund 60 Prozent Preisvorteil gegenüber Heizöl bieten Pellets eine wirksame Abhilfe. Pellets benötigen wesentlich weniger Lagerraum als Hack-schnitzel und auch der Wartungsaufwand ist geringer. Pelletheizungen werden für jede Leistungsanforderung

angeboten, bei Platzmangel kann mit einer Containerlösung eine rasche und problemlose Umstellung erfolgen. Die alte Heizung kann dann als Ausfallsicherung beibehalten werden. Die höheren Investitionskosten bei einer Pelletheizung rentieren sich aufgrund des hohen Einsparpotentials beim Brennstoff rasch. Mit einer Tonne Pellets können 500 Liter Heizöl ersetzt werden. Bei aktuellen Preisen von rund 180 Euro pro Tonne Pellets und 1080 Euro für 1000 Liter Heizöl bringt die Umstellung eines Gebäudes mit 30.000 Liter Heizölbedarf eine jährliche Einsparung von über

21.000 Euro. Viele Hersteller bieten auch Leasingfinanzierungen an. Ein Blick auf die langjährige Preisentwicklung zeigt, dass die Pelletpreise über die vergangenen acht Jahre relativ geringen Schwankungen unterworfen waren. Österreichische Pelletpro-

duzenten können derzeit doppelt so viele Pellets produzieren, als im Inland benötigt werden. Deshalb ist auch in den nächsten Jahren mit einer stabilen Preisentwicklung zu rechnen.

www.propellets.at



23 ECONOMY

Was haben schwarze, rote, grüne, blaue oder orange Bürgermeister gemeinsam?

Ihre Lieblingsfarbe ist Schwarz. Viele Gemeinden machen jetzt Schluss mit roten Zahlen: Die HYPO Investmentbank AG ist Spezialist für Kommunalfinanzierung und verhilft Gemeinden zu mehr Geld. Mit Österreichs erfolgreichstem Immobilien-Auslagerungsmodell. So verkaufte die Stadtgemeinde Wr. Neustadt mit unserer Hilfe ihre Wohnhäuser an eine gemeindeeigene Gesellschaft. Die Stadtgemeinde erzielte Einnahmen (im Wert von rund EUR 120 Mio.) durch den Verkauf, ohne den Einfluss auf die

Immobilien zu verlieren. Denn über ihre Gesellschaft lukriert die Stadtgemeinde auch in Zukunft weiterhin die Einnahmen aus dem Betrieb der Immobilien. Wie auch Ihre Gemeinde profitiert, erfahren Sie in einem unverbindlichen Gespräch mit **Dir. Mag. Johannes Kern** persönlich: **+43(0)2742/4920-1250** oder johannes.kern@hypoinvest.at

www.hypoinvest.at

HYPO
NÖ. LANDESBANK

INVESTMENTBANK AG

Aktuelle Entwicklungen des Energierechts

Auf welche Energieträger sollen Gemeinden setzen?

Die Energiekrise ist in aller Munde – die Energiepreise spürt jeder einzelne Bürger in seiner eigenen Geldbörse. Zeit also den Rechtsrahmen für die Energieunternehmen und Endverbraucher unter die Lupe zu nehmen und regulatorische Eingriffsrechte sowie bestehende Förderoptionen näher zu betrachten.

Dr. Eduard Wallnöfer &
Mag. Josef Holzer

In den letzten Jahren haben sich die „traditionellen“ Energieträger, wie Kohle, Öl und Erdgas, stetig verteuert, seit etwa Mitte letzten Jahres¹ ist jedoch es zu einem sprunghaften Preisschock in diesem Bereich gekommen. Infolge dieser Preissteigerungen hat sich auch der Preis für Strom merklich erhöht. So erreichte

der Marktpreis gemäß § 20 Ökostromgesetz² (ÖSG³) für das vierte Quartal einen Wert von 84,95⁴ Euro/MWh. Sollte dieses Preisniveau beibehalten werden, wachsen Teile des bisher geförderten Ökostroms in den Markt hinein. Dies bedeutet, dass eine wirtschaftliche Produktion von Ökostrom aus diesen Bereichen über den Stormmarkt und somit ohne zusätzliche staatliche Fördermittel möglich ist. Im Bereich der Kleinwasserkraft mit einem maximalen Förderta-

rif von 62,50⁷ Euro/MWh hat der Marktpreis bereits den Fördertarif übertroffen – ein Weg, der sich im Übrigen selbst unter Einbeziehung der Kosten für Ausgleichsenergie und Administration auch bei der Stromerzeugung aus Windkraft abzeichnet. Anders stellt sich die Situation bei Anlagen dar, deren Betrieb durch den Einsatz von biogenen Rohstoffen (Biomasse fest, flüssig und gasförmig) erfolgt. Hier sind die Produktionskosten aufgrund der steigenden Preise auf den Rohstoffmärkten stark angestiegen⁶.

Bei Wasserkraft- und Windkraftanlagen ist noch ein erhebliches Ausbaupotential vorhanden, wobei jedoch nachbar- und umweltrechtliche Einwände die Genehmigungsverfahren in vielen Fällen langwierig und aufwändig gestalten. Anbei seien in einem kurzen Ab-



riss der relevante Rechtsrahmen für die verschiedenen Energieformen und auch Energieeffizienzmaßnahmen sowie die wichtigsten Neuerungen der jüngsten Zeit dargestellt.

Österreichische Rechtslage: Traditionelle Energieträger

Die Rechtsgrundlagen für die traditionellen Energieträger sind weit verstreut und betreffen bi- und multilaterale Verträge sowie umwelt-, ausübungs- und anlagenrechtliche Bestimmungen⁷. Begleitend verfügt der Rechtsbestand jedoch auch über regulatorische Normen, welche sich direkt auf den Markt sowie die Sicherung des Energiebedarfes auswirken können. Nur auszugswise seien diesbezüglich genannt:

Das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz 1982⁸ beinhaltet etwa Pflichtbevorratungen zur Absicherung in Notstandszeiten. Das Energielenkungsgesetz⁹ überträgt dem BMWA (bzw dem Hauptausschuss des Nationalra-

tes) zusätzlich im Falle von Störungen der Energieversorgung des Landes umfangreiche Lenkungsbefugnisse hinsichtlich der Allokation verknappter Energieressourcen.

Schließlich sei darauf verwiesen, dass das Preisgesetz 1992¹⁰ dem BMWA im Bereich von Erdöl und dessen Derivaten (nicht jedoch elektrische Energie und Erdgas) erhebliche Kompetenzen für die Kontrolle und Festlegung der Preisentwicklung einräumt, welche in der aktuellen Situation noch nicht vollumfänglich ausgenutzt wurden.

Österreichische Rechtslage: Erneuerbare Energieträger

Die Förderung von erneuerbaren Energiequellen stellt einen wichtigen Politikbereich im Rahmen der Europäischen Union und auch Österreichs dar. Unter anderem durch die Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt¹¹ wurde die Erlassung des

Ökostromgesetzes – des nationalen wichtigsten Instrumentes zur Förderung von erneuerbarer Energie und Erreichung des richtlinienkonformen Zielwertes für Österreich von 78,1 Prozent Erzeugung elektrischer Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger bis zum Jahr 2010 – initiiert¹².

Mit der noch im Juli 2008 beschlossenen „2. Ökostromgesetz-Novelle 2008“¹³, wurden nunmehr neuerlich Anpassungen des Fördersystems mit Rücksicht auf die gestiegenen Rohstoffpreise, umweltpolitische Zielsetzungen sowie soziale Aspekte getätigt. Diese sind auszugswise:

► Zielsetzung: Erzeugung von 15 Prozent der Abgabemenge elektrischer Energie aus öffentlichen Netzen durch Ökostromanlagen¹⁴;

► unterstützende Rohstoffzuschläge für bestehende Biogas- und flüssige Biomasseanlagen bis zu vier Cent sowie für neue derartige Anlagen Zuschläge von zwei Cent/kWh für Kraft-

Wärme-Kopplungsanlagen (kein Rohstoffaufschlag) und zwei Cent/kWh Technologiebonus für Gasnetzeinspeisung (Gasförderung!)¹⁵;

► Entlastung von der Zählpunkt-pauschale für Bezieher von Sozialhilfe bzw Ausgleichszulage sowie Personen, deren Nettoeinkommen den geltenden Ausgleichszulagensatz nicht übersteigt¹⁶;

► Verlängerungsmöglichkeit für rohstoffabhängige Anlagen nach Ablauf der Kontrahierungspflicht der Ökostromabwicklungsstelle auf bis zu 20 Jahre¹⁷;

► Verlängerung der Tariffauern für neue Anlagen auf 13 Jahre sowie 15 Jahre für rohstoffabhängige Anlagen¹⁸;

► Deckelung des zusätzlichen jährlichen Unterstützungsvolumens mit 21 Millionen Euro (exklusive Ablauge, kleine und mittlere Wasserkraft, KWK), was insgesamt zu einer zusätzlichen Ökostromförderung von 500 Millionen bis 2015 führen soll¹⁹;

► Investitionszuschuss für Anlagen auf Basis von Ablauge im Ausmaß von bis zu 30 Prozent des unmittelbar für die Errichtung der KWK-Anlage²⁰ erforderlichen Investitionsvolumens²¹;

► Umstellung der Förderung von Kleinwasserkraftwerken (KWKW) von Tarifförderung auf Investitionsförderung mit einem Gesamtbudget bis 2014 in Höhe von 75 Millionen Euro und wesentlichen Verfahrensvereinfachungen für Anlagen bis 500 kW;

► Änderungen bei Förderungen von Photovoltaikanlagen²²:
→ Zehn Prozent des zusätzlichen jährlichen Unterstützungsvolumens als absoluter Deckel (2,1 Mio Euro)
→ Entfall der Co-Finanzierung durch die Bundesländer;
→ bei Anlagen bis zu einer Engpassleistung bis fünf kWp erfolgt eine Investitionsförderung durch den Klima- und Energiefonds; somit ist keine Doppelförderung (Tarif- und Investitionsförderung möglich, es besteht aber die Option der Abnahme der eingespeisten Strommengen durch die Ökostromabwicklungsstelle.

► Ausgleichsregelung für „energieintensive Unternehmen“ mit dem Entfall der Verpflichtung

von Ökostrombezug unter bestimmten Voraussetzungen²³.

► Möglichkeit zum Umstieg vom verordneten Fördertarif auf den Marktpreis für einen Mindestzeitraum von 12 Monaten²⁴.

Für Alternativenergien interessant können begleitend auch die 2007 neu geschaffenen Förderinstrumente des Klima- und Energiefonds²⁵ sein, in deren Rahmen in den Programmlinien für

Die Förderung von erneuerbaren Energiequellen stellt einen wichtigen Politikbereich im Rahmen der Europäischen Union und auch Österreichs dar.

Forschung & Energie, Verkehr sowie Marktdurchdringung im Jahr 2007 insgesamt 43,5 Millionen Euro ausgeschüttet wurden²⁶. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang unter anderem die bereits abgeschlossene spezielle Förderaktion für Photovoltaikanlagen gemäß § 7 Abs 529 Klima- und Energiefondsgesetz²⁸ mit einem Fördervolumen von acht Millionen Euro²⁹.

Insgesamt steht im Bereich der erneuerbaren Energien somit eine Summe von Förderungen³⁰ zur Verfügung. Ob diese Maßnahmen ausreichen werden, um die österreichischen Zielsetzungen im Rahmen der RL 2001/77/EG zu erreichen, bleibt jedoch abzuwarten. Der erste „Rohstoffpreisschock“ für Alternativenergieerzeuger sollte durch die aktuellen Maßnahmen jedoch zumindest teilweise abgedeckt worden sein.

Energieeffizienz/ CO₂-Ausstoß

Die Europäische Union hat ausgehend von den Richtlinien (RL) 78/170/EWG sowie 82/885/EWG zahlreiche Rechtsakte³¹ und Maßnahmen im Hinblick auf die Steigerung der Energieeffizienz für den Bereich der Haushaltsgüter (zum Beispiel elektrische Geräte) sowie Gebäude und Industrie gesetzt, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Jüngst wurde dazu als weiterer Schritt die RL 2006/32/EG über Endenergieeffizienz und Ener-

giedienstleistungen erlassen. Die genannten RL wurden in Österreich überwiegend durch Verordnungen umgesetzt, welche Energieeffizienzparameter verbunden mit Auszeichnungsverpflichtungen („Labels“) enthalten³². Teilweise erfolgte zudem eine entsprechende Umsetzung im Bereich baurechtlicher Vorschriften der Länder.

Der Energiemarkt befindet sich durch die weltweit sprunghaft steigende Energienachfrage in einer „heißen“ Phase, welche die Endkunden durch stark steigende Energie- und Rohstoffpreise direkt belastet.

Einen Schritt weiter gehen europaweite Überlegungen zur Umsetzung eines Handelssystems mit „Weißen Zertifikaten“³³



MMag. Dr. Eduard Wallnöfer ist Rechtsanwaltsanwältin bei der AWZ Altenweis Watschinger Zimmermann Rechtsanwälte GmbH in Innsbruck (www.ra-awz.at)



MMag. Josef Holzer ist Mitarbeiter der Rechtsabteilung der CISMO Clearing Integrated Services and Market Operations Group



Foto: Buenos Dias

(„Energieeffizienz-Handel“). Ein derartiges System, das im Bereich der Treibhausgasemissionen bereits in Praxis angewandt wird, könnte hinkünftig in eine zusätzliche Variante zur Intensivierung von Energieeffizienzmaßnahmen darstellen.

Bei den angesprochenen Treibhausgasemissionen wurde ausgehend von der RL 2003/87/EG durch das Emissionszertifikatengesetz (EZG)³⁴ ein System für den Handel von Treibhausemissionszertifikaten implementiert, das über eine stetige Reduktion der zugeteilten CO₂-Ausstoßmengen im Rahmen der Zuteilungsverordnungen/-bescheide (basierend auf dem Nationalen Zuteilungsplan – NAP) die Erreichung der Österreichischen Kyoto-Ziele bezwecken soll³⁵. Bislang sind diesbezüglich zwar nicht sämtliche Ziel erreicht worden, jedoch verbleibt die berechnete Hoffnung, dass durch weitere Maßnahmen und die Verstärkung des Einsatzes internationaler JI/CDM-Programme³⁶ hinkünftig die erwünschten Erfolge eintreten.

Daneben besteht noch eine Vielzahl weiterer Initiativen und Rechtsakte, welche im vorliegenden Rahmen jedoch nicht im Detail dargestellt werden können und teilweise innerstaatlich noch nicht ausreichend umgesetzt wurden. Klar erscheint jedoch, dass weitere Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt werden müssen, welche sowohl Er-

zeuger als auch Endverbraucher (inkl. Bauherrn und –behörden) betreffen werden.

Zusammenfassung

Der Energiemarkt befindet sich durch die weltweit sprunghaft steigende Energienachfrage in einer „heißen“ Phase, welche die Endkunden durch stark steigende Energie- und Rohstoffpreise direkt belastet.

Zum Schutz der Entwicklung der energetischen Nutzung erneuerbarer Energieträger wurden im Rahmen der 2. Ökostromgesetz-Novelle 2008 bereits erste Maßnahmen gesetzt, während auf den Preisanstieg bei den traditionellen Energieträgern noch nicht ausreichend reagiert wurde. Teilweise wird zur Kenntnis zu nehmen sein, dass eine derartige Reaktion auf regulatorischem Weg auf Grund der internationalen Rechts- und Marktlage sowie Abhängigkeiten gar nicht möglich

sein wird.

Die vorliegende Situation indiziert jedoch einmal mehr, dass eine gezielte Förderung erneuerbarer Energieträger mittelfristig eine sinnvolle Alternative und Ergänzung für die kostengünstige, effiziente und umweltfreundliche Energieversorgung der österreichischen Bevölkerung darstellen muss. Wichtige Schritte im Bereich der Ökostromförderung, des Klima- und Energiefonds, der Reduktion von CO₂-Emissionen durch den Zertifikatemarkt und erste Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz wurden bereits gesetzt. Die Notwendigkeit des gezielten Ausbaues derartiger Systeme, von Erhaltung und Ausbau des Wettbewerbs auf dem gesamten Energiemarkt sowie das Andenken der Implementierung weiterer Maßnahmen erscheint jedoch – heute augenscheinlicher als jemals zuvor – jedenfalls angezeigt.

Literatur:

- 1 Vgl <http://www.tecson.de/poelhist.htm> (05.08.2008)
- 2 BGBl I Nr 2002/149 idF BGBl I Nr 44/2008.
- 3 §-Bezeichnungen ohne Gesetzesbestimmung beziehen sich auf das ÖSG.
- 4 Vgl http://www.e-control.at/portal/page/portal/ECONTROL_HOME/OKO/MARKTPREIS/ (05.08.2008).
- 5 Vgl BGBl II Nr 508/2002, BGBl II Nr 401/2006, BGBl II Nr 59/2008 die Zusammenstellung der Tarife: http://www.e-control.at/portal/page/portal/ECONTROL_HOME/OKO/EINSPEISETARIFE (05.08.2008).
- 6 Vgl Erläuterungen zu BGBl I Nr 44/2008 (GP XXIII AB 442).
- 7 Bspw für Gas: Gaswirtschaftsgesetz (GWG), BGBl I Nr 121/2000 idF BGBl I Nr 106/2008.
- 8 BGBl Nr 266/1984 idF BGBl I Nr 53/2008.
- 9 BGBl Nr 267/1984 idF BGBl I Nr 2/2008.
- 10 BGBl Nr 145/1992 idF BGBl I Nr 2/2008.
- 11 RL 2001/77/EG.
- 12 Diese Zielerreichung bleibt bislang zweifelhaft.
- 13 Diese tritt jedoch erst nach erfolgter Genehmigung oder Nichtuntersagung durch die EU-Kommission in Kraft.
- 14 Siehe dazu im Detail: § 4.
- 15 Vgl §§ 11 und 11a Abs 6 bis 8.
- 16 „Sozialer Ausgleich“; ca EUR 6 Mio/Jahr für ca 400.000 Haushalte; § 22 Abs 3 ÖSG.
- 17 Vgl § 11b.
- 18 Vgl § 11 Abs 2a; abgestellt wird bei der „Tarif-Reservierung“ nunmehr auf den Zeitpunkt der Antragstellung.
- 19 Vgl § 21a.
- 20 Vgl dazu auch RL 2004/8/EG.
- 21 Vgl § 12.
- 22 Vgl § 10 Abs 4.
- 23 Bspw wenn die Ökostromaufwendungen im Kalenderjahr 0,5% des Nettoproduktionswertes erreicht haben, ua.; vgl im Detail: § 22c.
- 24 Vgl § 10 Abs 5.
- 25 Vgl <http://www.klimafonds.gv.at>.
- 26 <http://www.klimafonds.gv.at/home/foerderungen/foerderentscheidungen-2007.html>.
- 27 Es handelte sich somit nicht um eine Investitionsförderung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft getretenen Ökostrom-Novelle.
- 28 BGBl I Nr 40/2007.
- 29 <http://www.klimafonds.gv.at/home/foerderungen/photovoltaik.html>.
- 30 Teilweise bestehen noch zusätzliche Landesförderungen.
- 31 Etwa RL 92/42/EWG („Heißwasserboiler“), 92/75/EWG („Labelling“), 94/2/EWG („Labelling Kühlschränke“), uvam bis hin zur RL 2005/32/EG („Öko-Design energiegetriebener Produkte“).
- 32 Bspw zuletzt: BGBl II Nr 421/2004, BGBl II Nr 426/2004, uvam.
- 33 Vgl Erfahrungen dazu etwa in GB, FRA, DEN, NED oder ITA; EuroWhiteCert – Project, White Certificates: Concepts and Market Experience, unter <http://www.eurowhitecert.org>.
- 34 BGBl I Nr 46/2004 idF BGBl I Nr 171/2006.
- 35 http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Wirtschaftspolitik/taskForceKyoto/02_task_force_kyoto.htm (01.08.2008).
- 36 Vgl dazu informativ: <http://www.ji-cdm.at> (01.08.2008).

Rescon® – der neue Beton von SW Umwelttechnik

Dieser Beton nimmt jede beliebige Oberfläche an

Rescon® ist das neu entwickelte Material der Firma SW Umwelttechnik. Die Grundlage für die Produktion von Betonfertigteilen aus ultrahochfestem Beton stellt das Rezept dar. Entwickelt wurde das Material in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel und der TU Graz. Im Zuge des Entwicklungsprozesses wurde auf folgende wesentliche Eigenschaften Bedacht genommen:

Hohe Festigkeit: Mit dem neuen Material werden Druckfestigkeiten von bis zu 200 N/mm² erreicht. Die Biegezug- und Zugfestigkeiten erreichen ein Drei- bis Vierfaches gegenüber herkömmlichem Beton.

Hohe Resistenz gegen Chloridangriff und Wassereindringung: Das Material



Rescon® Beton (oben) findet derzeit vor allem im Brückenbau Verwendung, eignet sich aber auch hervorragend für innovative Möbelstücke (unten).

wird bei Bauobjekten in hoch belasteten Umweltbereichen (z.B. Brücken- und Straßenbau) eingesetzt. Das Material zeichnet sich auch durch das Annehmen jeder beliebigen Oberfläche aus. Damit können im ästhetischen Bereich architektonisch anspruchsvolle, komplexe Oberflächen realisiert werden.

Das Material findet vorerst im Brückenbau Anwendung. Dort werden leichte Fertigteilbrücken aus einem Stück produziert. Der Vorteil besteht darin, dass die Brücken somit sehr schnell vor Ort versetzt werden können. Durch seine enorme Fließfähigkeit nimmt das Material unterschiedliche Formen an. Mit dem hauseigenen neuen Material wurden bereits erste Mö-

belstücke aus Beton produziert. Ebenso findet das Material durch seinen hohen Widerstand gegen mechanische Einflüsse Anwendung im Industriebereich und stellt hier eine wirtschaftliche Alternative zu herkömmlichen Materialien (Stahl, Keramik, Granit, usw.) dar.

Information

SW Umwelttechnik
Österreich GmbH
Bahnstraße 87-93
A 9021 Klagenfurt
Tel: 0463 / 32 109 - 0
Fax: 0463 / 37 667
E-Mail: office@sw-umwelttechnik.at
Web: www.sw-umwelttechnik.at

E.F.

Messgeschneidert



Einstecken, los messen. So einfach ist die Flüssigkeitsanalyse mit dem neuen Mess-System 8285 von Bürkert. Denn die Hard- und Software ist so modular angelegt, dass das Transmitter-Gehäuse verschiedenste Sensoreingangsteckkarten aufnehmen, automatisch erkennen und die Messung nach Anschließen und Kalibrieren der Sensoren sofort starten kann. Egal, ob pH-Wert oder Leitfähigkeit. Und das mit KI-Recorder, Sensor-Netzdiagramm und Service-Scope® sicher und bedienungsfreundlich wie nie. Mehr davon? Rufen Sie uns an: + 43 (1) 89 41 333.

Mobile Energieversorgung: Strom auch dort, wo gar keiner ist

TOPLAK startet POWERLOCK Vertrieb in Österreich

TOPLAK, der Spezialist für mobile Stromversorgung, vertreibt ab sofort das europaweit führende Steckersystem POWERLOCK in Österreich. Größter Vorteil für die Kunden: TOPLAK lagert die begehrten Stecker vor Ort, sodass eine rasche, zuverlässige Lieferung garantiert ist.



„Aggregate und Verteiler einfach anstecken, ungefährlich und ohne Werkzeug: Dafür steht POWERLOCK und das schätzen sowohl unsere Industriekunden, als auch Veranstaltungsmanager, die mobile Stromversorgung brauchen“, so Mag. Michael Rajtora, Geschäftsführer von TOPLAK. „Schon bisher haben wir POWERLOCK aufgrund seiner herausragenden Qualitäten bei der Umsetzung von mobilen Stromlösungen für unsere Kunden eingesetzt. Es freut uns daher besonders, dass wir nun Österreich-Partner sind.“

Mobile Stromversorgung rettet Unternehmenswerte

Die POWERLOCK Steckverbindungen – ursprünglich für extreme Bedingungen, etwa bei Freiluftkonzerten oder großen Sport-Events entwickelt – eignen sich natürlich auch ideal für Industrieanwendungen. „Ein Stromausfall in heiklen Bereichen wie etwa in Kühlagern

oder in Spitälern kann katastrophale Auswirkungen haben“, so Rajtora. „Genau in solchen Fällen ist es ideal, vorbeugend auf mobile Stromversorgung zu setzen.“

Robustes Design für höchste Sicherheit

POWERLOCK-Stecker sind so einfach und verwechslungssicher gestaltet, dass kein Elektriker

POWERLOCK bietet höchste Sicherheit und Zuverlässigkeit.

ker-Fachwissen nötig ist, um sie richtig einzukuppeln. Verschiedene Farbkodierungen für jeden Leiter verhindern falsches Montieren. Eine zusätzliche mechanische Verriegelung macht es „Spaßvögeln“ unmöglich, die Stecker unbefugt heraus zu ziehen.

www.toplak.com

POWERLOCK auf einen Blick

- ▶ für Kabelquerschnitte bis zu 300 mm²
- ▶ Schraub-/Crimp- und M12 Gewindebolzen Kontakte
- ▶ Anwendungen bis zu 660 Ampere
- ▶ Betriebsspannung bis 1000 Volt Wechselstrom
- ▶ wasserdicht
- ▶ berührungssichere Kontakte
- ▶ temperaturbeständige, hochfeste Isolatoren

Information

Toplak Gesellschaft m.b.H.
Paul Reumann
7. Haidequerstrasse 6,
1110 Wien
Tel. 01-76 75 3 74
reumann@toplak.com
www.toplak.com

Die Gemeinde Puchenau heizt seit 2007 umweltfreundlich mit Biowärme der LINZ GAS/WÄRME GmbH und substituiert damit rund 1400 Tonnen CO₂ pro Jahr.



Naturwärme – Energie, die vor der Haustür in den Himmel wächst

Wärme aus Wald und Feld

Fossile Energieträger sicherten unsere Energieversorgung in den letzten Jahrzehnten. Doch die Vorräte sind begrenzt. Die zunehmende Umweltbelastung fordert eine klimafreundliche, nachhaltige Energiebereitstellung. Die Alternative dazu ist Energie, die vor unserer Haustür wächst: Holz. Wärme aus Wald und Feld hat als regionale Energie Zukunft.

Der höchst attraktive Rohstoff Holz kann als gespeicherte Solarenergie betrachtet werden: Ein Baum wächst durch das Sonnenlicht und nimmt dabei CO₂ aus der Atmosphäre auf. Eine Fichte mit einer Holzmasse von einem Festmeter speichert im Laufe ihres Lebens mindestens 200 Kilogramm Kohlenstoff und entnimmt der Atmosphäre dazu rund 750 Kilogramm CO₂. Bei der Verbrennung geben Bäume auch nur diese Menge an CO₂ ab, sind also insgesamt CO₂-neutral.

Saubere Rohstoffe

Die innovativen Naturwärme-Heizanlagen der LINZ GAS/WÄRME GmbH setzen neue Maßstäbe bei der Wärmeversorgung. Gemeinden, die auf umweltfreundliche Fernwärme

Mit dem neuen Naturwärme-Konzept leistet die LINZ AG gemeinsam mit ihren Partnergemeinden einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen.

Josef Heizinger
Vorstandsdirektor der LINZ AG



umstellen, bringen Österreich den Klimaschutzziele näher und setzen ein Zeichen für innovativen Fortschritt, denn überwiegend dienen Hackschnitzel als Energiequelle. Ausgereifte Technologien minimieren die Schadstoffe. Die Folge: Weniger Hausbrand und bessere

Fact-Box



Natur-Fernwärme für Städte und Gemeinden

- ▶ zentrale Wärmeerzeugung
- ▶ Verteilung der Wärme über ein Fernwärmenetz
- ▶ Übergabe der Wärme in den Objekten mittels Wärmezähleinheit

Natur-Nahwärme für Wohnungsgenossenschaften, Bauräger, Gewerbe und Kommunen

- ▶ Wärmeerzeugung direkt im Objekt oder in unmittelbarer Nähe dazu
- ▶ Übergabe der Wärme in den einzelnen Wohneinheiten mittels Wärmezähleinheit
- ▶ Verteilung direkt im Objekt oder mittels Mikro-Nahwärmenetz

Luftwerte, vor allem in Ballungsgebieten. Darüber hinaus stärkt die Wärmeerzeugung mit Biomasse der regionalen Wirtschaft und Landwirtschaft den Rücken.

Saubere Produkte

Wohlige Wärme frei Haus heißt die Devise. Mengenunabhängig liefert Naturwärme dem umweltbewussten Konsumenten gleichzeitig wohltuende Temperaturen und heißes Wasser direkt ins Haus. Wissen am neuesten Stand der Technik und tausende zufriedene Kunden machen die LINZ GAS/WÄRME GmbH zu einem verlässlichen Partner. Naturwärme rentiert sich, die Vorteile sprechen für sich:

- ▶ geringe Emissionen
- ▶ komfortabel und preiswert
- ▶ CO₂-neutral, nachwachsend
- ▶ regional verfügbar, krisensicher
- ▶ kurze Transportwege
- ▶ stärkt die regionale Wirtschaft

Die LINZ GAS/WÄRME GmbH bietet ihren Kunden ein umfangreiches Leistungsportfolio rund um das Thema Wärme sowohl bei Neubau und Sanierung als auch bei Betriebsführung bestehender Anlagen.

Information

LINZ GAS/WÄRME GmbH
Tel.: 0732/3400 6470
naturwaerme@linzag.at
www.linzag.at



Gut besucht, die Multicar-Tour in Ansfelden, Graz und St. Pölten.

Fahrzeugpräsentationen bei der Multicar-Tour 2008

Stangl Kommunaltechnik zeigt Vielfalt

Rund 6.000 gefahrene Kilometer mit 15 Stationen in 7 Ländern, das sind die Eckdaten der Multicar-Tour 2008, die Anfang Juni gestartet ist, das Multicar-Team durch Süd-Ost-Europa geführt hat und am 25. Juni in St. Pölten wieder angekommen ist. Das Team der Stangl Kommunaltechnik – der Österreich-Partner von Multicar – hat auf den Fahrzeugpräsentationen in Ansfelden, Graz und St. Pölten die vielfältigen Möglichkeiten und seine Kompetenz in der Kommunaltechnik präsentiert. Vorgeführt wurden verschiedene Fahrzeuge zum Kehren von Straßen und Wegen, Mähtechnik, Laubaufnahme-Maschinen sowie Multicar zum Gießen von Pflanz-

zen. Ein Besucher-Magnet waren auch die Fahrzeuge zum Straßenwaschen sowie die 20 Meter Hubarbeitsbühne auf dem Multicar. Trotz schlechtem Wetter war die Veranstaltung gut besucht. „Die Multicar-Tour wird unserem weiteren Wachstum einen kräftigen Schub bringen“, so Roland Huber, Leiter der Stangl Kommunaltechnik.

Information

Stangl Reinigungstechnik GmbH
Tel.: 06215/89000
office@stanglreinigung.at
www.kommunalmaschinen.at

E.E.

Dachintegrierte Photovoltaik-Anlagen

Das Ortsbild bleibt erhalten

Ein immer größer werdender Teil unserer Energieproduktion wird durch Strom aus der Sonne sichergestellt: Durch Photovoltaik-Anlagen. Ein Vorteil dieser umweltfreundlichen Technologie ist die Möglichkeit der dezentralen Produktion, das heißt, Strom wird direkt in der Gemeinde erzeugt. Und das ohne Lärm, Gestank oder sonstige Umweltbelastung. Die Integri-

on in das Ortsbild ist eine wichtige Aufgabe jeder Gemeinde. Der am besten geeignete Platz für Photovoltaik ist das Dach. Die perfekte Dachintegration wird mit Solardachsteinen realisiert: Die kleinen PV-Module sehen wie normale Dachsteine aus – diese Lösung ist unauffällig und sogar denkmalschutzfähig. Zusätzlich ist das lokale Gewerbe eingebunden. Nicht nur der Kunde, auch die Gemeinde gewinnt bei dieser schönen Lösung durch den Erhalt des Ortsbildes.

Information

SED ProduktionsGmbH
Gorskistrasse 16
1230 Wien
Tel.: 01/616 03 03-0
sed@vienna.at
www.solardachstein.at
www.sed.at

E.E.



Die Photovoltaik-Anlagen passen formschön aufs Dach.



Einladung
zur GO ELAK
Landeskongress

Freitag 12.09.2008
9.00 - 13.00 Uhr
NÖ Landtagssaal

GO ELAK & i-DMS
GovernmentOffice

GO ELAK halbiert Kosten
Bürgerkarte III - einfach/neu!
Go ELAK - Livebetrieb u.v.m.
Anton Deimel ELAK-Verbund
und Christian Schieb UNISYS

**Impulsreferate &
Podiumsdiskussion**

NÖ LR RU2
Marianne Vitovec
Stadt Gföhl
Anton Deimel
Donau Uni
Peter Parycek
Bundeskantleramt
Roland Ledinger
Bundesrechenzentrum
Günther Lauer u.a.

**Einladung für
Bürgermeister und Amtsdirektoren
Anmeldung erforderlich!**

www.go-elak.at

ELAK-GOVERNMENT-VERBUND
A-3542 Gföhl, Hauptplatz 3
office@elak-government-verbund.at



Der elektronische Akt für Städte und Gemeinden

Mit der Bio-Ortswärme in eine umweltfreundliche Zukunft

Tiroler Gemeinde Grän setzt auf Biomasse

Klimaerwärmung, Wetterkapriolen und nicht zuletzt die Unsicherheit auf den globalen Rohstoffmärkten verlangen nicht nur ein Umdenken in der Energiepolitik, sondern auch clevere Lösungen auf kommunaler Ebene. Die Tiroler Gemeinde Grän hat vorausschauend genau in diesem Sinne gehandelt: Seit Herbst 2007 werden Gemeindegebäude, Hotels, Gewerbebetriebe und private Haushalte mit Biowärme für Heizung und Warmwasser versorgt. Das neue Heizkraftwerk wird im Jahr mit etwa 12.000 Schüttraummetern nachwachsender Tiroler Biomasse aus Holz gespeist. In Zukunft werden dadurch etwa 2000 Tonnen an CO₂ und rund 1,25 Millionen Liter Heizöl im Jahr



Mit dem Biomasse-Heizwerk Grän werden 2000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart, wie Christian Lacher, Raiffeisen-Leasing Experte bei Betreiber- und Ökoenergieprojekten, erläutert.

eingespart. Partner der Gemeinde Grän bei diesem nachhaltigen Energieversorgungsprojekt ist die Wien Energie-Tochter Energiecomfort Energie- und Gebäudemanagement GmbH, Komplettanbieter von Energie- und Facilitymanagement-Dienstleistungen. Das Unternehmen hat sich bereits einen Ruf als

Experte für Ortswärme aus erneuerbarer Energie erworben und betreibt mehrere Projekte in Österreich. Die Finanzierung der Investitionen wurde durch Raiffeisen-Leasing übernommen. Bereits seit längerem setzt sich Raiffeisen-Leasing mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinander. Speziell für Kommunen werden da-

her auch Lösungen im Bereich von Einsparcontracting, öffentlicher Beleuchtung und energieeffizientem Bauen und Sanieren angeboten. Die Partnerschaft der Ortswärme Grän ist ein Paradebeispiel für eine effiziente und umweltschonende Energieversorgung.

Information

Energiecomfort Energie- & Gebäudemanagement GmbH
Ing. Alexander Bauer
Tel.: 01/313 17-0
www.energiecomfort.at
Raiffeisen-Leasing GmbH
Dipl. BW Christian Lacher
Tel.: 01/716 01-8036
www.raiffeisen-leasing.at

E.E.

Fixer Service – fixe Preise

Engineered for life

Überall im Bundesgebiet bietet ITT Flygt einen professionellen Service: für die gesamte Flygt-Technik, zu fest kalkulierten Preisen, auch direkt vor Ort. Mit über 30 Jahren Erfahrung sind wir Ihr kompetenter Partner.

ITT Flygt Ges.m.b.H.
Prager Straße 6
A-2000 Stockerau

Tel. 02266 / 6 26 01 · www.flygt.at



ITT



Endgeräteschutz im neuen Design

Neue Schutzadapter

Die neuen Schutz-Adapter der DEHNpro-Familie sind konzipiert für den Überspannungs-Schutz von Endgeräten, sowohl im privaten als auch im gewerblichen Umfeld. Sie überzeugen nicht nur durch ihre inneren Werte, sondern auch optisch, und müssen daher nicht mehr hinter Schränken versteckt werden. Die Schutz-Adapter der DEHNpro-Familie realisieren den Überspannungsschutz von elektronischen Verbrauchern in Endstromkreisen. Mit einer Nennstromtragfähigkeit von 16 A sind die Geräte DEHNpro 230- und 230 F-Protector flexibel in Endstromkreisen einsetzbar. Standardmäßig integrierte grüne und rote Leuchtanzeigen signalisieren den Betriebszustand der



Überspannungs-Schutzgeräte. Eine Kindersicherung verhindert darüber hinaus das unbeabsichtigte Berühren der Kontakte.

Information

DEHN AUSTRIA
Volkersdorf 8,
4470 Enns
Tel.: 07223/80356
Fax 07223/80373
E-Mail: info@dehn.at
Internet: www.dehn.at

E.E.

Eine sichere Alternative zum Heißasphalt Schlankes Budget – Dünnere Asphalt

Die von BITUBAU entwickelten „MICROBIT“-Dünnschichtbeläge stellen eine innovative und wirtschaftlich interessante Alternative zu Heißasphaltdecken dar und erfreuen sich österreichweit immer größerer Beliebtheit bei den kommunalen Auftraggebern.

kann MICROBIT durch seine hochwertigen Bestandteile eine Verlängerung der Gebrauchsdauer der Straße von etwa acht bis zehn Jahren erreichen. Der Einbau von MICROBIT Dünnschichtbelägen erfolgt unter Verkehr (maximal notwendige Sperrdauer der Straße: Eine Stunde) und



MICROBIT Dünnschichtbeläge sind auch im Gemeindestraßenbereich einsetzbar.

Eine seit Jahren bewährte Bauweise der Asphaltanierung, der Einbau von Dünnschichtdecken im Kaltverfahren, wurde bisher vorwiegend auf hochrangigen Straßen (Autobahnen, Landesstraßen B) durchgeführt. Das steirische Unternehmen BITUBAU hat das Verfahren modifiziert und nun, insbesondere durch die kompakte Gerätschaft, den Einsatz auch für den Gemeindestraßenbereich möglich gemacht.

Diese kostengünstige Alternative zum Heißasphalt zeichnet sich durch eine enorme Standfestigkeit gegenüber Spurrinnenbildung und einer einzigartigen Verbesserung der Griffbarkeit von Asphaltflächen aus. Bei ausgemagerten und zum Kornausbruch neigenden Asphaltbelägen

es bedarf keiner Niveauangleichung bei vorhandenen Einbauten wie beispielsweise Schächte, Kanaldeckel oder Wasserschieber. MICROBIT ist seit zirka drei Jahren beim österreichischen Patentamt registriert. Ebenfalls wurde für die eingesetzte Bitumenemulsion vom Fachverband der chemischen Industrie das Güteschutzzertifikat verliehen.

Information

Bitubau GmbH
Großsulzer Straße 15
8142 Wundschuh
Tel.: 03135/54330
Fax: 03135/54 330-13
office@bitubau.com
www.bitubau.com

50 Jahre wiener stadthalle präsentiert



JOSEPH and the
Amazing Technicolor®
Dreamcoat
1. - 19. oktober '08
halle F



Bank Austria -
TennisTrophy
4. - 12. oktober '08
wiener stadthalle



jubiläumfest der
VOLKSMUSIK
SUPERSTARS
25. oktober '08
halle D



DIE KONFERENZ
DER TIERE
15. - 16. november '08
halle F



HOLIDAY ON ICE
„elements“
7. - 25. jänner '09
halle D

wiener stadthalle
TICKET SERVICE
Karten an den Kassen
der Wiener Stadthalle
+43 1 79 999 79
www.stadthalle.com

wiener stadthalle
TICKET PARTNER
WIEN-TICKET.AT
☎ 58885
ticket online.at
☎ 01-88088
geticket.com
TICKETCORNER
01 205 15 65

unsere partner für das jubiläumsjahr 2008
wien holding
WIEN ENERGIE
UPC
Stadt Wien
WIENER STÄDTISCHE

Im Leasing steckt mehr für Gemeinden drin

Gerasdorf bei Wien setzt auf Fuhrpark-Leasing

Leasing bietet nicht nur Unternehmen, sondern auch Kommunen finanziellen Spielraum und entlastet die Budgets. Die Stadtgemeinde Gerasdorf bei Wien least zwei Kastenwagen, zwei Dreiseiten-Kipper und einen Pritschenwagen. Gesamtinvestitionsvolumen: Rund 100.000 Euro.

Um die Aufstockung des Gemeinde-Fuhrparks zu finanzieren, hat sich Mag. Alexander Vojta, Bürgermeister der Stadtgemeinde Gerasdorf, für Leasing entschieden: „Für unsere Stadtgemeinde steckt im Leasing mehr drin, weil Leasing eine flexible und maßgeschneiderte Finanzierungsform ist.“ Die Stadtgemeinde



Die Gemeinde Gerasdorf profitiert von der Leasing-Variante.

Gerasdorf erledigt Teile der Straßenreinigung und des Winterdienstes, sowie die gesamte Kanalbetreuung und die kommunalen Transportleistungen selbst. Für die kleine Flotte von fünf Nutzfahrzeugen zum Anschaffungspreis von rund 100.000 Euro wurde eine Ausschreibung durchgeführt. Michael Schmied, Geschäftsführer der BAWAG P.S.K.

Fuhrparkleasing: „Unser Preis-Leistungs-Angebot hat die Stadtgemeinde Gerasdorf überzeugt.“

Perfekte Zusammenarbeit

Durch Leasing bleibt mehr Geld in der Gemeinde-Kassa. Gerade aufgrund der

monatlichen und individuell festgelegten Leasing-Raten kann Gerasdorf andere laufende Ausgaben bestreiten.

Bürgermeister Vojta ist zufrieden: „Die Abwicklung des Leasing-Geschäftes durch die BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing hat bestens funktioniert. Wir haben von der flexiblen, kompetenten und schnellen Beratung profitiert.“

Information

BAWAG P.S.K.
Fuhrparkleasing
Tel.: 01-369 20 20-0
E-Mail: michael.schmied@leasing.at

E.E.

Energie ist unsere Stärke

Gasmotoren, Dampfschraubenmotoren und Blockheizkraftwerke
Schwefel- und Siliziumentfernung aus Bio-, Klär- und Deponiegas



Foto 1: Container-Biogas-BHKW
Foto 2: Dampfschrauben-BHKW Hartberg
Foto 3: Klärgas-BHKW



> Beratung > Vertrieb > Service

Knopf und Wallisch
Getriebe und Motoren Vertriebs-GesmbH
A-1230 Wien, Forchheimergasse 32
| +43 | 869 430 1-0
| +43 | 869 430 1-41
office@kwds.at www.kwds.at

BOS Digitalfunk Austria: Modernster Behördenfunknetz-Standard Europas

Feuertaufe bravourös bestanden

Der Funkstandard TETRA ist der leistungsstärkste digitale Behördenfunknetz-Standard Europas. Unsere Einsatzkräfte erhalten damit eine Reihe neuer Vorteile und Möglichkeiten, die lebensrettend sein können.



Die ersten Feuertaufen hat der Digitalfunk BOS-Austria gut bestanden: etwa während der Fußball Europameisterschaft 2008

Seit September 2004 setzt die TETRON Sicherheitsnetz Errichtungs- und BetriebsgmbH das Infrastrukturprojekt „Digitalfunk BOS-Austria“ Schritt für Schritt um. Das BM.I beabsichtigt gemeinsam mit den Ländern in den weiteren Jahren die gesamte Funkkommunikation in Österreich auf eine bundesweit überdeckende, digitale Bündelfunktechnik umzustellen. Einen wichtigen Entwicklungsschritt stellte dabei die jüngste Funkversorgung aller vier Austragungsorte für die EURO 08 und der Großeinsatz des Systems während der gesamten Europameisterschaft dar. Der aktuelle Ausbaustand: Wien und Tirol sind seit Anfang 2006 in Vollbetrieb. In Niederösterreich befinden sich erste Bezirke

rund um die Bundeshauptstadt Wien in Betrieb, die weiteren Bezirke folgen im Laufe des Jahres 2008. Die Steiermark ist derzeit in Planung.

EURO-Härtetest: Acht Millionen Funksprüche

Alleine während der Fußball Europameisterschaft wurden über das Tetra-System acht Millionen Funksprüche von Österreichs Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste) abgesetzt. Von über 22.000 Endgeräten, die während der EURO am System angemeldet waren. „Wir haben den Euro-Härtetest mit Bravour bestanden“, freut sich DI Albert Schauer, Geschäftsführer der Tetron Sicherheitsnetz Errichtungs- und BetriebsgmbH über den erfolgreichen Einsatz. Auch die deutschen Polizeikollegen beobachteten mit höchstem Interesse den Einsatz der neuen Kommunikationstechnik und zeigten sich beeindruckt.

Denn es waren während der EURO in Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck auch je 250 deutsche Polizisten im Einsatz, um die Österreichische Polizei während den Spielen bei ihren Aufgaben zu unterstützen. „Da wir in Deutschland noch das analoge Funksystem verwenden, waren wir auf den Digitalfunk sehr gespannt und neugierig. Die Sprachqualität ist sehr gut, auch die Inhouse Versorgung funktioniert tadellos“, schwärmt Herbert Witzgall, Polizeidirektor von München, der unsere Polizei in Salzburg unterstützte.

Digitale Funk-Vorteile retten Leben

Die neuen Vorteile des digitalen Systems gegenüber dem herkömmlichen Analogfunk können Leben retten. Die Stärken zeigen sich vor allem in Katastrophenfällen und Großeinsätzen.

Die neuen Vorteile

- ▶ Mit dem Digitalfunk BOS-Austria steht erstmals ein einheitliches digitales Funknetz für Sprache und Daten allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Polizei, Rettung Feuerwehr) zur Verfügung.
- ▶ In Einsätzen können unterschiedliche Sprechgruppen schnell und abhörsicher eingesetzt und freigeschaltet werden.
- ▶ Unterschiedliche Einsatzorganisationen können erstmals direkt miteinander kommunizieren.
- ▶ Das System ist ausfall- und überlastungssicher. Es wurde speziell für Katastropheneinsätze konzipiert.
- ▶ Neben schnellen Datenübertragungen sind auch Gruppenrufe, Einzelrufe sowie die Kommunikation in alle Telefonnetze möglich.

Information

Tetron Sicherheitsnetz Errichtungs- und BetriebsgmbH
Tel: 01/815 14 13-0
E-Mail: office@tetron.at
Web: www.tetron.at

Gemeindeamt 2015 – Das Gemeindedienstleistungszentrum der Zukunft

Public Management und Public Governance lösen Amtsschimmel ab

Grundsätzlich ist es wichtig, dass die Entwicklungen, die sich in den Gemeindeämtern jetzt abzeichnen, erkannt und die richtigen Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden. Daher ist es auch notwendig sich darüber Gedanken zu machen, wie sich Gemeindegearbeit mittel- bis langfristig darstellt. Einer der ersten Schritte hin zum „Gemeindeamt 2015“ stellt der Ausbau der Bürgerservicestellen dar.

Christoph Stockinger, MBA

Die Vision ist, dass das Gemeindeamt im Jahr 2015 ein sehr stark in der Gemeinde verwurzeltes Kompetenzzentrum für alle Einwohner darstellt. Die ersten Schritte dazu sind die Einrichtung von Bürgerservicestellen. Für Klein- und Mittelgemeinden im Jahr 2015 werden wir eine noch stärkere Auftrennung als bisher in drei Bereiche erkennen:

- ▶ Gemeindedienstleistungszentrum
- ▶ Fachabteilungen
- ▶ Projektabwicklung

Für das Gemeindeamt im Jahr 2015 heißt das, dass eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden muss, an der bis zu 80 Prozent der laufenden Kontakte mit den Gemeindebürgern abgewickelt werden können. Diese Entwicklung trägt auch zur Akzeptanz und zum Weiterbestand der Gemeindeämter bei, da diese Kompetenz für jeden als Vorteil erachtet werden soll. Vor allem für jene, die sich mit Anträgen und Beihilfen nicht so leicht tun, ist eine Beratung äußerst wichtig.

Der persönliche Kontakt mit der Bevölkerung soll bewusst forciert werden um die „Institution Ge-

meindeamt“ als wichtigen Bestandteil in einer Gemeinde zu halten.

Stärkung der Gemeindeautonomie

Die Entscheidungen und Arbeiten der Gemeindeämter müssen langfristig darauf ausgelegt sein, sodass die Gemeindeautonomie

Die Umstellung auf und die Arbeit mit dem Elektronischen Akt wird für die Gemeindeämter in den nächsten Jahren eine zentrale Rolle spielen.

gestärkt wird. Gemeindekooperationen über die Gemeindegrenzen sind zum Teil sinnvoll und notwendig, aber meiner Meinung nach sollten sie nur dort eingesetzt werden wo, die Gemeindeautonomie nicht darunter leidet.

Für das Gemeindeamt im Jahr 2015 gilt es aber auch, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Zusammenarbeit fördert. Gerade in der Verwaltung liegen Potentiale in der Zusammenarbeit, die Kosten senken können, Know-how der Mitarbeiter für mehrere Gemeinden zugänglich macht und



Christoph Stockinger, MBA, MPA, ist Amtsleiter der Gemeinde Gampern in Oberösterreich

die Arbeit am Gemeindeamt vereinfacht. („INTRANET“ ausbauen)

Optimierung der Entscheidungsträger

2015 könnte sich die politische Tätigkeit in den Kommunen wie folgt gestalten:

- ▶ Abschaffung von Fraktionen auf Gemeindeebene; Die Wahl erfolgt ausschließlich personenbezogen
- ▶ Hauptberuflicher Bürgermeister auch in kleinen Gemeinden;
- ▶ Fünf bezahlte Funktionäre mit 20 Prozent des Bürgermeistergehaltes, welche für verschiedene Bereiche zuständig sind, die Ausschüsse führen und gleichzeitig den Gemeindevorstand bilden.
- ▶ Aufwertung des Gemeindevorstandes
- ▶ 15 unabhängige Gemeinderäte, die die wichtigsten Themen wie Voranschlag, Rechnungsabschluss, etc. behandeln.

ELAK – der elektronische Akt und E-Government

Das Ziel muss sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sämtliche Verfahren der öffentlichen Verwaltung einfach und rasch, ohne besondere Kenntnisse von Zuständigkeiten und ohne technisches Spezialwissen elektronisch ausführen können.

Die Umstellung auf den und die Arbeit mit dem Elektronischen Akt wird für die Gemeindeämter in den nächsten Jahren eine zentrale Rolle spielen. Vor allem für kleinere Gemeinden stellt diese Umstellung von den ge-

systemen nunmehr wechseln muss. Vor allem die Gedankensprünge von der Kameralistik hin zur Doppik wird für manch langjährigen Gemeindebediensteten eine große Herausforderung darstellen.

Gemeinden werden sich auch am freien Markt behaupten müssen. Insbesondere im Projektmanagement wird die öffentliche Verwaltung sich mit der Wirtschaft messen.

Ausbildung und Denkweise in diese Richtung müssen jetzt schon starten, damit ein derartig großer Reformprozess über die Bühne gehen kann. Die Verbindung zum Land und zum Bund setzt jedoch voraus, dass die Umstellung im gesamten öffentlichen Bereich vor sich geht.

Projektmanagement

Gemeinden werden sich auch am freien Markt behaupten müssen. Insbesondere im Projektmanagement wird die öffentliche Verwaltung sich mit der Wirtschaft messen. Aufgabe und Nutzen des Projektmanagements ist es auch, diese Abläufe in einer „einheitlichen Sprache“ zu definieren. Es muss einen klaren Projektauftrag, bzw. eine klare Aufgabenteilung geben, wo jedoch auch übergreifendes Denken und Handeln erlaubt bzw. gefordert sind. Eine klar strukturierte Planung und konsequente termin-, kosten- und ressourcengerechte Abwicklung ermöglichen frühzeitiges Reagieren auf Änderungen. Eine verbesserte Kommunikation innerhalb des Unternehmens in Form von Teambesprechungen ist Voraussetzung dafür.

Public Management

Die Ausbildung der Mitarbeiter wird sich einerseits auf Fachkompetenz und andererseits auf die neuen Herausforderungen des Berufsalltags konzentrieren. Moderne Führungsmethoden müssen nicht nur gelebt, sondern auch mitgetragen werden. Wichtige Punkte sind vor allem die Schaffung von Verantwortungsbereichen (inkl. der not-



Eine gute Motivation der Mitarbeiter, in der Form, dass sie sich mit ihrer Arbeit im gesamten auseinandersetzen, ist die Voraussetzung für das Funktionieren des Public Managements. Basierend darauf wird es auch notwendig sein, die geleistete gute Arbeit in der Gemeinde zu „verkaufen“ und in Form von Aussendungen auf Leistungen des Gemeindeamtes hinzuweisen.

wohnten Strukturen eine große Herausforderung dar. Gemäß den Vorgaben des Bundeskanzleramtes und dem ELAK Programm des Bundes werden die Behördenabläufe im Jahr 2015 voll digitalisiert und ohne Papier ablaufen.

Eine Vision könnte sein, dass durch die Behördenvernetzungen der Kunde nicht mehr von einem Amt zum anderen laufen muss, sondern er Anträge bei einer Stelle (ONE-STOP-SHOP) einbringen kann. Theoretisch denkbar wäre auch, dass er sein Anliegen oder seinen Antrag überhaupt von zu Hause und zu jeder Tages- und Nachtzeit erledigen kann.

Die digitale Signatur ist dabei Grundvoraussetzung und 2015 eine ganz normale Sache. Voraussichtlich in Form einer Bürgerkarte hat jeder Gemeindebürger die Möglichkeit, sich auch im World Wide Web zu identifizieren.

E-Government im Informationszeitalter führt zu einer neuen Qualität der Beziehung zwischen BürgerInnen und Gemeinde. Neue Kommunikationsmöglichkeiten und Technologien bieten NutzerInnen einen freien und offenen Zugang zur Institution Gemeinde. Die öffentliche Verwaltung legt ihren bürokratischen Charakter ab und wandelt sich zu einem effizienten, serviceorientierten Dienstleistungsunternehmen.

Kommunale Doppik

Für das Gemeindeamt im Jahr 2015 wird man davon ausgehen können, dass es eine kamerale Buchführung (Kameralistik) nicht mehr geben wird, sondern die doppische Variante zum Tragen kommt. Die Umstellung wird einige Jahre dauern. Hier ist die Mitarbeit der Gemeindeämter sehr gefragt, weil man von bestehenden Buchhaltungs-

Moderne Führungsmethoden müssen nicht nur gelebt, sondern auch mitgetragen werden. Wichtige Punkte sind vor allem die Schaffung von Verantwortungsbereichen, Teamarbeit, Projektarbeit und soziale Kompetenz.



Verkehr bzw. Verkehrssicherheit wird für die Gemeinden auch künftig ein wichtiger Punkt und daher müsste dafür eine eigene Anlaufstelle geschaffen werden.

wendigen Ressourcen), Teamarbeit, Projektarbeit und soziale Kompetenz.

Eine gute Motivation der Mitarbeiter, in der Form, dass sie sich mit ihrer Arbeit im gesamten auseinandersetzen, ist die Voraussetzung für das Funktionieren des Public Managements. Basierend darauf wird es auch notwendig sein, die geleistete gute Arbeit in der Gemeinde zu „verkaufen“ und in Form von Aussendungen auf Leistungen des Gemeindeamtes hinzuweisen.

In diesem Zusammenhang ist die eigenverantwortliche Tätigkeit, außerhalb der Blockzeiten, durchwegs orts- und zeitunabhängig vorstellbar.

Verkehrskonzepte

Verkehr bzw. Verkehrssicherheit wird ein wichtiger Punkt und daher müsste dafür eine eigene Anlaufstelle geschaffen werden. Wir sehen es jetzt schon, dass durch die Erhöhung des Verkehrsaufkommens in den nächsten Jahren sich die Bevölkerung Gedanken um ihren Wohnort macht. Vor allem bauliche Maßnahmen wie Fahrbahnteiler, Abbiegespuren und Beleuchtung

werden gefordert. Die Umsetzung und Begleitung dieser Maßnahme muss im Gemeindeamt von einer fachkundigen Person gemacht werden. Auch die Wartung der Anlagen, die Überprüfung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, die Koordination von mobilen Überwachungsgeräten sowie die Instandhaltung von Sicherheitseinrichtungen und Verkehrszeichen auf Gemeindestraßen wird in Zukunft viel Arbeit auf den Gemeindeämtern bilden.

Sozial- und Altersvorsorge

Vor allem in der Kundenbetreuung müssen wir davon ausgehen, dass die Altersstruktur sich dramatisch nach oben bewegen wird. Daher ist es wichtig, sich

Weder die Politik, noch die Verwaltung oder die Bevölkerung kann alleine funktionieren. Auch wenn alle modernen Grundsätze angewandt werden, wird die Voraussetzung für eine gute Gemeindearbeit die Zusammenarbeit aller drei Faktoren notwendig sein.

Gedanken zu machen, wie wir unsere älteren Mitbürger in unserem System integrieren können. Hier sind die Gemeinden in Zukunft sehr stark gefordert, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Vor allem in diesem, für die Gesellschaft sehr wichtigen Bereich müssen von der Bundesregierung die Weichen hinsichtlich der Finanzierung gestellt werden. Das Gemeindeamt 2015 wird in der Abwicklung und Umsetzung gefordert sein. (Betreuung vor Ort, Unterstützung der Organisationen, Aufklärungs- und Informationsarbeit)

Public Governance

Weder die Politik, noch die Verwaltung oder die Bevölkerung kann alleine funktionieren. Auch wenn alle modernen Grundsätze angewandt werden, wird die Voraussetzung für eine gute Gemeindearbeit die Zusammenarbeit aller drei Faktoren notwendig sein. Wird ein Bereich ausgelassen (zB. Öffentlichkeitsbeteiligung) zeigt sich über kurz oder lang nicht das gewünschte Ergebnis.

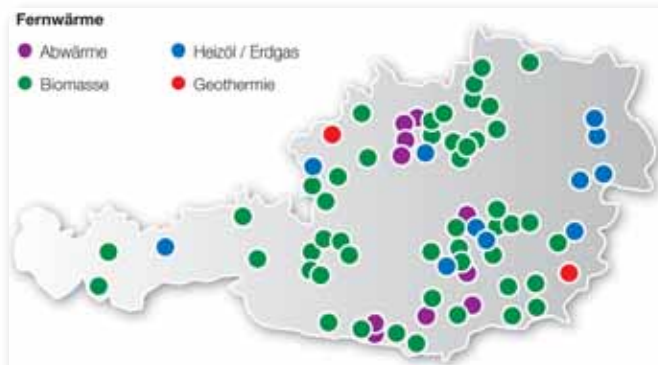
Die Kelag bündelt ihr Wärmegeschäft in der KELAG Wärme GmbH

Maßgeschneiderte Lösungen für Kommunen

Die Wärmebetriebe GmbH und die ÖFWG-Österreichische Fernwärmegesellschaft mbH wurden Anfang Juli 2008 zur KELAG Wärme GmbH fusioniert. Das Unternehmen ist der größte österreichweit tätige Anbieter von Wärme und führend bei der Nutzung von industrieller Abwärme und Biomasse.

Individuelle Betreuung

Die besondere Leistung der KELAG Wärme GmbH ist die maßgeschneiderte Wärmeversorgung für jedes einzelne Projekt, seien es größere Einzelobjekte wie Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Altenheime, Schulen oder die Fernwärmever-



sorgung ganzer Städte und Gemeinden. Der Vorteil für Kommunen liegt in der individuellen Betreuung. Einerseits werden Neuanlagen geplant, errichtet, finanziert und betrieben. Andererseits übernimmt die KELAG Wärme GmbH bestehende Anlagen, modernisiert und betreibt diese. Über 40 Jah-

re Erfahrung und mehr als 200 kompetente Mitarbeiter garantieren eine sichere Wärmeversorgung.

Klima- und Umweltschutz

Die Anlagen der KELAG Wärme GmbH sind auf dem modernsten Stand der Technik und zeichnen sich

durch hohe Energieeffizienz aus. Damit wird ein großer Beitrag zur Entlastung der Umwelt geleistet. Bei Fernwärme gibt es zum Beispiel direkt beim Kunden keine Schadstoff- und Feinstaubemissionen und durch den Einsatz von Biomasse als Brennstoff eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung.

Information

KELAG Wärme GmbH
St.-Magdalener-Straße
81, 9506 Villach
Tel.: +43 (0)5 0280-0
Fax: +43 (0)5 0280-2899
www.kelagwaerme.at

E.F.

kelag
Wärme

Ihr Partner für Wärme & Energie

Die Erfahrung zeigt:

„nur maßgeschneidert passt perfekt.“

Als größter österreichweit tätiger Nutzer von Biomasse und Industrieabwärme erzeugen und verkaufen wir Wärmeenergie in Städten und Gemeinden oder in größeren Einzelobjekten.

Wärme maßgeschneidert und umweltschonend.

KELAG Wärme GmbH

T +43 (0)5 0280-2812 | F +43 (0)5 0280-2899

office@kelagwaerme.at | www.kelagwaerme.at

NaturStrom von Wien Energie ist erfolgreicher Beitrag für lebenswerte Zukunft

Wien Energie garantiert „energetische“ Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind längst nicht mehr nur Schlagworte. Wie wichtig der sorgsame Umgang mit Energieressourcen ist, haben uns in den letzten Jahren Naturkatastrophen und daraus entstehende humanitäre Krisen verdeutlicht. Zurück zur Natur muss es auch für den Energiemarkt heißen. Die Wienstrom Naturkraft GmbH beschäftigt sich ausschließlich mit der Produktion von ökologischem Strom.

Der Genuss unserer vielfältigen Fauna und Flora beim Wandern, Radfahren oder auch Spazieren gehen soll auch in Zukunft möglich sein. Wien Energie widmet sich schon seit Jahren der umweltfreundlichen Stromerzeugung. NaturStrom von Wien Energie ist ein Produkt, das auf die Bedürfnisse jedes Naturliebhabers zugeschnitten ist.

Wasserkraft

NaturStrom von Wien Energie wird ausschließlich in Ökostrom- und Kleinwasserkraftanlagen produziert. Fünf eigene Kleinwasser- bzw. Trinkwasserkraftwerke garantieren sauberen Strom. Das Kleinwasserkraftwerk Nussdorf versorgt derzeit 10.000 Wiener Haushalte mit Energie. Es wurde mit dem Climate-Star, der europäischen Auszeichnung für lokale Klimaschutz-Aktivitäten, ausgezeichnet.

Windkraft

Ein weiterer aktueller Lieferant erneuerbarer Energien ist der Wind. Bereits 1997 wurde das erste Windrad zur Stromerzeugung auf der Donauinsel errichtet. 2005 entstand der Windpark Steinriegel in der Oststeiermark. Knapp 1.600 Meter über dem Meeresspiegel gelegen, tragen zehn einzelne



Der Windpark Steinriegel liefert Energie für zirka 13.600 Wiener Haushalte.

Windkraftanlagen dazu bei, das Klima zu schonen. Weitere Anlagen bestehen im Burgenland zwischen Parndorf und Zurndorf und in den Gemeinden Parma und Gols. Der Windpark Unterlaa Ost und West erzeugt ökologisch wertvollen Strom für rund 2.700 Wiener Haushalte. Ein weiteres wichtiges Projekt ist der Windpark Levél in Ungarn, der kurz vor seiner Fertigstellung steht. Realisiert wird ein Kraftwerkspark mit einer Leistung von 24 Megawatt. Der erzeugte Strom soll für die Versorgung von rund 17.500 Haushalten ausreichen.

Individuelle Beratung

Wer sich für NaturStrom von Wien Energie entscheidet, mehr als den Bezug von umweltfreundlichen Strom. Im Leistungspaket NaturStrom ist außerdem individuelle Beratung und eine Analyse der letzten Jahresstromverbräuche enthalten. NaturStrom ist eine Alternative für naturverbundene Menschen, die für ein wenig mehr an Kosten, viel mehr intakte Natur bekommen.

Information

Ing. Christian Peterka
Mariannengasse 4 - 6
1095 Wien
Tel.: (01) 97 700-38 170
Fax: (01) 97 700-99 38 170
E-Mail: christian.peterka@wienenergie.at

Josef Spazierner
Mariannengasse 4 - 6
1095 Wien
Tel.: (01) 97 700-38 171
Fax: (01) 97 700-99 38 171
E-Mail: josef.spazierer@wienenergie.at

Schweizer Winterdiensttechnologie für den öffentlichen Verkehr

Hochleistungsschneeräumung für die Bahn

Die ZAUGG AG EGGIWIL aus der Schweiz ist ein weltweit führendes Unternehmen in der Herstellung von Schneeräum-, Straßen- und Pistenunterhaltsgeräten und -einrichtungen. Das Kerngeschäft beinhaltet die Entwicklung und Herstellung von Schneeräumeinrichtungen für Straßen- und Schienenfahrzeuge im In- und Ausland; damit werden höchste Ansprüche an die Räumleistung und Wirtschaftlichkeit befriedigt. Im Bereich Schienenfahrzeuge werden folgende Produkte angeboten:

► **Wechselspitz-Schneepflüge** und **Schneefräschleudern** werden an die verschiedensten Trägerfahr-

zeuge wie z.B. Unterhaltsdienst- und Rangiertraktoren sowie Triebwagen angebaut. Zum kundenspezifischen Aufbau eignen sich



Kürzlich ausgeliefert: ZAUGG-Schneeräumeinheit für die Wengernalpbahn und die Strecke Lauterbrunnen – Kleine Scheidegg (im Hintergrund die Eiger-Nordwand)

auch vorhandene Fahrge-
stelle, die so abgeändert
werden, dass ein Anbau der
Schneeräumeinrichtung
und der Aufbau von Fahrer-
kabine und Mo-
torengruppe zu-
sammen mit der
ganzen Hydraulik-
anlage und der elektrischen
Steuerung mög-
lich werden.
Die ZAUGG AG
EGGIWIL hat je-
doch auch schon
Schienenfahr-
zeuge von
Grund auf spezi-
ell für die Schie-
nen-Schneeräu-
mung ent-
wickelt, konstru-
iert und gebaut.

► **Schnee- und Laubgebläse** werden speziell für Standseilbahnen entwickelt. Mit dem Blasgerät wird die Luft über hydraulisch allseitig verstellbare Düsen gezielt zu den Seilrollen, Rollenkasten, Weichen usw. geleitet. Damit ist eine effiziente Schnee- und Laubräumung rund ums Jahr gewährleistet.

Information

ZAUGG AG EGGIWIL
Holzmatt
CH-3537 Eggwil
T: 0041/(0)34 491 81 11
F: 0041/(0)34 491 81 71
E-Mail: info@zaugg-ag.ch
www.zaugg-ag.ch

E.E.

ÖGL-Symposium Grabenlos 2008

Die Zukunft ist Grabenlos!

Am 14. und 15. Oktober 2008 versammeln sich Experten der heimischen Spezialtieftaubranche und Interessierte, die über die innovativen grabenlosen Techniken noch mehr erfahren wollen, zum Symposium Grabenlos der ÖGL (Österreichische Vereinigung für Grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen). Vertreter führender Spezialtieftaubunternehmen, deren Kunden und Vertreter der Wissenschaft präsentieren „State-of-the-art“-Technologien für die grabenlose Neuverlegung und Sanierung von Gas-, Wasser und Abwasserleitungen. Besonderes Augenmerk liegt beim diesjährigen Symposium Grabenlos auf den Bereichen neue Techniken und Erfahrungen im grabenlosen



Leitungsbau, Baugrunderkundung sowie nachhaltiges Bauen. Ein Muss vor allem für Ziviltechniker und Planer. Präsentiert werden darüber hinaus Erfolgsgeschichten, die neuesten Entwicklungen am Materialsektor und Praxiserfahrungen.

Information

ÖGL-Symposium Grabenlos 2008
14./15.10.2008
Parkhotel Pörschach
Hans Pruscha Weg 5
9210 Pörschach am
Wörthersee
www.grabenlos.at

E.E.

MAASTRICHT SERVICE

Leasingfinanzierungen verringern den öffentlichen Schuldenstand. Fragen Sie Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

 **KOMMUNAL
LEASING**



Forum mineralische Rohstoffe setzt sich für Artenschutz ein

Wenn sich die Industrie mit der Natur verbündet

Die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen hinterlässt einen „ökologischen Fußabdruck“. Gleichzeitig bestehen gerade in diesem Wirtschaftszweig viele Möglichkeiten des Natur- und Artenschutzes. Das hat das Forum mineralische Rohstoffe erkannt und engagiert sich aus diesem Grund für den Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe – Sand, Kies, Naturstein, Industriemineralien und Erze – stellt immer einen Eingriff in die Natur dar. Die Natur mit ihrer biologischen Artenvielfalt, dem genetischen Artenpotenzial und den verschiedenen Ökosystemen reagiert auf diesen Eingriff unterschiedlich. Neue Untersuchungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen, dass gerade die Rohstoffbranche durch die Gewinnungstätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der Artenvielfalt (Biodiversität) leistet. Denn beim Gewinnen und Fördern mineralischer Rohstoffe sind die offenen Flächen ideale Standorte für Flora und Fauna. Für bedrohte Arten werden so Bedingungen zur Verfügung gestellt, ohne die manche Spezies nicht überleben könnte.

Durch Infrastrukturbauten wie Fahrbahnen, Parkflächen oder befestigte Trassen verschwinden die ursprünglichen uneinheitlichen Oberflächen – und mit ihnen die von diesen Oberflächen abhängigen Tier- und Pflanzenarten. Gewinnungsstätten mineralischer Rohstoffe hingegen sind Lebensräume „aus zweiter Hand“: Sprengung, Abgrabung, Planieren, Verlagerung von Halden und Gesteinshaufen, Bodenabtragung und Rodungen schaffen immer wieder neue Oberflächen, die von bestimmten Arten benötigt werden.

Forum mineralische Rohstoffe kooperiert mit IUCN

Zusammen mit der UEPG, dem Europäischen Gesteinsverband, engagiert sich das Forum mineralische Rohstoffe für die Initia-

tive „Countdown 2010“ der International Union for Conservation of Nature (IUCN) zur Rettung der Biodiversität. Die Aktion Countdown 2010 ist ein europäisches Netzwerk, dem sich bereits mehr als 100 Organisationen angeschlossen haben. Gemeinsames Ziel ist es, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Teilnehmer der Initiative Countdown 2010 verpflichten sich unter anderem, das öffentliche Bewusstsein für den Erhalt der Artenvielfalt zu steigern und die eigene negative Beeinflussung der Artenvielfalt zu reduzieren.

Fünf Artenschutzprojekte erfolgreich umgesetzt

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Forum mineralische Rohstoffe und WWF wurden seit 1999 bereits fünf konkrete Schutzprojekte für sechs Tierarten, die auf der „Roten Liste“ stehen, umgesetzt: Die Vögel Triel, Bienenfresser und Uhu, die Amphibien Wechsel- und Kreuzkröte sowie die gefährdete Libelle haben in stillgelegten Schotter- und Kiesgruben einen neuen Lebensraum gefunden. Die Unternehmen des



Löß- und Sandwände dienen als Brutstätte für den Bienenfresser.

Forums mineralische Rohstoffe und des Fachverbandes der Stein- und keramischen Industrie investierten in den letzten zehn Jahren über 160 Millionen Euro in Renaturierungs-Maßnahmen, wodurch auch der Natur- und Artenschutz direkt gefördert wurde. Durch die Renaturierungen haben die Rohstoff-Gewinner vielfach Lebensräume geschaffen und aktiv zum Artenschutz in Österreich beigetragen. Die ersten Erfolge der Artenschutzprojekte haben nicht lange auf sich warten lassen: In Niederösterreich gibt es mittlerweile wieder mehr als 26 Triel-Paare und 80 Bienenfresser-Kolonien. Beide Vogelarten finden in Sand- und Kiesgruben optimale Brutbedingungen und ein geschütztes Refugium für ihren Nachwuchs. Auch die bedrohte Wechselkröte und die Kreuzkröte haben sich in ehemaligen Gewinnungsstätten niedergelassen.



Durch die Renaturierungen haben die Rohstoffhersteller vielfach Lebensräume geschaffen und aktiv zum Artenschutz in Österreich beigetragen.

Primäre Ziele der Kooperation zwischen Forum mineralische Rohstoffe und WWF sind:

- Fördern der natürlichen Entwicklung von Freiflächen, um für verschiedene Tier- und Pflanzenarten, die auf eine oft

veränderte Umgebung angewiesen sind, wertvolle Ersatzlebensräume zu schaffen.

- Stilllegungsübereinkommen für Teile von Steinbrüchen, um z. B. Brutplätze des Uhus vor Störung zu bewahren.
- Rücksichtnahme auf Brutzeiten bei der Gewinnungstätigkeit.
- Gezielte Artenschutz-Maßnahmen (z. B. Gestaltung von Lehm- und Sandwänden als Brutplätze für den Bienenfresser).
- Pflegemaßnahmen zum Öffnen von Bereichen, in denen die Vegetationsentwicklung bereits weit fortgeschritten ist, um so die Flächen für Arten wie die Kreuz- und Wechselkröte attraktiver zu gestalten.
- Bereitstellen von Flächen für Naturschutzmaßnahmen.

3. UEPG Nachhaltigkeitspreis wird vergeben

Im Mai 2007 unterzeichnete die UEPG die Countdown 2010- Erklärung zur Rettung der biologischen Vielfalt. Mit der Unterzeichnung hat sich die UEPG verpflichtet, die Countdown 2010- Zielsetzung an ihre Mitglieder weiterzuleiten und Informationsmaterial zu verbreiten: Es soll jede Anstrengung unternommen werden, um einen Nettobeitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu leisten. Zudem soll die Verträglichkeit der Gesteinsgewinnung mit Natura 2000-Gebieten dargestellt werden.

Zur Stärkung der Artenvielfalt hat die UEPG einen Preis für besonders gute Beispiele ausgeschrieben. Aufbauend auf den Erfolgen der vergangenen Jahre wird im Jahr 2010 bereits zum dritten Mal ein Preis für nachhaltige Entwicklung verliehen. Hauptziel ist die Auszeichnung von Unternehmen der Gesteinsindustrie, die soziale, ökonomische und/oder ökologische Aspekte der nachhaltigen Entwicklung mit großem Erfolg in den Arbeitsablauf ihrer Unternehmen integriert haben. Prämiert werden erfolgreiche Rekultivierungen. Die Stärkung der Artenvielfalt sollte als wesentliches Ziel einer guten Rekultivierung verstanden und

die Gelegenheit genutzt werden, die Tätigkeit der Rohstoffindustrie positiv darzustellen.

Umso stärker sollte in öffentlichkeitswirksamen Darstellungen auf Erfolge für die Artenvielfalt durch die Rekultivierungsmaßnahmen hingewiesen werden. Viele Firmen konnten aufgrund ihrer Rekultivierungsbemühungen eine deutlich bessere Akzeptanz in ihren Standortkommunen erreichen. Das Ziel ist, diesen Trend auf nationaler Ebene in Form von konstruktiven Debatten über die planerische Absicherung der Gewinnung heimischer Rohstoffe umzusetzen. Zu folgenden sechs Kategorien der nachhaltigen Entwicklung können Unternehmen ihre Beiträge einreichen:

- Rekultivierung/Renaturierung von Abbaustätten
- Gute Praktiken im Umweltschutz
- Partnerschaft mit Kommunen
- Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Ökonomischer Beitrag/Mehrwert für die Gesellschaft
- Verfahrensoptimierung im Abbau

Die Rekultivierungsarbeiten der Rohstoffindustrie haben bewiesen, dass der rekultivierte Bereich in einen deutlich wertvolleren ökologischen Zustand versetzt wird als vor der Rohstoffgewinnung. Die UEPG hat daher eine Kampagne mit dem Namen „task force for biodiversity“ gegründet. Der politische Anknüpfungspunkt ist unter anderem eine Verbindung zu anderen Landnutzerorganisationen. Daher sollen gemeinsame Positionen gegenüber den Forderungen der EU entwickelt werden.

Information

Forum mineralische Rohstoffe:
www.forumrohstoffe.at
steine@wko.at
 UEPG:
www.uepg.eu
 Countdown 2010:
www.countdown2010.net

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen seit mehr als 30 Jahren

IMMORENT – Ein bewährter Partner für Gemeinden

Im Gespräch mit KOMMUNAL erklärt Vorstand DI Gerald Antonitsch, warum IMMORENT ein starker, bewährter und verlässlicher Partner der österreichischen Gemeinden ist.



Auch die öö. Stadtgemeinde Eferding – mit ihrem 61.000 m² großem Betriebsbaugelände – hat von den Erfahrungen der IMMORENT im Bereich Planen, Bauen und Finanzieren profitiert.

Die Dienstleistungen, die der Leasing- und Immobilienspezialist der Erste Bank-Gruppe und der Sparkassen den Kommunen anbieten kann, sind breit gefächert: Klassische Kommunalleasingfinanzierungen, kombinierte Modelle (Leasingfinanzierung und technische Dienstleistungen im Bereich Bau und Projektentwicklung), Liegenschaftsentwicklungsmodelle, innerstädtische Entwicklung, Ausgliederungs- und PPP-Modelle sowie erneuerbare Energie und Infrastruktur.

Liegenschaftsentwicklung

Vor allem im Bereich der Liegenschaftsentwicklung spürt IMMORENT ein großes Potenzial in den heimischen Gemeinden. „Es gibt Grundstücke inner-

Die Projekte der IMMORENT können sich wirklich sehen lassen. Viele davon haben Vorzeigecharakter und setzen Meilensteine in der jeweiligen Region.

Gerald Antonitsch, Vorstand der IMMORENT



halb eines Gemeindegebietes, deren Sicherung für die Entwicklung des Gemeindegebietes von großer Bedeutung ist. Eine langfristige Sicherung von Grundstücken und Flächen ist aber oftmals nur durch Kauf möglich“, sagt Vorstand DI Gerald Antonitsch im Gespräch mit KOMMUNAL-Verlagschef Walter Zimmer. Für die Grundstücksbevorratung kommen in der Regel Baulandflächen (gewidmet als Betriebsbaugelände, gemischtes Baugelände oder Wohngebiet) oder Grünlandflächen in Frage, welche im örtlichen Entwicklungskonzept bereits vorgesehen sind und/oder als Tauschfläche für den zukünftigen Erwerb von Grundstücken von Landwirten dienen sollen. „Aufgrund der Maastricht-Kriterien ist aber ein Ankauf durch die Gemeinde oftmals nicht möglich. Das IMMORENT-Modell sieht es vor, dass wir von der Gemeinde oder einem Dritten die Liegenschaft erwerben, diese gemeinsam mit der Gemeinde erschließen und verwerten. Diese Flächen werden im Einvernehmen mit der Gemeinde verwertet“, erklärt Antonitsch. Die rechtlichen Rahmenbedingungen regelt eine Verwertungsvereinbarung, die zwischen Kommune und IMMORENT abgeschlossen

wird. In den letzten Jahren hat IMMORENT u.a. für folgende Gemeinden erfolgreich Liegenschaftsentwicklungsmodelle realisiert:

- ▶ Marktgemeinde Pöggstall, Betriebsansiedlungsgebiet (2005)
- ▶ Marktgemeinde St. Martin im Mühlkreis, Wohngebiet (2007)
- ▶ Stadtgemeinde Eferding, Betriebsansiedlungsgebiet (2005)
- ▶ Gemeinde Perwang, Betriebsansiedlungsgebiet (2008)
- ▶ Marktgemeinde Bad Goisern, Wohngebiet (2006)
- ▶ Marktgemeinde Bad Fischau-Brunn, Wohngebiet (2004)
- ▶ Gemeinde Meggenhofen, Betriebsansiedlungsgebiet (2006)
- ▶ Gemeinde Neuhofen, Betriebsansiedlungsgebiet (2008)

Public Private Partnership

Auch im Bereich Public Private Partnership (PPP) ist IMMORENT ein starker Partner der Gemeinden. PPP beschreibt eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Part-



Das Bauprojekt der Fachhochschule im n. St. Pölten konnte durch die Dienstleistungen der IMMORENT zeitgerecht mit Juli 2007 fertiggestellt werden.

nen, bei der die effiziente Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen durch eine entsprechende Risikoverteilung und unter der Begutachtung des „Value for Money“ gewährleistet wird. Antonitsch verweist auf die Vorteile für die Gemeinden: „Kosten- und Termingarantie, klare Prognostizierbarkeit der Kosten, das kommunale Budget wird über den gesamten Zeitraum gleichmäßig belastet und die Budgetbelastungsspitzen schlagen nicht durch, sondern werden vom privaten Partner getragen.“ Erfolgreiche PPP-Modelle der IMMORENT sind beispielsweise die Fachhochschule St. Pölten, das Werkstoffzentrum der Montanuniversität Leoben oder die Murbrücke in Leoben. „Die Projekte der IMMORENT können sich wirklich sehen lassen. Viele davon haben Vorzeigecharakter und setzen Meilensteine in der jeweiligen Region. Durch unsere umfangreichen Projekterfahrungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette für Immobilien bringen wir in jedes Standortentwicklungs- und Bauvorhaben ein breites Know-How ein, das sich im Ergebnis niederschlägt“, so Antonitsch.

IMMORENT rentiert sich immer

Die IMMORENT ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Erste Bank-Gruppe und der Sparkassen. Unter dem Motto „Rentabilität, die sich sehen lassen kann“ bietet das Unternehmen umfassende Lösungen im Bereich Finanzierung, Veranlagung und Dienstleistungen rund um die Immobilie. Seit der Gründung im Jahr 1970 hat die IMMORENT mehr als 4.500 Büro-, Handels- und Gewerbeimmobilien, Wohnimmobilien sowie öffentliche Bauten geplant, finanziert und umgesetzt. Lag die ursprüngliche Kernkompetenz des Unternehmens in der Finanzierung von Gebäuden, so erkannte die IMMORENT schnell den Wert einer breiten Dienstleistungspalette. Der Tätigkeitsbereich wurde erweitert und umfasst heute neben Mobilen- und Immobilien-Leasing auch Planung, Baudienstleistungen und Immobilienmanagement.

Information

IMMORENT
Tel.: +43/(0)50100/27000
www.immorent.at
office@immorent.at

INFRAPOOL
bietet das umfassende
Netzwerk für Stadt- und
Standortmarketing
im mitteleuropäischen
Raum



Ab sofort gibt es auf
unserer neuen
Homepage

www.infrapool.com
den
City-Literatur-Shop
mit

- Frequenzerhebungen
- Kaufkraftherhebungen
- Büchern über Stadt- und Standortmarketing
 - Vorträgen
 - Diplomarbeiten



Mehr Informationen:
marketing@infrapool.com
oder 0699/19449404

www.infrapool.com



Kärnten: Zwei Gemeinden tauschen Ortschaften

Einzigartige Aktion zwischen zwei Gemeinden

MÖBLING/FRAUENSTEIN

Im Bezirk St. Veit an der Glan sorgten die Gemeinden Möbling und Frauenstein laut einer Meldung von ORF-Online wegen eines Ortstafeltausches für Aufsehen. Die beiden Gemeinden tauschen die zwei Ortschaften Drasenberg und Leiten untereinander aus. Als Begründung wird angegeben, die neuen Gemeindegrenzen würden dem Alltag der Ortsbewohner besser entsprechen. Einen derartigen Tausch hat es laut Gemeindeabteilung des

Landes in Kärnten noch nie gegeben. Konkret sieht der Tausch vor, dass die Ortschaft Leiten von der Gemeinde Möbling in die Gemeinde Frauenstein kommt. Der Ort Drasenberg kommt von Frauenstein nach Möbling. „Der Schwerpunkt und Lebensmittelpunkt wie die Schule, Kirche und Feuerwehr liegt für die Bewohner aus Leiten in Frauenstein“, sagte Frauensteins Bürgermeister Karl Berger. Für die Bewohner von Drasenberg und Leiten ist der



Einen Tausch zweier Ortschaften wie diesen hat es in Kärnten noch nicht gegeben.

Weg in den nächsten Ort der jeweiligen Nachbargemeinde kürzer als in die Heimatgemeinde. Entsprechend war auch das Ergebnis der Abstimmung zum Ortetausch. „Wenn die Bevölkerung das will, dann muss man die Wünsche er-

füllen. Ich denke, es werden alle zufrieden sein“, ist auch Möblings Bürgermeister Franz Rainer überzeugt. Die Gemeinderäte haben bereits grünes Licht zum Ortetausch gegeben, die Landesregierung muss noch zustimmen.

Euregio: Erfolgreiche Grenzlandförderperiode für die Oststeiermark

Grenzen überwinden – Regionen verbinden



Durch grenzüberschreitende Projekte mit oststeirischer Beteiligung konnten 27 Projekte (ohne Kleinprojektefond) mit einem Gesamtvolumen von 9.325.142,70 Euro und einer Fördersumme von 6.048.379,03 Euro durchgeführt werden.

Verwaltung: GO ELAK – Ein System mit dem „Herzen“ der Verwaltungsmitarbeiter

Das System muss von uns lernen

GFÖHL

Herkömmliche E-Government-Lösungen sind oftmals für den kommunalen Anwender zu komplex und liegen zumeist auch außerhalb des Budgetrahmens der Gemeinden. Mit GO ELAK ist es gelungen den Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes System mit

sehr vernünftigem Preis bereitzustellen. Das in Abstimmung mit dem Bund und Ländern geplante System ist in ganz Österreich einsetzbar. GO ELAK wurde auch mit dem „Amtsmanager 2007“ ausgezeichnet. Seit April 2007 läuft der GO ELAK bereits bei zehn Gemeinden (50.000 Einwoh-

ST. ANNA am AIGEN

Seit 2001 arbeitet das Regionalmanagement Oststeiermark erfolgreich mit grenzüberschreitender Projektentwicklung und -umsetzung. Neu in der Förderperiode 2007 bis 2013 ist, dass nicht nur Projekte mit Slowenien, sondern auch mit Ungarn unterstützt werden. Infos unter: www.regionalmanagement.at

Handy-Samariter

Innovative Anwendungen für Handys

WIEN

Der Sommer ist die schönste Zeit für Freizeitaktivitäten. Doch was tun, wenn ein Unfall passiert und jenes Wissen gefragt ist, das man irgendwann einmal in Erste-Hilfe-Kursen gelernt – und oft auch wieder vergessen hat? „Die Minuten bis zum Eintreffen des Notarztes entscheiden in vielen Fällen über Leben und Tod. Mit der Handy-Software ‚Der Samariter‘ gibt es jetzt kompakte Erste-Hilfe Anleitungen“, erklärt Franz Schnabl, Präsident des Arbeiter-Samariter-Bund. Aus diesem Grund bietet der Samariterbund leichte, verständliche Erste Hilfe-Anleitungen zum Download auf jedes javafähige Handy an. Anschließend stehen diese im Speicher unabhängig von der Qualität des aktuellen Netzempfangs zur Verfügung. Den Download gibts auf www.dersamariter.at

ner) erfolgreich im Echtbetrieb und bildet das „Elektronische Dach“ über die gesamte Gemeindeverwaltung. Auskünfte bei Bgm. Karl Simlinger oder Stadtamtsdirektor Anton Deimel der Stadt Gföhl (NÖ), E-Mail: office@elak-government-verbund.at Homepage: www.go-elak.at

Bildungswesen: Oberösterreich baut Führungsrolle aus

„Bildungs-TV“ im Internet

LINZ

Mit der Einführung von bildungsTV im Internet setzt Oberösterreich einen bedeutenden Schritt zu einem Bildungswesen auf aktuellstem technischen Stand und baut laut „Oberösterreichischer Gemeindezeitung“ seine Führungsrolle in der Erarbeitung und Verteilung digitalisierter Lerninhalte weiter aus. Mit bildungsTV im Internet leistet Oberösterreich Pionierarbeit: Dieses Projekt ist österreichweit, aber auch in Europa in dieser Form einzigartig. Durch bildungsTV wird es möglich, dass ein



Das Projekt Bildungs-TV ist österreichweit, aber auch in Europa in dieser Form einzigartig.

hochinteressanter wissenschaftlicher Vortrag gleichzeitig an vielen Schulen (auch außerhalb Österreichs) stattfindet, obwohl sich der Referent gerade an einem fernen Ort auf einer Tagung befindet.

Fragen kann der Referent unmittelbar beantworten. Sein Honorar, das eine einzelne Schule gar nicht bezahlen könnte, wird im Zusammenwirken aller Beteiligten leistbar. Mehr auf www.oogemeindegund.at

Fachtagung: Nachhaltige Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene

Demokratie kennt keine Altersbeschränkung

SALZBURG

Demokratie kennt keine Altersbeschränkung. Und wer Demokratie unmittelbar in seinem Lebensumfeld erlebt und ausprobiert, wird sie später auch aktiv leben. Bei dieser Fachtagung wird

die „Plattform Jugendbeteiligung“ vorgestellt, die sich besonders für Gemeinden zwischen ca. 500 und 5.000 EinwohnerInnen eignet. Veranstalter ist die ARGE Partizipation in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen

gemeindegund, die Tagung findet am 21. November 2008 in Salzburg statt. Infos & Anmeldung bei Akzente Salzburg, Ines Grubelnig, i.grubelnig@akzente.net www.akzente.net

Österr. Sicherheitstage '08

Korruption: Frage der Mentalität

LEOGANG

Österreich ist laut „Transparency International“ an hervorragender 11. Stelle in der Rangliste von 163 Staaten, die auf Korruption überprüft wurden. Man hat auch in jüngster Zeit durch neue gesetzliche Regelungen die Korruptionsbekämpfung für den Privatbereich strafbar gemacht. Die weit verbreitete Meinung, dass Korruption eine Win-win-Situation zwischen Geber und Nehmer sei und niemandem wehtun würde, ist falsch. Korruption ist zwar ein Delikt mit zwei Tätern, aber es gibt auch ein Opfer. Bei Beamten ist das der Staat, also die Allgemeinheit. Zum Thema Korruption veranstaltet das Kuratorium Sicheres Österreich die diesjährigen Österreichischen Sicherheitstage. Sie finden vom 14. bis 17. Oktober in Leogang (S) statt. Mehr Infos und Anmeldung unter www.kuratorium-sicheres-oesterreich.at

**ONLINE DRUCKSORTEN & BÜROMATERIAL BESTELLEN
UND DABEI 10 EURO GUTSCHRIFT KASSIEREN***

(Ist in etwa so kompliziert wie die Bedienung eines Kugelschreibers)

www.kommunalbedarf.at  **bedarf.at**
Der 24-Stunden Online-Shop für Gemeinden 

* bei einem Einkauf ab 50 € netto erhalten Sie eine Gutschrift von 10 €. Gültig bis 30. Juni 2008



Untermalt von der Grenzlandtrachtenkapelle begrüßte Murecks Bürgermeister Josef Galler (links) Bundespräsident Heinz Fischer vor dem Rathaus.



Heinz Fischer (Mitte) besichtigt die SEEG Mureck – die Bio-Diesel-Erzeugung der Südsteirischen Energie- und Eiweißerzeugungsgenossenschaft ist Teil des vom österreichischen Gemeindebund prämierten Projektes „Murecker Energiekreislauf“. Ganz rechts Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.



Ein weiteres Highlight für Heinz Fischer: Das Treffen mit den Schülerinnen und Schülern der sieben Schulen Murecks.

Bundespräsident besuchte „Innovativste Gemeinde Österreichs“

„Ich wollte mir diese innovative Gemeinde anschauen ...“

Fast 40 Jahre musste Mureck auf den Besuch eines Bundespräsidenten warten – Anfang Juli war es soweit: Heinz Fischer besuchte die Siegergemeinde des Gemeindebund-Wettbewerbs zur „Innovativsten Gemeinde Österreichs“.

Daniel Kosak

Halb Mureck traf sich am Hauptplatz – schließlich kommt nicht jeden Tag ein Bundespräsident zu Besuch. Nicht einmal jedes Jahr. Laut Bürgermeister Josef Galler datiert der letzte offizielle Besuch eines Präsidenten aus dem Jahr 1969, Franz Jonas beehrte damals die Stadt. Anfang Juli wurde einer seiner Nachfolger, Heinz Fischer, standesgemäß mit einem Marsch der Blasmusik und von hunderten Leuten vor dem Rathaus empfangen. Grund für den Besuch: Im September wurde Mureck vom österreichischen Gemeindebund als innovativste Ge-

meinde ausgezeichnet. Zur Belohnung kamen nun Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink und eben Heinz Fischer in die Region.

Hunderte Menschen begrüßten Staatsoberhaupt

„Ich wollte mir diese innovative Gemeinde anschauen“, so Heinz Fischer. Und, an die gut 200 Schüler aus den Murecker Schulen gewandt: „So wie ihr heute die Schule schwänzt, schwänze ich die Hofburg.“ Zuvor wollte eine Passantin wissen, wo die Präsidenten-Gattin geblieben sei.

Und ein Mann forderte Heinz Fischer auf, den Bundespolitikern auf die Finger zu klopfen. Viele der Schaulustigen wollten dem leibhaftigen Präsidenten aber nur die Hand schütteln.

Befreit von Turbulenzen der Bundespolitik

Fragen von Schülern. Schließlich hatten einige Schüler Fragen an den Politiker vorbereitet - wie die EU cooler gemacht werden könnte, wieso sich nicht alle Länder an die Unions-Regeln halten würden, ob er gerne in die Schule gegangen wäre oder für wen er im EM-Finale die Daumen gedrückt hätte (Spanien übrigens). Ein Kinderspiel für Fischer, der sich, befreit von den Turbulenzen der Bundespolitik, sichtlich wohl fühlte. Später stand ein kurzer Besuch beim Murecker Energiekreislauf am Programm, jenes Projekt, das den Mureckern die Auszeichnung zur "Innovativsten



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

Gemeinde Österreichs" eingebracht hatte. Volksschüler brachten ein Ständchen dar, Josef Reiter-Haas und Karl Totter informierten über die Energieerzeugung. "Der Murecker Energiekreislauf ist vorbildhaft", bestätigte Gemeindebund-Chef Mödlhammer. "Ich weiss, dass die Murecker für dieses Projekt viele Anfragen aus dem In- und Ausland haben."

Präsidentenbesuche bereits „gute Tradition“

Dass der Bundespräsident die „Innovativste Gemeinde Österreichs“ persönlich besucht, habe inzwischen Tradition, berichtete Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. „Im vergangenen Jahr hat Heinz Fischer die Gemeinde Amstetten besucht. Wir freuen uns und empfinden es auch als Auszeichnung für den Gemeindebund, dass die jeweiligen Siebergemeinden diese Aufmerksamkeit und Wertschätzung des Bundespräsidenten geniessen.“

Nach einem Zwischenstopp im Mühlenhof fuhren Fischer und seine Begleiter nach Bad Radkersburg: Auf der Murbrücke gab es ein kurzes Zusammentreffen mit einem slowenischen Staatssekretär, Bürgermeister Peter Merlini spazierte mit dem hohen Gast durch die Stadt, ehe es zurück in die Bundeshauptstadt ging.



Fotos: www.hofburg.at

Ehemalige Grenzbrücke über die Mur zwischen Bad Radkersburg, Steiermark, und Gornja Radgona, Slowenien: Gemeinsam mit Gemeindebund-General Robert Hink (links) und Bad Radkersburgs Bgm. Peter Merlini (rechts) besichtigt Präsident Heinz Fischer Ideen und Pläne zur gemeinsamen Stadtentwicklung.



Nur wenige Kommunen widmen sich dem Thema Integration.

Förderungen von mehr als 1,4 Millionen Euro

Projekte zum Thema „Integration und Kommunen“

Der Europäische Fonds für Integration (EIF) ruft Kommunen, lokale, regionale und nationale Behörden, Lehr- oder Forschungseinrichtungen sowie Ausbildungseinrichtungen auf, Projekte zum Thema Integration einzureichen. Bis zu 50 Prozent der für das Projekt benötigten Mittel steuert der EIF bei. Insgesamt stehen 1.421.056 Euro an Fördermittel zur Verfügung. Ziel der Aktion des EIF ist es, Drittstaatsangehörigen mit unterschiedlichem wirtschaftlichen, sozialen, sprachlichen und ethnischen Hintergrund zu ermöglichen, sich leichter in die Gesellschaften Europas zu integrieren und die Voraussetzungen für den Aufenthalt zu erfüllen. Die vier Maßnahmen-Schwerpunkte des Programmjahres 2007 sind:

- ▶ Integrations- und Sprachkurse
- ▶ Integration und Kommunen
- ▶ Begegnung und interkultureller Dialog
- ▶ Maßnahmen zur besseren innerstaatlichen Vernetzung, zum Austausch und zum interkulturellen Kapazitätenaufbau

darauf ab, die Zuwanderer im ländlichen Raum zu unterstützen und zu begleiten. Jenen Personen, die schon länger in Österreich leben, sollen durch gezielte Kursmaßnahmen neue Chancen für eine erfolgreiche Integration eröffnet werden. Bei der Bewertung der eingereichten Projekte wird vor allem der innovative Charakter und die

Integration beginnt in den Gemeinden. Daher ist es wichtig, hier effiziente Maßnahmen zu setzen, die den Zuwanderern den Start erleichtern.

Nachhaltigkeit des Vorhabens berücksichtigt. Die Projektvorschläge müssen spätestens am 30. September 2008 im Bundesministerium für Inneres (BM.I) eingelangt sein. Alle weiteren Informationen und Formulare finden Sie unter www.bmi.gv.at/eu-solid-fonds unter „Aktuelles“.

Information

Bundesministerium für Inneres
E-Mail:
BMI-III-5-b@bmi.gv.at
www.bmi.gv.at

Bewusstsein in Gemeinden schaffen

Vor allem die Kommunen spielen eine wesentliche Rolle im Bereich der Integration. Aus diesem Grund zielt die Maßnahme „Integration und Kommunen“

Seit 20 Jahren „General“ des Gemeindebundes

Er prägt den Gemeindebund seit zwei Jahrzehnten

Seit 20 Jahren steht Robert Hink als Generalsekretär operativ an der Spitze des Österreichischen Gemeindebundes. Vieles hat sich in dieser Zeit geändert, einiges ist gleich geblieben. Fest steht: Im Vergleich zu 1988 ist der Gemeindebund heute nicht wiederzuerkennen. Lesen Sie im KOMMUNAL-Porträt, wie ein Mann fast alles verändert hat.

Es ist nicht leicht ein Porträt über jemanden zu schreiben, der seit mehr als 20 Jahren sein Amt ausfüllt. Warum das so ist? Die Antwort ist klar: Es gibt nahezu keinen aktiven Kommunalpolitiker, der den Österreichischen Gemeindebund ohne Robert Hink als Generalsekretär kennt. Nur aus der Chronik und aus Erzählungen altgedienter und kaum noch aktiver Funktionäre lässt sich über die Vor-Hink-Ära im Gemeindebund etwas erfahren. Auch heute noch ist es gelegentlich schwierig, an Informationen über den Gemeindebund-General heranzukommen, was vor allem mit seine eigenen Definition des Jobs zu tun hat: „Meine Aufgabe ist es, im Hintergrund zu arbeiten, Dinge vorzubereiten und den Laden am Laufen zu halten. Meine Funktion ist ein klassischer Job der zweiten Reihe. Das entspricht sowohl meinem Charakter, als auch meiner Arbeitsauffassung“, sagt Hink über sich selbst. Es war im Frühling 1988, als die Nachfolgefrage des damaligen Gemeindebund-Generals Hofrat Dr. Otto Maier zu lösen war. Keine einfache Entscheidung, schließlich steckte der Gemeindebund auch mitten in den Verhandlungen zu einem historischen Fortschritt. Es ging darum, ob es in der Bundesverfassung einen Passus geben sollte, in dem der Gemeindebund auch formell als Interessensvertretung für die heimischen Gemeinden

verankert werden sollte. Eines vorweg: Es war eine Sternstunde für den Gemeindebund, als er ab November 1988 als befugte Interessensvertretung in die Bundesverfassung aufgenommen wurde. Es war europaweit einzigartig, dass ein kleiner Verein mit dem umfassenden Mandat der Interessensvertretung Aufnahme in eine Verfassung gefunden hat.

Wenige Monate davor stand der

Ich wusste im Detail nicht, welche gewaltigen Aufgaben da auf mich zukommen. Ich hatte aber auch das Glück und das Privileg mit der Aufgabe wachsen zu dürfen.

Robert Hink über seinen Start beim Gemeindebund

junge Jurist Robert Hink vor seinem größten Karrieresprung. Diese hatte der gebürtige Niederösterreicher im nö. Landesdienst begonnen. Noch heute erinnert sich Hink oft an die Zeit an einer bezirkshauptmannschaft. Dort habe er das Handwerk, auch im Umgang mit Bürgern, gelernt. In den Jahren vor seinem Wechsel in den Gemeindebund war er schließlich als Leiter des Umweltreferats der niederösterreichischen Landesregierung tätig.

„Ich glaubte damals, den Gemeindebund schon gut zu kennen“, sagt Hink heute. „Schließlich war ich schon die zehn Jahre davor Gast bei jedem Gemein-

detag.“ Im Lichte der Vergangenheit könne er heute sagen: „Ich wusste im Detail nicht, welche gewaltigen Aufgaben da auf mich zukommen. Ich hatte aber auch das Glück und das Privileg mit der Aufgabe wachsen zu dürfen.“

Die damaligen Verhältnisse und Möglichkeiten der Interessensvertretung zieht Hink noch heute oft heran, um darzustellen, welche Veränderungen der Gemeindebund seit dieser Zeit geschafft hat. „Ein Halbtagsjob war das Amt des Generalsekretärs damals“, erzählt Hink. „Wir sind in einem engen Büro in der Wiener Johannesgasse in den Räumen eines Klosters, das sich um verarmte Adelswitwen gekümmert hat, gesessen. Es gab nur den Generalsekretär, einen Referenten und eine Sekretärin.“

Kein Vergleich sei das zu heute gewesen, man habe nicht einmal annähernd die Service- und Beratungsqualität von heute bieten können.

Kurz nach Hinks Amtsantritt im Gemeindebund sahen sich die österreichischen Gemeinden zudem mit gewaltigen Änderungen konfrontiert. „Allein der Fall des eisernen Vorhangs hatte enorme Auswirkungen auf viele Grenzlandgemeinden und die gesamte Ostregion Österreichs.“

Der Gemeindebund und Europa

1996 ist für den Gemeindebund-General dank der Einrichtung eines eigenen Gemeindebund-Büros in Brüssel einer der wichtigsten Meilensteine. „Das war damals sensationell, es gab kaum österreichische Institutionen, die damals in Brüssel eine ständige Vertretung hatten. Es war auch ein langer Kampf, die Finanzierung und die Struktur dieses Büros sicherzustellen.“



Robert Hink übernimmt 1988 unter dem legendären Waldvierler Gemeindebund-Präsident Franz Romeder das Amt des Generalsekretärs des österreichischen Gemeindebundes,



ein wichtiger Meilenstein im Wirken Robert Hinks war die „Chronik des Erfolgs“, die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Gemeindebundes 1997 oder ...



... auf europäischer Ebene die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit dem Deutschen Städte- und Gemeindetag.



Robert Hink im Sommer 2008 beim Fest der Jubilare (siehe Bericht Seite 90) in Dürnstein mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

Fotos: Boltz/Kosak/Gemeindebund

Dieser Kampf sei allerdings auch die Basis für den heutigen Stellenwert der Gemeinden in Europa gewesen. „Die heimischen Gemeinden sind heute in Europa über den AdR und den RGRE wirklich gut aufgestellt“, so Hink. Auch in den Folgejahren hat der Gemeindebund gemeinsam mit der EU zahlreiche Projekte abgewickelt, die alle Hinks Handschrift tragen. Die Durchführung des Projekts „International Communal Network (ICNW) hat tausende Gemeinden in ganz Europa zum Erfahrungsaustausch zusammengebracht. Neueste Initiative ist die Gründung der IAM – International Academy for Mayors, einer Weiterbildungseinrichtung für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ganz Europa.

Der Herbst des Jahres 1996 brachte auch auf nationaler Ebene einen großen Durchbruch, nämlich die Schaffung des Konsultationsmechanismus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. „Dieser Konsultationsmechanismus ist den meisten Menschen unbekannt, für die Gemeinden aber von enormer Bedeutung. Er räumt ihnen das Recht ein, quasi ein kurzfristiges Veto gegen ein Gesetzesvorhaben einzulegen, wenn davon Angelegenheiten der Gemeinden – vor allem in finanzieller Hinsicht – massiv betroffen sind.“

Ein neuer „Chef“

Einige Jahre später, nämlich 1999, bekam Hink einen „neuen Präsidenten“. Der Niederösterreicher Franz Romeder zog sich von der Spitze des Gemeindebundes zurück, ihm folgte der Salzburger Helmut Mödlhammer nach. „Das war gar nicht so leicht, sich hier umzugewöhnen“, schmunzelt Hink. „Die Führungsstile und der politische Zugang von Romeder und Mödlhammer waren doch sehr unterschiedlich.“

Seit Mödlhammers Amtsantritt habe sich auch die Darstellung

Der Konsultationsmechanismus ist den meisten Menschen unbekannt, für die Gemeinden aber von enormer Bedeutung.

des Gemeindebundes in der Öffentlichkeit stark verändert.

„Mödlhammer hat und hatte – nicht zuletzt, weil er ja aus dem Journalismus kam – einen ganz anderen Zugang zur Öffentlichkeit.“ Der Gemeindebund habe damals erkannt, dass öffentlicher Druck über die Medien, dazu beitragen kann, die eigenen Interessen besser und effektiver durchzusetzen. „Ich selbst habe zur Journaille ja nach wie vor ein gespaltenes Verhältnis“, gesteht der Generalsekretär. „Als detailverliebter Jurist kann ich oft mit der Oberflächlichkeit und der Manipulationskraft mancher Medien schwer umgehen.“ Mit dem stetigen Ausbau des Informationsangebotes der Zeitschrift KOMMUNAL, mit der Gründung des Gemeinde-Intranets „kommunalnet.at“ und mit der Herausgabe der RFG-Zeitschrift und der RFG-Schriftenreihe hat der Gemeindebund inzwischen aber auch seine eigene publizistische Tätigkeit professionalisiert.

„Unsere ständigen Aufgaben sind mittlerweile so stark gewachsen, dass wir dieser Entwicklung auch personell Rechnung getragen haben.“ Inzwischen verfügt der Gemeindebund über rund ein Dutzend hochqualifizierter Mitarbeiter/innen. „Über die Tatsache, dass mein Job einmal eine Halbtagsaufgabe war, kann ich heute nur noch lachen“, so Hink.

„Sachlich und fachlich prüfen“, ist eine der Lieblingsansagen des Generalsekretär. Und so will er auch weiterhin arbeiten. „Die Stärke des Gemeindebundes, und damit hoffentlich auch meiner Amtszeit, war und ist, dass wir eine sehr politische Organisation sind, aber keine parteipolitische. Unser Stellenwert ist national und international deswegen so hoch, weil für unsere Arbeit immer Sachfragen im Vordergrund stehen und weil die Einigkeit der Funktionäre auf der kommunalen Ebene riesig ist.“ Die Frage nach seiner persönlichen Zukunft im Gemeindebund wischt der 60jährige Robert Hink fast verächtlich beiseite: „Eines steht fest: Ich werde wohl nicht der am längsten amtierende Generalsekretär des Gemeindebundes sein.“

Daniel Kosak



Fotos: Steiermärkischer Gemeindebund

Das nach der Ära Hermann Kröll „runderneuerte“ Team des Steiermärkischen Gemeindebundes mit seinem Präsidenten, Bürgermeister Erwin Dirnberger, in der Mitte.

Jubiläum „60 Jahre Steiermärkischer Gemeindebund“ in Lannach

Seit sechs Jahrzehnten im Dienste der Gemeinden

Mit einer Festveranstaltung in Lannach feierte der Steiermärkische Gemeindebund Mitte Juni seinen 60-jährigen Bestand. Zahlreiche Politiker, Wirtschaftsprominenz sowie 400 steirische Bürgermeister kamen zusammen, um auf sechs Jahrzehnte Interessenvertretung der steirischen Gemeinden zurück zu blicken.

Die Jubiläumsfeier des 1948 gegründeten Steiermärkischen Gemeindebundes fand Anfang Juli im Rahmen des Steirischen Gemeindetages in der Steinhalle Lannach statt. Präsident Bgm. Erwin Dirnberger begrüßte die Spitzen der steirischen Politik und Wirtschaft wie LH Franz Voves, LHStv. Hermann Schützenhöfer, die Landesrat Johann Seitinger, Landtags-Präsident Siegfried Schrittwieser, Landesamtsdirektor Gerhard Ofner, Diözesanbischof Dr. Egon Kapellari. Mit dabei waren auch Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer und sein „General“ Robert Hink. Zur Eröffnung der Veranstaltung stellte Präsident Erwin Dirnberger die

Geschichte des steiermärkischen Gemeindebundes sowie die mittlerweile 30-jährigen Kontakte mit dem Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

dar. Der Präsident betonte die gute Zusammenarbeit des Gemeindebundes mit dem Städtebund und forderte mehr Unterstützung beim Finanzausgleich für Gemeinden, die unter der Bevölkerungsabwanderung leiden. Dirnberger ging in seiner Rede auch auf die Entwicklung der Europäischen Union ein: „Gerade die Gemeinden sind gefordert, mehr zum besseren EU-Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zu tun.“ LH Franz Voves betonte in seinen Grußworten, dass die Kom-



Besonderer Höhepunkt: Die Ehrung der verdienten Mitglieder Vizepräsident a.D. Franz Ninaus (links), Präsident a.D. Hermann Krölls (4.v.r.) und Geschäftsführer a.D. Klaus Wengers (rechts). Hier mit Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer, LH a.D. Josef Krainer, LH Stv. Hermann Schützenhofer, LH Franz Voves und dem stmk. Gemeindebundpräsidenten Erwin Dirnberger.

munen Heimat bieten: „Gerade durch den immer härter werdenden globalen, aber auch europäischen Wettbewerb der Regionen sind unsere Gemeinden immer stärker gefordert. Mit unserem steirischen Projekt 'Regionext' arbeiten wir daran, dass unsere steirischen Gemeinden in diesem Wettbewerb bestehen können.“

LHStv. Hermann Schützenhöfer schloß sich der Wichtigkeit des Projekts „Regionext“ an und hob die Bedeutung der kleinen Gemeinden hervor: „Für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind gerade die kleinen Gemeinden und die Kleinregionen besonders bedeutend. Hier finden die Menschen jene Vertrautheit und Geborgenheit, die sie aus der Tradition heraus gewohnt



Helmut Mödlhammer, Erwin Dirnberger und Hermann Schützenhöfer fanden auch Zeit zum Plaudern.

sind und auch für die Zukunft erhalten wollen. Dabei erfüllt der Steiermärkische Gemeindebund eine ganz wichtige Rolle.“ Wichtigster Programmpunkt: Die Ehrungen langjähriger Funktionäre des Steiermärkischen Gemeindebundes. Präsident a. D. Hermann Kröll wurde zum „Ehrenpräsident“ ernannt, dem ehemaligen Vizepräsidenten Bgm. a. D. Franz Ninaus und Landesgeschäftsführer a. D. Dr. Klaus Wenger wurde die Ehrenmitgliedschaft des Steiermärkischen Gemeindebundes verliehen. In seinen Schlussworten forderte Erwin Dirnberger für die steirischen Bürgermeister eine Anpassung der Bezüge an jene der übrigen österreichischen Bundesländer und bekräftigte abschließend, dass der Gemeindebund weiterhin eine starke und bedeutsame Interessenvertretung für die steirischen Gemeinden bleiben wird. Mehr auf www.gemeindebund.steiermark.at.

20. Bürgermeistertag in Wieselburg

Regionen im Würgegriff der Globalisierung

Bereits zum 20. Mal kamen zahlreiche Kommunalpolitiker und Wirtschaftsgrößen zusammen, um sich über zukunftsfähige Strategien für den ländlichen Raum auszutauschen. Diskutiert wurde beim diesjährigen Bürgermeistertag über die „Regionen im Würgegriff der Globalisierung“.

„Vielen Menschen macht das Tempo der nationalen und internationalen Entwicklungen Angst“, so Forum-Land Präsident, Franz Grillitsch, in seiner Eröffnungsrede. Das Bedürfnis nach Heimat können die Kommunen stillen, dazu seien aber bestimmte Rahmenbedingungen notwendig. Unter anderem müsse es eine entsprechende Infrastruktur geben. Das Internet stellt dabei eine Chance dar:

„Mit der Breitbandtechnologie holt man die Welt ins Dorf“, so Grillitsch. „Damit wird die Infrastruktur im Kommunikationsbereich wesentlich verbessert und Chancen für neue Arbeitsplätze geschaffen.“ Für den Ausbau der Infrastruktur seien mehr finanzielle Mittel erforderlich. Es wurde bereits erreicht, dass kleinere Kommunen künftig stärker als bisher gefördert werden. Durch den neuen Finanzausgleich bekommen Gemeinden bis 10.000 Einwohner ab dem Jahr 2011 pro Jahr rund 100 Millionen Euro mehr.

Regionen müssen kooperieren

Petra Patzelt, Geschäftsführerin der Regionalen Innovationszentren (RIZ) betonte, dass eine regionale Innovationsstrategie – basierend auf neuen Technologien, Bildung, Infrastruktur und entsprechenden Fördermöglichkeiten – notwendig sei. Da sich nicht jede Gemeinde für ein Betriebsgebiet eigne, seien gemeinsame Investitionen und Projekte wichtig. „Auch Regionen müssen mehr kooperieren

und Netzwerke bilden, das kann auch über die Landesgrenze hinausgehen“, so Patzelt.

Raiffeisenlandesbank OÖ-Generaldirektor Ludwig Scharinger sprach sich dafür aus, die Globalisierung als Chance zu sehen. Hierfür seien funktionierende ländliche Räume erforderlich. Zur aktuellen Lebensmittelpreis-



Bei der Veranstaltung im Rahmen der Wieselburger Messe nahm auch Gemeindebund-„General“ Dr. Robert Hink (2.v.r.) teil.

Debatte stellte Scharinger fest, es sei „gut, wenn die Produkte der Landwirte wieder etwas wert sind.“ In seiner Rede wies er darauf hin, wie wichtig eine gesicherte Nahversorgung in den Regionen sei. Dabei erwähnte er das von der RLB OÖ initiierte Projekt „Land lebt auf“, das sich bereits in anderen Bundesländern bewährt hat. Dabei handelt es sich um einen regionalen Versorger, der in Gemeinden Produkte des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Trafik oder Post anbietet.

Anlässlich seines 20-Jahr-Jubiläums wurde der Initiator und Tagungsleiter des Bürgermeistertages, Sixtus Lanner, bei der Veranstaltung in Wieselburg ausgezeichnet. Lanner selbst fand nach der Auszeichnung folgende Worte zum Thema: „Wer in unserer globalen Wettbewerbsgesellschaft erfolgreich bestehen will, muss seine Stärken besonders vorheben und seine Kräfte bündeln.“

Die größte Hitzewelle dürfte heuer zwar vorbei sein, dennoch bleibt die Frage:

Was tun, wenn die Hitze kommt?

Besonders im Alter machen die heißen Temperaturen zu schaffen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) weiß, wie ältere Menschen gut durch die heißen Tage kommen.

Dr. Othmar Thann

Die heißesten Tage des Jahres stehen bevor – für die einen eine Freude, für die anderen eine große Belastung. Denn besonders älteren Menschen macht die Sommerhitze zu schaffen. Der Körper verträgt die steigenden Temperaturen nicht mehr so gut wie in jungen Jahren, sodass Hitze im Alter ein gesundheitliches Risiko darstellt. Typische

Durst bedeutet, dass der Körper bereits etwa zehn Prozent seines Wasservorrats verloren hat.

Dr. Rupert Kisser, Bereichsleiter Heim, Freizeit & Sport im KfV.

Hitzefolgen wie Sonnenstich und Hitzschlag treten schneller auf, da die Fähigkeit zu schwitzen nachlässt – bei älteren Menschen bilden sich die Schweißdrüsen zurück, der Körper speichert weniger Wasser. Kreislaufprobleme und Erschöpfungszustände sind häufig Folge dieses Flüssigkeitsmangels. Das Durstempfinden lässt im Alter nach, weshalb trotz Hitze häufig darauf „vergessen“ wird, ausreichend Wasser zu trinken. „Bei hohen Temperaturen muss man jedoch regelmäßig trinken, und nicht erst, wenn man Durst verspürt“, warnt Dr. Rupert Kisser, Bereichsleiter Heim, Freizeit & Sport im KfV. „Denn Durst bedeutet, dass der Körper bereits etwa zehn Prozent seines Wasservorrats verloren hat.“ Am besten ist es, Wasser ohne Kohlensäure zu trinken, aber auch gespritzte Fruchtsäfte wie Apfelsaft sind wichtig, um Mineralien und Spurenelemente aufzunehmen. Damit man den Überblick



Dr. Othmar Thann ist Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

über die Flüssigkeitsmenge behält, kann es hilfreich sein, sich gefüllte Gläser oder Krüge herzurichten, die dann über den Tag verteilt getrunken werden. Neben ausreichendem Trinken sorgen auch wasserreiches Obst und Gemüse wie Melonen, Weintrauben, Gurken oder Tomaten für den Flüssigkeitsausgleich. Leichte Mahlzeiten helfen, den Kreislauf bei heißen Temperaturen in Schwung zu bringen. Durch mineralstoffhaltige Kost wie Vollkornprodukte, Reis, sowie Obst und Gemüse kann Hitzekrämpfen vorgebeugt werden. Erfrischend wirken auch Kräuter- oder Früchtetee, Joghurt, sowie viele weitere Milchprodukte und Salate. Auf fettreiches Essen sollte verzichtet werden – Schweinsbraten und Co liegen wie Steine im Magen und die aufwendige Verdauung braucht viel Energie des durch die Hitze ohnehin geschwächten Körpers. Auch alko-

holische Getränke sind in der Sommerhitze nicht ratsam. Alkohol belastet den Kreislauf und veranlasst die Nieren zu verstärkter Wasserausscheidung. Dasselbe gilt für Kaffee und Schwarztee, die ebenfalls gemieden werden sollten.

Glühende Hitze meiden

Besonders während der Mittagsstunden ist die Hitze groß. Längere Aufenthalte im Freien oder anstrengende Tätigkeiten in der prallen Sonne erhöhen das Risiko eines Sonnenstichs und sollten daher auf die kühleren Morgen- oder Abendstunden verschoben werden. „Zur Mittagszeit sollten besonders ältere Menschen Mittagsruhe halten“, rät Dr. Kisser. In der Wohnung machen Ventilatoren und Fächer die Hitze erträglicher – auch warme Luft kann erfrischen, wenn sie bewegt wird. Abhilfe schafft auch die Rollläden zumindest halb geschlossen zu haben – ein Aufheizen der Wohnräume wird



so vermindert. Die Fenster sollten nur früh morgens oder abends geöffnet werden, tagsüber bringt Lüften keine Abkühlung. Luftdurchlässige Kleidung und leichte Stoffe erleichtern heiße Tage deutlich. Zur Erfrischung kann man kaltes Wasser über die Innenseite der Handgelenke laufen lassen oder ein kühlendes Fußbad nehmen – das bringt den Kreislauf in Schwung. Muss man dennoch einmal in die Sommerhitze, ist es wichtig, die Haut vor der UV-Strahlung zu schützen. Vor jedem Aufenthalt im Freien sollte Sonnenschutzcreme aufgetragen werden. Auch eine helle Kopfbedeckung hilft Hitzeleiden vorzubeugen.

Erste-Hilfe-Maßnahmen bei Hitzeleiden

Bei den ersten Anzeichen eines Sonnenstichs oder Hitzekollaps wie Schwindel, Kopf- und

Nackenschmerzen, Übelkeit, sowie Flimmern vor den Augen oder Verwirrtheit, umgehend aus der Sonne gehen! Langsame Flüssigkeitszufuhr an einem kühlen Ort, das Öffnen beengender Kleidungsstücke, sowie Kopf und Beine hoch lagern sind erste Sofort-Maßnahmen, um den Kreislauf zu stabilisieren. Bei Bewusstseinsverlust sollte der Betroffene in die stabile Seitenlage gebracht werden und ein Notarzt gerufen werden. Bei Hitzschlag-Symptomen wie hohem Fieber, Ohnmacht und heißer, trockener Haut hilft es zusätzlich den Patienten bis zum Eintreffen des Arztes mit feuchten Wickeln zu kühlen, besonders im Kopf- und Nackenbereich. Gegen Hitzekrämpfe schaffen Flüssigkeitsaufnahme und gegebenenfalls Kalzium- und Magnesiumpräparate Abhilfe. In jedem Fall sollte eine Abklärung beim Arzt erfolgen. „Wenn man sich ausreichend auf die Sommerhitze vorbereitet und die Tipps berücksichtigt, dann können die heißen Tage kommen!“, schließt Dr. Kisser.



Foto: KfV, Pixello

Leitende Gemeindebedienstete

Fachtagung im Zeichen des e-Government

Die FLGÖ Landesfachtagung 2008 in Krems a.d. Donau stand ganz im Zeichen des "E-Government für Gemeinden" mit Schwerpunkt Weiterbildung und Neue Strategien.

Der Bundesobmann des FLGÖ, Stadir. Herbert Maislinger setzte sich in seinem Vortrag über ganzheitliches und kooperatives Management für die Schaffung eines positiven Klimas in den Gemeindeverwaltungen ein. Es sollen gleichsam „Felder für ansteckende Gesundheit“ in den Gemeinden ständig neu geschaffen werden.

Die Kommunal Akademie NÖ, vertreten durch Dir. Harald Bachhofer, überzeugte durch ein reichhaltiges und praxisbezogenes Bildungsangebot auf den Gebieten Führungskräfteausbildung und Professionelles Finanzmanagement sowie durch eine Vorausschau auf künftige hochinteressante Vorhaben wie z.B. Gender Budgeting oder Mediation.

Dass heute eine E-Government Ausbildung in NÖ auf höchstem Niveau erfolgen kann, sieht man daran, dass derartige Lehrgänge auf Universitätsebene in verschiedensten Varianten angeboten werden. Dazu berichtete Mag. Dr. Peter Parycek, Zentrumsleiter für E-Government von der Donauuniversität Krems.

Die in der Generalversammlung durchgeführte Neuwahl des Vorstandes ergab übrigens die Wiederwahl von AL Franz Haugensteiner aus Purgstall an der Erlauf als Obmann für die nächsten drei Jahre.

Alle Vorträge der Landesfachtagung und den Rechenschaftsbericht finden Sie auf unserer Homepage www.flgoe-noe.at Und noch ein Hinweis : Am 6. November 2008 findet die Bundesfachtagung in Burgenland statt.

Burgenland

LR Rezar reserviert mehr Gelder für Tagesbetreuung

Seniorenbetreuung: Mehr Förderung

EISENSTADT

Die Anzahl der Pflege- und Betreuungsbedürftigen steigt im Burgenland derzeit stark an. Deshalb wurde die Landesförderung für die Tagesbetreuung um mehr als 40 Prozent ange-

hoben und liegt bei etwa 35 bis maximal 44 Euro pro Tag. Mit der neuen höheren Förderung will LR Peter Rezar bis Ende 2009 eine Auslastung der Seniorenbetreuung von mehr als 50 Prozent erzielen.

Gemeinden mit Haltestellenanzeigern ausgestattet

Benutzerfreundliche Fahrgastinfo

EISENSTADT

Im Rahmen der "Fahrgastoffensive Bus B50" wurden die Bushaltestellen in den Gemeinden Jois, Winden, Breitenbrunn, Purbach, Donnerskirchen und Schützen mit neuen Haltestel-

lenanzeigern ausgestattet, die die Fahrgastinformation und Benutzerfreundlichkeit spürbar verbessert. Das Burgenland werde damit Vorreiter im Bereich der Fahrgastkommunikation, so LH Hans Niessl.



Besonders in der Ferienzeit ist flexible Kinderbetreuung gefragt.

103 Betreuungsangebote während der Sommerferien

Gemeindeübergreifende Kinderbetreuung steigt

EISENSTADT

Die Ferienzeit ist für berufstätige Eltern oft eine große Herausforderung. Das Burgenland liegt mit einer Betreuungsquote von 97 Prozent bei den Drei- bis Sechsjährigen an der Spitze aller Bundesländer. Von 281 Einrichtungen haben heuer bereits 103 Betreuungsangebote für Kinder während der Sommerferien. „Das sind um 45 Prozent mehr Betreuungsangebote als

noch vor einem Jahr“, betont Kindergartenreferentin Landesrätin Mag. Resetar. „Mit dem neuen Kindergartenengesetz, das mit 1. Jänner 2009 in Kraft tritt, wird die Betreuungsqualität durch mehr Personal und die Betreuungsquantität durch bis zu 600 zusätzliche Betreuungsplätze für Unterdreijährige wesentlich gesteigert“, so Resetar.



Kärnten

Land soll Kommunen bei Gestaltung von sozialem Gebührenhaushalt unterstützen

Gebühren: Keine Erhöhungen geplant

KLAGENFURT

„Die Kärntner Gemeinden sind bei der Berechnung ihrer Gebühren äußerst vorsichtig. Angesichts der rasenden Inflation werden die Gemeinden alles unternehmen, um ihre Gebühren nicht zu erhöhen und die Menschen zu entlasten. Es ist aber festzuhalten, dass die Gemeinden aufgrund der landesgesetzlichen Bestimmungen dazu verpflichtet sind, einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt zu führen“, so Bgm. Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes. Dabei werden die Gebührenhaushalte der Gemeinden durch die überdurchschnittlichen Preis-

steigerungen bei der Energie stark belastet. Hohe Öl- und Gaspreise schlagen sich im kommunalen Haushalt nieder. Schon jetzt ist davon auszugehen, dass viele Gebührenhaushalte – entgegen den gesetzlichen Vorschriften – durch die Gemeinden gestützt werden. Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt auch, dass die Kärntner Kommunen bei der Gebührengestaltung schon bisher äußerst zurückhaltend waren. So liegen die Gemeindegebühren pro Kopf in Kärnten unter dem Bundesdurchschnitt.

Kärntner Gemeindebund-Präsident Ferlitsch ist gegen eine Erhöhung der Gemeindegebühren.

Gefordert ist auch das Land Kärnten, die Gemeinden bei der Gestaltung eines sozial verträglichen Gebührenhaushaltes zu unterstützen. Zusätzliche Finanzmittel aus dem Landesbudget sollten die Kostenbelastungen durch die hohen Energiepreise bei den Gemeinden abfangen.



Kritik an Villach

Mehr Gratis-Kindergärten

KLAGENFURT

LH-Stv. Gerhard Dörfler sieht einen positiven Trend, was die gratis Nachmittagsbetreuung in Kindergärten betrifft. Dank der Landesförderung von 75 Euro pro Monat haben nun einige Gemeinden die Gelegenheit am Schopf gepackt und mittels Zuschüsse eine für die Eltern kostenlose Ganztagesbetreuung für Kinder ermöglicht. Die Vorreiterrolle übernahm die Gemeinde Althofen. Kritik hagelt es für Villach: Die Stadt hat noch immer einen der höchsten Kindergartenstarife. Pro Kind kassiert Villach insgesamt 192,96 Euro pro Monat.



Niederösterreich

Radland-Wettbewerb '08

Gesucht: Radfahrprojekte

ST. PÖLTEN

Im Rahmen der Plattform „RADLand Niederösterreich“ werden auch 2008 wieder Projekte gefördert, die das Rad fahren in der Gemeinde attraktiver machen. Subventioniert werden so unter anderem Infrastruktur, Infomaterial, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen, Radständer, Beratungen und Workshops. Insgesamt werden 500.000 Euro an Investitionszuschüssen für die innovativsten und effektivsten Projekte zur Erhöhung des Radanteils am Gesamtverkehr vergeben. Weitere Informationen finden Sie auf www.kommunalnet.at

Großes Venus-Fest in der Gemeinde Willendorf

Eine der wichtigsten Botschafterinnen von NÖ

WILLENDORF

100 Jahre und einen Tag nach ihrer Auffindung fand am 8. August ein Venus-von-Willendorf-Fest statt. Im Rahmen des Festes eröffnete LH Pröll das

„Venusium“, das neu adaptierte Venusmuseum in Willendorf. Die Kosten für den Umbau liegen bei 200.000 Euro. Einrichtungen wie diese seien wichtige Orientierungspfeile, so Pröll.



Dir. des Naturhist. Museums Wien, Dr. Bernd Lötsch, LH Dr. Erwin Pröll und Mag. Carl Aigner, Dir. des NÖ Landesmuseums in St. Pölten (v.l.) besuchten die Venus an ihrem Fundort in Willendorf.

Neuer Lehrgang startet

Kulturelle Vielfalt in Gemeinden

ST. PÖLTEN

Die NÖ Landesakademie bietet einen Lehrgang an, um kulturelle Vielfalt und gutes Zusammenleben in Gemeinden zu fördern. Der Lehrgang baut auf dem NÖ Integrationsleitbild auf, das unter dem Titel „Guat Zusammenleben“ steht. Absolventen sollen helfen, das Wissen über andere Kulturen durch intensive Kommunikation zwischen Bürgern und Migranten durch bisher vielleicht unbekannt oder wenig beachtete Tatsachen auszubauen. Mehr Infos zu den Modulen und zur Anmeldung gibt es auf www.kommunalnet.at



Oberösterreich

Zwischenbilanz: Hochwasserschutz in OÖ –Stand 2008

Schutz vor der Natur: Hochwasserschutzprojekte

LINZ

Das Jahrhunderthochwasser 2002 hat vor allem den oberösterreichischen Raum stark getroffen – als verheerendstes Hochwasserereignis in OÖ aller Zeiten verursachte es einen Schaden von 1,1 Milliarden Euro, bundesweit rund 2,9 Milliarden Euro. Für LR Rudi Anschober ist daher der Hochwasserschutz ein zentrales Anliegen: Ein umfangreiches Bauprogramm läuft bereits auf Hochtouren. Von den rund 400 Schutzprojekten sind bereits 333 im aktuellen Bauprogramm 2008. Bis 2015 werden alle Projekte fertig-

gestellt sein. Rund 500 Millionen Euro werden bis 2015 in den flächendeckenden naturnahen Hochwasserschutz für OÖ investiert. Schwerpunkte des Hochwasser-Gesamtprogrammes sind u.a. Gefahrenzonenpläne für die Gemeinden, Frühwarnprogramme für die Donau und die Stadt Steyr, die Novellierung von Bau- und Raumordnung sowie die Umsetzung des Oö. Hochwasserschutzplanes, die den Bau der 400 Schutzprojekte beinhaltet. Weitere Infos zu den Schutzmaßnahmen finden Sie auf www.land-oberoesterreich.gv.at

Land finanziert Bau von drei neuen Güterwegen

Eckpfeiler für ländliche Lebensräume

LINZ

Das Land Oberösterreich hat nun den Bau von drei neuen Güterwegen beschlossen, den Lebensadern im ländlichen Raum. Gebaut wird in den Gemeinden St. Wolfgang (Bezirk

Gmunden), Königswiesen (Bezirk Freistadt) und Ayrach (Vöcklabruck). Die Gesamtkosten betragen 61.936 Euro. Jährlich entsteht ein Bauvolumen von rund 30 Millionen Euro für Neubau und die Erhaltung.

OÖ Landesregierung fördert Landesausstellung 2008

Landesausstellung „Salzkammergut“

LINZ

Für die Projekte der OÖ. Landesausstellung 2008 im Salzkammergut wird eine weitere Rate von 600.000 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Rate wird u.a. unter den Projekten Kammerhof-

museum in Gmunden, Egger-Haus in Altmünster, Trinkhalle in Bad Ischl, Schönbergalm in Obertraun oder dem Freilichtmuseum Paarhof - Stallscheune in Gosau aufgeteilt.



Salzburg

Online-Boom in Salzburg

Gesetzesentwurf per Newsletter

SALZBURG-STADT

Auf der offiziellen Homepage des Landes Salzburg präsentieren Landespolitik und Landesverwaltung rund um die Uhr Informationen, Service und interaktive Anwendungen, die täglich mit dem kostenlosen Newsletter "frisch auf den Tisch" serviert werden. Neben den neu erscheinenden Landesgesetzblättern, die seit April 2005 online versendet werden, können nun auch Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die zur Begutachtung frei gegeben sind, per E-Mail bestellt werden. Die Homepage zählt täglich rund 100.000 Zugriffe. www.salzburg.gv.at

Landesrätin besuchte Kindergarten in Flachau-Reitdorf

LR Eberle: „Ferienbetreuung im Pongau ist vorbildlich“

PONGAU


LR Doraja Eberle stattete kürzlich dem Gemeindekindergarten Flachau-Reitdorf einen Besuch ab und zeigte sich beeindruckt „über die offene Arbeitsweise im Kindergarten, die den Kindern Kreativität, Spaß und Abenteuer bietet“. In einzelnen Gemeinden ist es oft nicht wirtschaftlich, Kinderbetreuungseinrichtungen offen zu halten. Daher ist es ein wichtiges Ziel, so LR Eberle, „die Gemeinden untereinander zu vernetzen und durch gestaffelte Öffnungszeiten eine durchgehende Betreuung der Kinder in den Ferien sicherzu-

stellen“. Im Pongau entwickelt sich die gemeindeübergreifende Ferienbetreuung besonders erfreulich. Der Kindergarten Flachau-Reitdorf nimmt nicht nur Gastkinder aus anderen Gemeinden auf, sondern hält zusätzlich bis zum 18. August offen. An drei Orten, in Radstadt, Bischofshofen und St. Johann finden gemeindeübergreifende integrative Ferienprogramme statt. Eine Auflistung aller Einrichtungen, die eine Betreuung während der Ferien anbieten, finden Sie unter www.salzburg.gv.at/kinderbetreuung

Renovierungen gefördert

Erhaltung des kulturellen Erbes

FLACHAU

Die Renovierung des Schlosses Höch in Flachau ist eines der Vorhaben zur Erhaltung des kulturellen Erbes. Seit 2001 wurden der Kauf und die Sanierung des Bauwerkes vom Land mit insgesamt 525.000 Euro unterstützt. Ebenfalls abgeschlossen ist die Renovierung der Pfarrkirche Flachau, zu der das Land 35.000 Euro beigesteuert hat. Seit dem Jahr 2004 wurden im Land Salzburg rund 500 Projekte unterstützt. Das Gesamt-Investitionsvolumen beträgt 3,72 Millionen Euro, so Landesrätin Doraja Eberle. 

Steiermark

Sechs Gemeinden übernehmen „Fair“-antwortung

Erste Fairtrade-Region Österreichs ausgezeichnet

AUSSEERLAND-SALZKAMMERGUT

Das Ausseerland-Salzammergut setzt auf fairen Handel und wurde dafür Ende Juni mit dem Siegel „1. Faire Region Österreichs“ ausgezeichnet. Sechs Gemeinden engagieren sich dafür, dass die Rohstoffe aus den Entwicklungsländern unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen produziert werden und erreichen dadurch eine österreichweite Vorbildwirkung. Der Verein Fairtrade setzt sich gegen Kinder- und Zwangsarbeit und für gesetzliche Mindestlöhne in benachteiligten Län-

dern ein. Die sechs Gemeinden (Altaussee, Bad Aussee, Grundlsee, Pichl/Kainisch, Bad Mitterndorf, Tauplitz) unterstützen Fairtrade dabei, heimische Produkte zu bewerben und den fairen Handel zu fördern: Der Eine-Welt-Laden der Handelsakademie Bad Aussee sowie das Projekt „Schulen für Afrika“ ist eine der Initiativen, für die das Ausseerland-Salzammergut nun ausgezeichnet wurden. Neben der steirischen Region wurden auch zahlreiche Fairtrade-Betriebe ausgezeichnet. Ziel des Vereins ist es, möglichst viele Firmen für die Idee zu gewinnen.



Gaben das Ergebnis der außerordentlichen Regierungssitzung bekannt – Landeshauptmann Mag. Franz Voves mit Stellvertreter Hermann Schützenhöfer und Finanzlandesrat Dr. Christian Buchmann.

Brief an Mateschitz unterwegs: Förderungen zugesagt

Klares „Ja“ zum Projekt Spielberg

GRAZ

Das Land Steiermark sagt eindeutig ja zum Projekt Spielberg, es wird eine mit dem Europäischen Wettbewerbsrecht konforme Förderung geben und Dietrich Mateschitz kann sofort den positiven UVP-Bescheid erhalten. Dem derzeitigen Stand nach wird Mateschitz, der persönlich als Investor auftritt, 30 bis 50

Millionen Euro für das Projekt bereitstellen. LH-Stv. Hermann Schützenhöfer: „Wir gehen bis zum Maximum der zulässigen Förderung und signalisieren damit Dietrich Mateschitz, dass wir als Land Steiermark wollen. Und wenn er auch will, dann können morgen die Bagger auffahren.“ 

Tirol

Haltestelle Nikolsdorf und Dölsach nicht aufgelassen

ÖBB-Haltestellen vor Aus „gerettet“

OSTTIROL

Entgegen den Plänen der ÖBB werden im Fahrplan 2008/2009 auch die Haltestellen Nikolsdorf und Dölsach angefahren. LH-Stv. Anton Steixner konnte sich für die beiden Orte erfolg-

reich durchsetzen. Die Haltestelle Lendorf wurde jedoch aufgelassen. Ein Grund zur Freude: Ab Dezember fährt werktags stündlich ein Zug nach Innichen und Spittal, sonntags im Zweistundentakt.

Golfplatzkonzept wird überarbeitet und verbessert

Golfplätze wichtig für Tirol-Tourismus

INNSBRUCK

Ein ausgewogenes Angebot an Golfplätzen ist für den Sommertourismus besonders wichtig. Das Raumordnungsprogramm „Golfanlagen“ schafft die nötigen Rahmenbedingungen. Das

geltende Tiroler Golfplatzkonzept wird überarbeitet, um es besser auf regionale Bedingungen anzupassen. Dazu wurden Stellungnahmen zu dem vorgelegten Begutachtungsentwurf abgegeben.

LH Platter stellt Pläne der neuen Landesregierung vor

Entlastungen in Bereichen Pflege, Familie, Pendler

INNSBRUCK

In seiner Radiorede informierte LH Platter über die Schwerpunkte der neuen Landesregierung. Gerade die Pflege-Frage bereite vielen Menschen Sorge: „Derzeit müssen Kinder bis zu 10 Prozent ihres Einkommens für die Finanzierung der Pflege ihrer Eltern in einem Heim bezahlen. Wir haben uns im Regierungsprogramm verpflichtet, den sog. Angehörigen-Regress neu zu regeln. Mein Ziel ist es, auf diesen Regress zu verzichten. Parallel dazu schreitet der Ausbau der Pflegeeinrichtungen in Tirol zügig voran.“ Darüber hin-

aus wolle die neue Regierung vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen unterstützen, etwa durch einen Heizkostenzuschuss von 200 Euro statt bisher 150 Euro. Auch für Familien sei laut LH Platter einiges geplant: Im Herbst soll erstmals das Tiroler Kindergeld Plus ausbezahlt werden, das jährlich 400 Euro pro Kind zwischen drei Jahren bis zum Schuleintrittsalter betragen wird. Eine weitere Entlastung: „Für die Pendler werden wir die Jahreskarten des Verkehrsverbundes deutlich verbilligen“, so LH Platter.



Vorarlberg

LH Sausgruber: Wichtiger Beitrag zur Lebensqualität

Land fördert Infrastruktur-Ausbau in den Kommunen

BREGENZ

Die Landesregierung hat kürzlich die zweite Verteilung von Strukturförderungen im Jahr 2008 beschlossen. Neun Projekte werden aus dem 1997 gegründeten Strukturfonds gefördert, u.a. die Erweiterung der Allgemeinen Sonderschule in Götzis, die Sanierung des Friedhofes sowie die Kirchplatzgestaltung in Riefensberg und die Sanierung der HS Schruns-Grüt. Finanziell unterstützt werden auch die Adaptierungen von Gemeindeamt und Tourismusbüro im Rahmen der Gemeindekooperation von Warth und Schröcken.

Bei einer Finanzierung durch mindestens zwei Gemeinden können nunmehr auch Bauhöfe und Abfallsammelanlagen aus dem Strukturfonds gefördert werden. Die Höhe der Strukturförderungen für ein bestimmtes Projekt ist abhängig von der Zahl der Einwohner und der Finanzkraftquote einer Gemeinde. Die maximale Förderhöhe aus dem Strukturfonds beträgt 200.000 Euro. Gemeindekooperationen werden besonders gefördert: Projekte, die von mindestens drei Gemeinden finanziert werden, erhalten bis zu 250.000 Euro.

Wohnbaupolitik: Halder empfing internationale Gäste

Ökologisch bauen und gesund leben

BREGENZ

Erneut unterstrichen wurde die Vorreiterrolle Vorarlbergs im ökologischen und

und Frauenpolitik wurden u.a. die Öko-Hauptschule Mäder, das Sozialzentrum Nüziders, das ökologische

Foto: VLK/H. Pfarrmaier



LT-Präsident Gebhard Halder (li.) empfing im Landhaus eine Delegation der Internationalen Gesellschaft für Hauswirtschaft (IFHE).

sozial vernetzen Wohnbau durch den Besuch einer Delegation der IFHE. Neben dem Info-Austausch über Wohnbau, Energiezukunft

Gemeindezentrum Ludesch und das Projekt „Haus der Zukunft“ von Rhomberg-Bau in Bregenz besucht.





Gelöste Stimmung herrschte auf der prächtig gelegenen Terrasse des Alten Klosterhofkellers.



Wo er hinkommt, ist er der Star: Rudolf Tillian (95) bei der Ehrung durch Helmut Mödlhammer.



Gemeindebund-General Robert Hink – er feierte an diesem Tag nicht nur seinen 60-er – und OÖ-Gemeindebundpräsident Franz Steininger.



Erich Sieder vom Gemeindebund und Franz Rupp lauschen der Laudatio zu ihren Ehren.



NÖ GVV Führungsspitze: Alfred Rupp und Jubilar Karl Moser

Fotos: Kosak

Der Gemeindebund feiert seine Jubilare Gelungenes Sommerfest in der Wachau

Traditionell feiert der Österreichische Gemeindebund mit Funktionären und Freunden, die in diesem Kalenderjahr einen runden Geburtstag feiern, ein Sommerfest. Die Wachau-Gemeinde Dürnstein war für die Feier des Jahres 2008 der Schauplatz. Auf der Terrasse des Alten Klosterhofkellers hatten sich rund 60 Freunde, Funktionäre und Mitarbeiter des Gemeindebundes eingefunden, um den Jubilaren zu gratulieren. Die Geburtstagskinder des Jahres 2008 sind Präsident a.D. ÖKR. Rudolf Tillian (95), Dr. Erich Sieder (70),

Präsident a.D. LAbg.a.D. Bürgermeister a.D. Franz Rupp (70), Dr. Klaus Wenger (65), HR Prof. Dr. Roman Häußl (65), Bürgermeister BR Ludwig Bieringer (65), VPräsident LAbg. Bürgermeister Matthias Gelbmann (60), Präsident Bürgermeister Franz Steininger (60), GS vortr. HR Dr. Robert Hink (60, siehe auch Bericht Seite 80), Dir. Bürgermeister Johann Meyr (60), VPräsident LAbg. Bürgermeister Karl Moser (55) und Mag. Stefan Primosch (40). Mehr Infos und ein Bildarchiv finden Sie auf www.gemeindebund.at

Neuer Bürgermeister für die öö. Gemeinde Fischlham Die Ära Jakob Auer geht nach 30 Jahren zu Ende

Franz Steininger wurde kürzlich einstimmig zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Fischlham nominiert. Jürgen Schmidberger



Jakob Auer: „Ich übergebe mein Amt in gute Hände“.

übernimmt das Amt des Vizebürgermeisters. Im April 2009 werden die beide ihr Amt aufnehmen und eine neue Ära nach Jakob Auer einläuten. Steininger (33) ist Landwirt und Feuerwehrkommandant. Schmidberger (38) ist Außendienstmitarbeiter. Beide sind seit 1997 in der Gemeindepolitik tätig und haben v.a. in den Bereichen Kultur, Schule, Sport und Raumordnung hervorragende Leistungen für Fischlham erbracht. Als Schüler von Jakob Auer sind beide mit der Arbeit in der Gemeinde gut vertraut.

Ehrenzeichen an Feldkirchner Gemeinderat verliehen Landesauszeichnung für Puschtitz

Der Landwirt in Ruhe und Gemeinderat Hermann Puschtitz – das „Urgestein“ von Feldkirchen – feierte kürzlich seinen 65. Geburtstag. Im Rahmen einer großen Feier wurde dem Jubilar von LH Jörg Haider und LHStv. Gerhard Dörfler das Ehrenzeichen des Landes Kärnten verliehen. „Ob als

Gemeinderat, Kommandant der FF Waiern, Obmann der Dorfgemeinschaft Waiern, Obmann des Abwehrkämpferbundes und Obmannstellvertreter des Kameradschaftsbundes. Puschtitz hat stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürger der „Tiebelstadt“, so Haider und Dörfler bei der Verleihung.

Solgaard-Nielsen ist neuer Chief Executive Officer Neuer CEO für die Pipelife Gruppe

Der 50-jährige Däne Niels Rune Solgaard-Nielsen wurde kürzlich zum Chief Executive Officer der Pipelife Gruppe ernannt. Er folgt Miguel Kohlmann nach, der fast 10 Jahre für die Pipelife Gruppe tätig war. Seine



Mit 1. Juli 2008 neuer Pipelife-CEO: Der Däne Niels Rune Solgaard-Nielsen.

Karriere bei Pipelife begann Solgaard-Nielsen im Jahr 2003 als COO der Region Nordeuropa. Die Pipelife Gruppe mit Headquarter in Wiener Neudorf ist ein führender Hersteller von Kunststoffrohrsystemen und Verbindungsstücken in Europa.

Bürgermeister-Personalia

Jüngste Rochaden im Amt

► **GÖMING:** Als neuer Bürgermeister der Flachgauer Gemeinde Göming in Salzburg wurde der 52-jährige **Werner Fritz** von Bezirkshauptmann Hofrat Mag. Reinhold Mayer angelobt. Der Unternehmer und Malermeister folgt dem Landwirt **Rudolf Felber** nach, der zurückgetreten ist.

► **EBEN:** Nach seiner 24-jährigen Amtszeit als Bürgermeister der Gemeinde Eben im Pongau trat **Peter Fritzenwallner** zurück und **Herbert Farmer** wurde als neuer Bürgermeister angelobt. Der ausgebildete Landmaschinentechniker war seit 1999 Vizebürgermeister und ist als Betriebsleiter tätig. Als neuer Vizebürgermeister wurde Hans Seyfried angelobt.

► **ROTTENMANN:** Der 35-jährige Mag. **Andreas Hämmerle** wurde kürzlich als neuer Vizebürgermeister der steirischen Stadtgemeinde Rottenmann angelobt. Der Rechtsanwalt ist nach seinem Studium insbesondere bei der Verkehrsunfallabwicklung und bei Zivilverfahren tätig gewesen. Hämmerle folgt **Franz Klewein** in seinem Amt nach.

► **ST. KOLOMAN:** Mit 14 von 17 Stimmen wurde der Nachfolger von Ing. **Christian Struber**, MBA gewählt. Der 46-jährige **Willi Wallinger** ist kürzlich als neuer Bürgermeister der Gemeinde St. Koloman im Tennengau angelobt worden. Wallinger ist Mitarbeiter der Salzburg AG und betreibt auch eine Landwirtschaft in St. Koloman. Bisher war er Vizebürgermeister. Sein Amtsvorgänger Christian Struber bleibt unter anderem Bezirksparteiobmann der Volkspartei im Tennengau.

► **ZELTWEG:** Nachdem **Kurt Leitner** in den Ruhestand übergetreten ist, hat Dir. **Kurt Haller** das Bürgermeisteramt der Sportstadt Zeltweg übernommen. Haller war in den letzten zehn Jahren Vizebürgermeister der Stadtgemeinde. Der 55-Jährige ist beruflich als Direktor der Volksschule in Zeltweg tätig.

► **GRINZENS:** Nachdem Langzeitbürgermeister **Karl Gasser** nach 28 Jahren Amtszeit als Bürgermeister der Gemeinde Grinzens zurückgetreten ist, wurde der bisherige Vizebürgermeister, der Landwirt und Waldaufseher **Anton Bucher** zum neuen Bürgermeister gewählt. Der 48-jährige Anton Bucher ist schon die dritte Periode im Grinzner Gemeinderat tätig. Zum neuen Vizebürgermeister wurde Charly Jansenberger gewählt.

► **WEIßPRIACH:** In Weißpriach im Lungau wurde kürzlich der 46-jährige Sägewerksbesitzer **Peter Bogensperger** zum neuen Bürgermeister gewählt. Von den 188 abgegebenen Stimmen waren acht ungültig, 171 Stimmen entfielen auf Ja und neun Stimmen auf Nein. Der langjährige Bürgermeister **Hermann Bogensperger** legte nach 17 Jahren sein Amt zurück.

► **SCHÖNAU:** Der 42-jährige Landesbedienstete **Herbert Haunschmied** wurde kürzlich einstimmig zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Schönau in Oberösterreich gewählt. Haunschmied folgt damit **Efrem Kriechbaumer** nach, der über 12 Jahre Bürgermeister war. Wichtige Themen für Haunschmied sind Gemeinschaft und Jugend.

Personalia

Gertrude Brinek folgt Maria Fekter nach Neue Volksanwältin im Amt

Als Nachfolgerin von Maria Fekter, die kürzlich das Amt als Innenministerin angetreten hat, wurde Gertrude Brinek als neue Volksanwältin gewählt. Brinek ist langjährige ÖVP-Abgeordnete und Wissenschaftsprecherin ihrer Fraktion. Die 56-jährige Niederösterreicherin hat Pädagogik, Psychologie und Kunstgeschichte studiert und war nach Lehrtätigkeiten an Wiener Volks- und Hauptschulen u.a. als Assistenzprofessorin am Institut für Bildungswissenschaft an der Universität Wien tätig. Ihre politische Laufbahn begann sie 1983 als Bezirks-



Gertrude Brinek (56) ist die neue Volksanwältin.

rätin in Leopoldstadt. Brinek war Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin von 1991 bis 1994, Abgeordnete zum Nationalrat und Bezirksparteiobfrau in Leopoldstadt.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 5. Juni 2008 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

► **Ing. Mag. Alfred Riedl**, Abgeordneter zum nö. Landtag, Präsident des nö. Gemeindevertreterverbandes der ÖVP und Bürgermeister der Marktgemeinde Grafenwörth.

Mit Entschließung vom 18. Juni 2008:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich an

► **Heinrich Madlmayr**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Gramastetten in Oberösterreich.
► **Johann Schachner**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Freinberg in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 20. Juni 2008:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

► **Ferdinand Itzinger-Penninger**, Gemeinderat der Gemeinde Piberbach in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 28. Juli 2008:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

► **Manfred Atzmüller**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Roßleithen in Oberösterreich.

Symposium

Pflege und Betreuung

Analysen und Lösungsansätze

Pflege und Betreuung sind – endlich – wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Diskussionen über die „Schwarzarbeitsfälle“ und die kurzfristigen politischen Maßnahmen im Rahmen der Ausländerbeschäftigung sowie zur Erleichterung der 24-Stunden-Pflege und Betreuung sind zwar plakative und wohl auch symptomatische, aber eben doch nur Ausschnitte einer überaus komplexen und vielschichtigen Problematik. Hier für mehr Klarheit zu sorgen und fundierte Analysen vorzulegen sowie nachhaltige Lösungsansätze

jenseits vom „politischen Alltagsgeschäft“ zu diskutieren, waren die Grundlagen eines im Jahr 2007 veranstalteten Symposiums. Der vorliegende Band will die dort vertretenen Positionen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.



Das Buch

A. Univ.-Prof. Dr. Walter J. Pfeil, „Zukunft der Pflege und Betreuung in Österreich“, 193 Seiten
ISBN 978-3-214-03863-X
MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Tel.: 01/531 610
E-Mail: verlag@manz.at

Dokumentation

Festival der Almhütten

Lieder, Tänze und Bilder

239 Sängermusikanten und Tänzer aus den Gemeinden und Landschaften rund um den Wechseln kamen im Juni 2007 zu einem



einzigartigen volksmusikalischen Treffen zusammen: Eine eindrucksvolle

Dokumentation berichtet über das Festival der Almhütten, das unter dem Motto Schwaigen-Reigen 2007 stattfand. Alle Schwaigen und Almhütten werden mit ihren Besonderheiten aus ihrem Lied- und Musikgut in Bild und Ton vorgestellt. Das von den Herausgebern ausgewählte Material liegt nun in Noten zum Nachspielen und Nachsingen vor. Es ist ein klingendes Mosaik, das in diesem Buch zusammengetragen wurde: Bekanntes und Unbekanntes, alte überlieferte Lieder stehen neben jüngeren Formen aus der gegenwärtigen Liedpflege, und Volkstanzmelodien neben volkstümlichen Kompositionen heimischer Musiker.

Das Buch

Erika Sieder und Walter Deutsch, „Schwaigen-Reigen Echo“, ISBN 978-3-85252-921-9
Verlag Bibliothek der Provinz, 287 Seiten, 3970 Weitra
Tel.: 02856/3794
www.bibliothekderprovinz.at

Kommentar

Bundesstraßenrecht und Mautrecht

„... denn ohne Straßen sind unsere Gemeinden nicht erreichbar“

Die beiden im Verwaltungsrecht ausgewiesenen Experten Dr. Johannes Hörl und Dr. Andreas Winkler haben mit diesem Kommentar erstmals das gesamte Bundesstraßenrecht einschließlich des Mautrechts in einem Werk dargestellt. Der in drei Teile (Bundesgesetze, Verordnungen und Anhang) gegliederte Kommentar enthält sämtliche Rechtsgrundlagen des Bundesstraßenrechts sowie die Materialien und die einschlägige Rechtsprechung von VfGH, VwGH, OGH und UVS. Im ersten Teil ist neben dem Bundesstraßengesetz 1971 (BStG 1971) als „Kerngesetz“ etwa auch das Straßentunnel-Sicherheitsgesetz, das Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz sowie das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 enthalten.



Die Autoren Johannes Hörl (rechts) und Andreas Winkler (links) mit Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer.

Der zweite Teil enthält einschlägige Verordnungen (beispielsweise die Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung). Im dritten Teil wurden die Mautordnung samt Anhängen sowie die einschlägigen EG-Richtlinien abgedruckt. Das Werk wird durch umfangreiche Literaturverzeichnisse sowie ein Rechtsprechungsverzeichnis und ein detailliertes Stichwortverzeichnis

abgerundet.

Erstmals wird das Straßenrecht von der Planung bis zum Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen dargestellt. Dabei betrachten die Autoren insbesondere die für Gemeindebürger und die Gemeinde- und Straßenverwaltungen besonders relevanten Themenbereiche der Enteignung genauso umfassend wie Fragen zur Erlassung von Trassenbescheiden, Verkehrs- bzw. Straßenplanung sowie Regelungen zu Umgebungslärm und Nachbarschutz. Der Umstand, dass das gesamte Bundesstraßenrecht als Teil des Infrastrukturrechts in einem Buch enthalten ist macht dieses Werk zu einem unverzichtbaren Arbeitsbehelf für alle Praktiker in den Gemeinden und Straßen-

behörden. Dr. Martin Huber, Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindeverbandes: „Dieses Buch gehört in jede Gemeindebibliothek!“
Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer stimmt zu:

„...„ denn ohne Straßen sind unsere Gemeinden nicht erreichbar!“

Das Buch

Johannes Hörl/Andreas Winkler, „Bundesstraßenrecht inklusive Mautrecht“, Stand: 1. Mai 2008, 889 Seiten, Ladenpreis: 68,80 Euro
ISBN 978-3-7083-0536-3
Neuer Wissenschaftlicher Verlag
E-Mail: office@nwv.at

Seminarreihe: Wie mit Globalisierung umgehen?

Gemeinden gestalten Globalisierung

Landauf, landab ist Globalisierung Bestandteil kontroverser politischer Debatten. Mal gilt sie als Heilsbringer, mal wird sie verteufelt. Die Welt ist heute unauflösbar verflochten und die Auswirkungen sind überall erfahrbar – beim Einkauf, am Arbeitsplatz oder im Kindergarten.

In einer Seminarreihe werden die Folgen der Globalisierung auf Städte und Gemeinden dargestellt und Chancen zur Gestaltung erarbeitet.

Lebensmittelpreise, Standortwettbewerb, Migration, Armut und Klimawandel werden oft als Folgen globaler Entwicklungen erlebt. In der vom Renner-Institut, der Politischen Akademie, der Grünen Bildungswerkstatt, dem Institut für Umwelt-Friede-Entwicklung und der Südwind Agentur veranstalteten Seminarreihe werden die Dimensionen der Globalisierung dargestellt.

Anhand konkreter Beispiele wird erarbeitet, wie auf lokaler Ebene Globalisierung gestaltet

dene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ ein Integrationsleitbild zu erstellen. „Zugewanderte und hier geborene Guntramsdorferinnen und Guntramsdorfer haben sich dadurch besser kennen gelernt, mehr Verständnis füreinander entwickelt und gemeinsame Ziele erarbeitet“, beschreibt Referentin LR Gabriele Heinisch-Hosek den Prozess in ihrer Heimatgemeinde.

Die Mitwirkung von Referenten aus der kommunalen Praxis und von Nichtregierungsorganisationen garantiert ein breites Spek-



Die ländlichen Lebensräume dürfen der Globalisierung nicht zum Opfer fallen, im Gegenteil: Ihre Bewohnerinnen und Bewohner haben das Potenzial, die Entwicklung menschen- und schöpfungsgerecht zu gestalten.

Karl Sieghartsleitner, Bürgermeister von Steinbach/Steyr

Termine Herbst 2008 „Globalisierung verstehen“

Freitag, 3. Oktober 2008

15 Uhr: Begrüßung, Vorstellen und Einführung

15.30 Uhr: Schlüsselfragen in Zeiten der Globalisierung

17.00 Uhr: Kulturelle Globalisierung

20.00 Uhr: Meine Rolle als Politiker/in und Globalisierung als Thema – Reflexion in Form eines Weltcafés

Samstag, 4. Oktober 2008

9.00 Uhr: Lokale Agenda 21: Erfahrungen und Strategien von LA21 – Prozesse auf Gemeinde- und Bezirksebene

14.00 Uhr: Integrationsleitbilder in Gemeinden am Beispiel der Gemeinde Guntramsdorf – Vortrag mit anschließender Diskussion

16.00 Uhr: Seminarende

Seminarort und Unterbringung: Steinschalerhof

Warth 20, 3203 Rabenstein/Pielach
www.steinschaler.at

werden kann. Steinbach an der Steyr (OÖ) verlor ab 1960 seine Absatzmärkte und drohte zu verfallen. Doch die Steinbacher schafften die Wende: Durch koordinierte Anstrengungen, einvernehmliche Entscheidungen und gezielte Investitionen wurden der Ortskern renoviert, Wohnungen für Familien geschaffen und Biobetriebe ins Leben gerufen. So konnte Steinbach die Abwanderung stoppen, die Zahl der Kleingewerbe- und Dienstleistungsbetriebe in 20 Jahren verdoppeln, die meisten Bauernhöfe erhalten und damit 300 Obstsorten sichern.

In der Marktgemeinde Guntramsdorf (NÖ) leben und arbeiten heute Menschen aus über 40 Nationen. Im Jahr 2002 hat sich die Gemeinde deshalb entschieden, unter dem Titel „Verschie-

trum an Zugängen, Ideen und Vorschlägen. Das Tagungsgeld beträgt 75 Euro pro Seminar und ist per Zahlschein zu entrichten. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von den Parteilakademien übernommen. Reisekosten werden nicht erstattet.

Information

Anmeldung:

Renner-Institut:

01/804650130

Churavy@renner-institut.at

Politische Akademie:

01/8142045 **j.feldmann@**

modernpolitics.at

Bundesbüro der Grünen

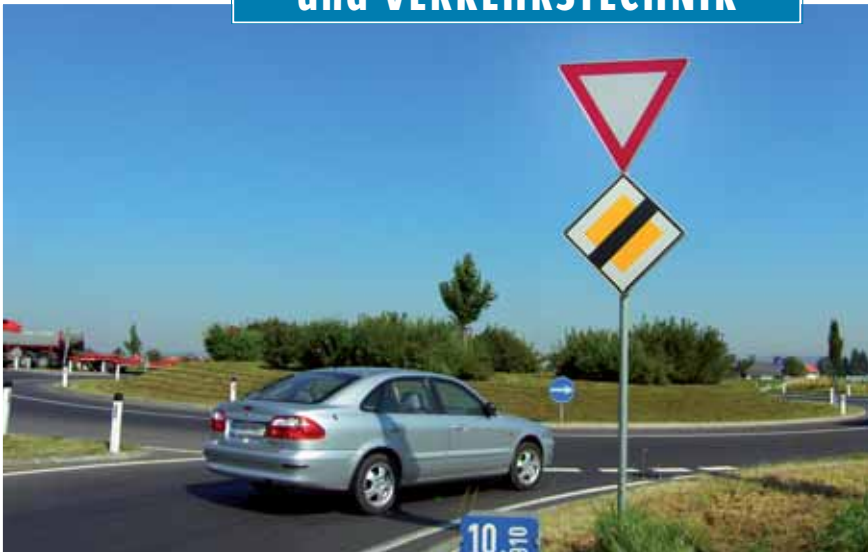
Bildungswerkstatt:

01/5269111

daniela.graf@gbw.at

Vorschau auf die Ausgabe 10/08 (Oktober):

VERKEHRSSICHERHEIT und VERKEHRSTECHNIK



1,3 Milliarden für die Verkehrssicherheit

Modernste Technik für Sicherheit auf den Straßen

Fast **1,3 Milliarden Euro** geben die Gemeinden jährlich für die **Errichtung und Sanierung von Straßen** aus. Dazu gehört auch die Elektrische Straßenbeleuchtung, die Ausstattung der Bauhöfe, die Installation von Verkehrstafeln und Hinweisschilder und vieles mehr. Dass die Gemeinden bei der

Fülle all dieser Aufgaben auch an die Umwelt denken, zeigt eine brandaktuelle **Studie** in KOMMUNAL über Kommunalfahrzeuge mit **umweltfreundlichen Antrieben**. Weiterer Schwerpunkt werden neueste Erkenntnisse zur Vermeidung unfallträchtiger Verkehrssituationen sein.

WINTERDIENST



Dank Gemeindearbeit sicher durch Schnee und Eis

Fast 400 Millionen Euro investieren die Gemeinden in die Öffentliche Ordnung und Sicherheit. In diesen Bereich fällt der unverzichtbare Brocken Winterdienst.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL,
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Web: www.kommunal.at

Johanna K. Ritter
Tel: 01/532 23 88 - 11
johanna.ritter@kommunal.at

Gerhard Klodner
Tel: 01/532 23 88 - 14
gerhard.klodner@kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 - 19
sabine.brueggemann@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	72
▶ BITUBAU GmbH	63
▶ Bundesministerium für Land u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	44
▶ DEHN + SÖHNE GmbH&CoKG	62
▶ Familie & Beruf Management GmbH	46
▶ Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	47
▶ Immorent AG	52 & 74
▶ KELAG - Kärntner Elektrizitäts - Aktiengesellschaft	69
▶ Kommunalakademien Österreichs	93
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	50
▶ Kommunalleasing GmbH.	64
▶ LINZ STROM Vertrieb GmbH&CoKG	60
▶ Österr. Vereinigung f. grabenloses Bauen	71
▶ Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches	51
▶ proPellets Austria	53
▶ Raiffeisen Leasing GmbH.	62
▶ SED ProduktionsgesmbH	61
▶ Stangl Reinigungstechnik GmbH	61
▶ SW Umwelttechnik Österreich GmbH	58
▶ TETRON Sicherheitsnetz Errichtungs- u. Beratung	65
▶ Toplak GmbH	59
▶ Wien Energievertriebs GmbH&CoKG	70
▶ ZAUGG AG EGGIWIL Kommunaltechnik und Maschinenbau	71

Vorschau auf Ausgabe 9/08 (September):

▶ 55. Österreichische Gemeindetag

Am 18/19. September geht in Salzburg der 55. Österreichische Gemeindetag über die Bühne. Weit mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Österreich werden im Salzburg Congress und im Großen Salzburger Festspielhaus wieder jene Eingikeit demonstrieren, die den Österreichischen Gemeindebund zu einer so effizienten Interessensvertretung macht.

Hochrangige Delegationen kommunaler Verbände aus dem Ausland und die Spitzenvertreter der österreichischen Politik und Wirtschaft werden ebenfalls erwartet

KOMMUNAL wird als offizielle Tagungszeitschrift wie gewohnt mit **drei Ausgaben** vor, während und nach dem Gemeindetag über **Österreichs größten Kommunalpolitischen Event** berichten.



MENSCHEN BEWEGEN

Sport- & Bewegungs(t)räume

Sportstätten-Enquete

1. bis 3. Oktober 2008 in Kapfenberg, Steiermark

Entwicklung und Zukunft

Internationale Statements
Quo Vadis Sportstättenbau?
Gesellschaftstrends und Bedeutung
des Sports

Schule und Gesellschaft

Bewegtes Leben
Schulsport im Wandel
Hochschul-Sportstätten
Bewegungskindergarten
Schulfreiräume - Freiraum Schule
Kinder brauchen Bewegung(sfreiheit)
Schule: Bewegungszentrum von morgen
Von Leibesübungen zu Bewegung und Sport
Anregende Bewegungsräume auf Berliner Schulgeländen

Best Practice

Hoffnungsträger Sportstättenbau
Beispielhafte Sportgemeinden
Hartberg - Modell einer Entwicklungsplanung
Beispiel Rottenburg - Der Sportpark 1861
Sportnet - Vernetzung von Sportinitiativen

Ressourcen und Partnerschaften

Bewegung als Public Health Ansatz
Shootingstar "Fit für Österreich"
Bedeutung sportlicher Bewegung für Behinderte
Genderspekte bei Sport und Bewegung
Sport und Gemeinden mehr als Subventionsgeber
Finanzierungs- und Betriebsorganisationsmodelle
Management zukunftsfähiger Sportanlagen

Umwelt und Gesundheit

Sportstätte Natur
Gesundheit und Bewegung
Entwicklungschance Sport

Rahmenprogramm

Steirischer Tag des Schulsports
Kabarettprogramm
IAKS Ausstellung

Nähere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter www.menschen-bewegen.at



BUNDESKANZLERAMT SPORT



Anmeldung Sportstättenenquete

per Fax an +43 (0)1 505 88 99 DW 20

Name

Unternehmen/Organisation

eMail

Telefon

Straße

Plz, Ort

Datum

Unterschrift

Teilnahmegebühr € 250,- | Bei Anmeldung und Einzahlung bis 31. Juli 2008 reduzierte Teilnahmegebühr von € 220,- | Anmeldeschluss: 15. September 2008.
Bankverbindung: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, Ktn 508.614, Blz 32000, IBAN AT133200000000508614, BIC RLNWATWW.
Ihre endgültige Buchungsbestätigung erhalten Sie nach Einlangen der Teilnahmegebühr.

Elfriede Holzinger

Elisabeth Stehno

Martina Taferner

Elke Fiedler

ALS NUMMER 1 IN PUBLIC FINANCE
SIND WIR DIE EINZIGE ÖSTERREICHISCHE
MANNSCHAFT, DIE UNSCHLAGBAR IST.

Die Kommunalkredit finanziert kommunale Projekte
in Österreich und in aller Welt.

DIE NR. 1 IN PUBLIC FINANCE.
www.kommunalkredit.at

